

I. Teil.

1. Obmänner-Konferenz vom 28. Juli 1914.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, für den 29. Juli 1914 eine außerordentliche Gemeinderatssitzung behufs Stellungnahme zu den bewegten Ereignissen der letzten Tage einzuberufen.

Erklärung der Vertreter der sozialdemokratischen Partei, an der für den 29. Juli 1914 einberufenen außerordentlichen Gemeinderatssitzung mit Rücksicht auf ihre prinzipielle Gegnerschaft gegen den Krieg nicht teilzunehmen, jedoch ihre Mitarbeit für die notwendigen Gemeinde-maßnahmen dem Bürgermeister zur Verfügung zu stellen.

Erklärung der Vertreter der freiheitlich bürgerlichen Partei, an der für den 29. Juli 1914 einberufenen außerordentlichen Gemeinderatssitzung teilzunehmen und mit allen ihren Kräften den Bürgermeister unterstützen zu wollen.

Vorschlag des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner und einmütiger Beschluß, eine Zentralstelle zur Sammlung von Spenden und Liebesgaben für die Familien der im Felde stehenden und für die Verwundeten zu schaffen.

Genehmigung einer Spende der Gemeinde Wien von 50.000 K an die Zentralstelle.

Genehmigung einer Spende von 100.000 K für das Rote Kreuz.

Genehmigung der vom Bürgermeister bereits getroffenen oder eingeleiteten Approvisionierungsmaßnahmen.

Bewilligung eines Kredites von einer Million Kronen zum Einkauf von Lebensmitteln (Reis und Mehl).

Beschluß, die Einführung von Maximalpreisen für Lebensmittel einem späteren Zeitpunkte vorzubehalten.

Genehmigung der Bewirtung der durch Wien durchziehenden Truppen auf Gemeindefkosten.

Genehmigung der zur Sicherung der Hochquellenleitung getroffenen Maßnahmen und der hiefür erforderlichen Auslagen. (12.000 K und tägliche Auslagen 1500 K.)

Genehmigung der Vorschläge der Magistratsdirektion, betreffend die Entlohnung der zur aktiven Dienstleistung im Heer, der Marine, in der Landwehr und im Landsturm einberufenen städtischen Angestellten der Gemeinde Wien mit Einschluß der bei den Unternehmungen beschäftigten (auch Bedienstete und Arbeiter).

Ermächtigung des Magistrates zur Gewährung von Vorschüssen auf die fällig werdenden Bezüge an die zur Kriegsdienstleistung einrückenden Angestellten und Bediensteten.

Ersuchen des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller um Intervention des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner bei der Finanzlandesdirektion, daß bei der Steuereinhebung mit größter Milde vorgegangen werde.

Erklärung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß er dormalen die Erlassung eines Moratoriums noch für verfrüht halte.

2. Obmänner-Konferenz vom 1. August 1914.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über eine von den Bediensteten der städtischen Straßenbahnen durch Sammlung aufgebrachte Spende von 50.000 K für die Zentralstelle im Rathaus.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Abhaltung einer Konferenz der Armeninstituts-Obmänner und der Bezirksamtsleiter, in welcher er denselben ans Herz legte, der Bevölkerung gegenüber das weitestgehende Entgegenkommen zu betätigen.

Bewilligung eines Kredites von 5 Millionen Kronen zum Ankauf von Lebensmitteln.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über den Beschluß der Bäcker, Kriegsgebäck zu erzeugen (weiße und schwarze Becken à 20 h, weiße und schwarze Brotlaibe à 40 h).

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Ermächtigung der magistratischen Bezirksämter, bei Steuerleistungen eventuelle Zustrifungen zu gewähren.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über seine Verfügung, daß bei der Zentralsparkassa Einlagen bis zu 1000 K behoben werden können, jedoch von einer Partei innerhalb der 14 Tage des Moratoriums nur einmal.

Einstimmige Ermächtigung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, die bei der Gemeinde Wien einlangenden Gelder nicht mehr zu fruktifizieren, sondern zurückbehalten zu dürfen.

Beschluß, durch eine Kundmachung bezüglich des Moratoriums auf die Bevölkerung beruhigend einzuwirken.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß die Zahl der Markttage vermehrt wurde. (Abverkauf auch an anderen als den üblichen Tagen und über die normierte Marktzeit.)

Anregung des Gemeinderates Reumann, daß auf den Engros-Märkten auch im Kleinen verkauft werden dürfe.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß seiner Anregung, auch der Zivilverwaltung ein Enteignungsrecht auf Warenvorräte einzuräumen, die aus Spekulationsgründen zurückbehalten werden, Folge gegeben wurde.

Ersuchen des Gemeinderates Reumann nach strenger Überwachung der Preisnotierung auf den Märkten.

Anregung des Gemeinderates Reumann auf Gewährung von Unterstützungen seitens der Zentralstelle auch an die Familien der Einberufenen Ungarns unter Voraussetzung der Parität Ungarns.

Ermächtigung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner bezüglich der Gewährung von Unterstützungen seitens der Zentralstelle auch an die Familien der Einberufenen Ungarns, unter Voraussetzung der Parität Ungarns, eine Verfügung zu treffen.

Ersuchen des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner an den Gemeinderat Dr. Löwenstein, im Permanenzausschusse der Ärztekammer in erster Linie für die Stadt Wien einzutreten.

3. Obmänner-Konferenz vom 12. August 1914.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß er beim Kriegsminister die militärische Bewachung der Hochquellenleitungen durchgesetzt habe.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß er die Herstellung zweier Holzgerinne zur sofortigen Behebung eines an den Hochquellenleitungen verursachten Schadens veranlaßt habe.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß er beim Kriegsminister zur Behebung von Mängeln in der Approvisionierung Wiens folgende Forderungen gestellt habe: 1. daß die Geschwindigkeit der Approvisionierungszüge erhöht werde; 2. daß die Zahl der Approvisionierungszüge vermehrt werde; 3. daß zwischen Militär- und Zivilbehörden ein billiges Übereinkommen getroffen werde, wodurch der Gemeinde ein eiserner Bestand an Mehl und Getreide sichergestellt werde.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner von seinem Ersuchen an den Statthalter, bei der Regierung unter Hinweis auf die durch militärische Käufe eingetretene Verteuerung des Mehles zu erwirken, daß 1. für Korn und Weizen ein Höchstpreis festgesetzt werde und 2. daß für die Mühlen ein bestimmter Mahllohn (inklusive bürgerlichem Gewinn) festgesetzt werde.

Anregung des Gemeinderates Reumann, Erhebungen über die Vorräte und die Zufuhr verschiedener Approvisionierungs-Artikel zu pflegen.

Anregung des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller, die Aufhebung der Getreidezölle zu fordern.

Ermächtigung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner: 1. an die Regierung heranzutreten, wegen Aufhebung der Getreidezölle; 2. die Bevorschussung des in den Lagerhäusern der landwirtschaftlichen Genossenschaften eingelagerten Getreides durch die Gemeinde in der Weise vorzunehmen, daß die bevorschussten Getreidemengen für die Gemeinde gesichert werden; 3. wegen Festsetzung von Engros-Maximaltarifen für Getreide mit der Militärbehörde das Einvernehmen zu pflegen.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Schaffung von Bezirkskomitees zur Veranstaltung von Bezirksammlungen für die Zentralstelle.

10
Ermächtigung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, auch die Familien jener Einberufenen, die aus dem Auslande infolge der politischen Lage nicht zurückkommen können, in der gleichen Weise, wie die Familien der anderen Einberufenen durch die Zentralstelle zu unterstützen.

Ermächtigung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, zur Unterstützung der Armenräte bei den Erhebungen, Armenrätinnen für Kriegsdauer mit amtlichem Charakter zu bestellen.

Anregung des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller, an die Hausherren eine Kundmachung zu erlassen, sich bei der Kündigung von Familien der Einberufenen von Menschlichkeit leiten zu lassen und beim Justizminister vorstellig zu werden, damit der oberste Gerichtshof eine Plenissimarentscheidung treffe, die das Kündigungsverfahren als Streitiges Verfahren erklärt.

Anregung des Gemeinderates Dr. Granitsch auf Beseitigung von Unklarheiten des Moratoriums.

Anregung des Vizebürgermeisters Rain, es solle das Finanzministerium auch den Hausherren eine Stundung der Hauszinssteuer gewähren, wenn nachgewiesen ist, daß der Zins nicht bezahlt wurde.

Ermächtigung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, die Gebühren für Marktstände Einberufener zu stunden, bzw. nachzusehen.

Ermächtigung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, die Gebühren in Heimatsrechtangelegenheiten Einberufener zu stunden.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über seinen Auftrag an den Baudirektor, ein Verzeichnis von Notstandsbauten vorzulegen, durch die der Arbeitslosigkeit gesteuert werden soll.

Anregung des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller, der Bürgermeister möge intervenieren, daß den Intelligenz-Arbeitern bei großen Firmen eventuell der halbe Gehalt belassen werde und sie nicht entlassen werden.

Anregung des Gemeinderates Winarsky auf Eindämmung des übermäßig zutagetretenden Tätigkeitsdranges gewisser Kreise (Damen aus der Gesellschaft, Gymnasialisten x.), wodurch tausende von Arbeitslosen geschädigt werden.

Mitteilung des Gemeinderates Dr. Löwenstein, daß zur Besorgung des ärztlichen Dienstes in Wien 800 Ärzte zur Verfügung stehen.

4. Obmänner-Konferenz vom 19. August 1914.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß über seine Intervention beim Kriegsminister der Lokalverkehr auf der Westbahn bis St. Pölten wieder aufgenommen wurde, ebenso auf der Linie Auersthal—Stammersdorf.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß aus den von Österreich besetzten Gebieten Rußlands Getreide zollfrei eingeführt werden könne.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß die Donau-Regulierungs-Kommission über seinen Antrag einen Kredit von 3 Millionen Kronen für Notstandsarbeiten bewilligt habe.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß er an die Bezirksschul-Inspektoren die Aufforderung gerichtet habe, unverzüglich über die Durchführung des regelmäßigen Schulunterrichtes zu berichten (Halbtagsunterricht, Wechselunterricht).

Erklärung des Gemeinderates Schmid, die Betreibung der Aufnahme des regelrechten Schulbeginnes in den Mittelschulen beim Landeseshulrate zu übernehmen.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß er bei der Statthalterei eine raschere Erledigung der Gesuche um den Unterhaltsbeitrag verlangt habe, und diese ihm in sichere Aussicht gestellt worden sei.

Genehmigung der von Bürgermeister Dr. Weiskirchner getroffenen sanitären Maßnahmen und Bewilligung eines Kredites von 150.000 Kronen für diesen Zweck.

Mitteilung des Bürgermeisters über die Adaptierung von 60 Straßenbahnwagen für Verwundeten-Transporte.

Anregung des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller, beim Polizeipräsidenten Abhilfe gegen das in der letzten Zeit überhandnehmende Hazardspielen zu verlangen.

Anregung des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller, daß die Gemeinde von den in den bakteriologischen Anstalten für das Heer vorhandenen großen Mengen von Serum einen Teil beanspruche.

Festsetzung des 1. Juli 1914 als Stichtag für den Aufenthalt in Wien bezüglich des Anspruches auf den Unterhaltsbeitrag.

Kenntnisnahme des Programms der Gemeinde Wien für Notstandsbauten und Lieferungsvergaben. Erfordernis hiefür 30 Millionen Kronen.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß die in San Pelagio untergebracht gewesenen Kinder in Wien angekommen seien.

Ablehnende Haltung der Konferenz gegenüber der vom Bühnenverein geplanten Veranstaltung von Vortragsabenden in Gasthäusern, deren durch Abschmelzen erzielter Ertrag dem Roten Kreuz, den Wiener Bühnengehörigen u. z. zufließen sollen.

5. Obmänner-Konferenz vom 7. September 1914.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Bereitstellung von zirka 2000 Spitalsbetten für die Zivilbevölkerung.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß er den Magistrat ermächtigt habe, monatliche Unterstützungen an die Mütter von Säuglingen zu bewilligen.

Kenntnisnahme des Verzeichnisses der bereits vergebenen Notstandsarbeiten und Lieferungen.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß er die Vornahme von Ankäufen für die Armenlotterie zur Unterstützung des Kunstgewerbes veranlaßt habe.

Kenntnisnahme der Kundmachung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, betreffend die frühere Sperrung der Brauntweinschenken.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über Vorkehrungen zur Auspeisung von täglich über 100.000 Personen.

Anregung des Gemeinderates Winarsky, den Nachtbetrieb auf den Straßenbahnen wieder zu verlängern.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß er mit Zustimmung der Finanzlandes-Direktion die Bezirksamts-Leiter ermächtigt habe, Exekutionsgebühren zur Abschreibung zu bringen.

12
Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß er eine Reduzierung der öffentlichen Beleuchtung angeordnet habe, wo Gas und elektrisches Licht konkurrieren.

Antrag des Gemeinderates Reumann, in den Vororten aus Gründen der Sicherheit die öffentliche Beleuchtung nicht zu reduzieren.

Kenntnisnahme eines Verzeichnisses über die per 1. September 1914 in Wien gefündigten Monatswohnungen.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Erlassung einer Kundmachung, die einen Appell an den Gemeinfinn der Hausherren und Mieter enthält.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über seine Intervention beim Ober-Landesgerichtspräsidenten, betreffend die Behandlung von Delogierungen, um das eventuelle Eingreifen des wirtschaftlichen Hilfsbureaus zu ermöglichen.

Kenntnisnahme eines Erlasses des Bürgermeisters an die Magistrats-Direktion über eine Verfügung des Finanzministeriums, betreffend die Steuerabschreibung von nicht bezahlten Mietzinsen.

Anregung des Gemeinderates Winarsky, mit Rücksicht auf eine zu gewärtigende größere Obdachlosigkeit, die Errichtung von Wohnbaraken für Delogierte als Notstandsarbeiten in Angriff zu nehmen.

Genehmigende Kenntnisnahme des Stadtratbeschlusses vom 3. September 1914, betreffend die Errichtung einer gemeinsamen Kriegergrabstätte mit Denkmal für gefallene Wiener.

Mitteilung des Bürgermeisters über seine Intervention bei der Regierung wegen Schaffung einer Kriegshilfsbank und einer Kriegsdarlehenskassa

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß seine Bemühungen wegen Aufhebung der Getreidezölle bisher an dem Widerstande Ungarns scheiterten.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Tätigkeit des städtischen Dienstvermittlungsamtes. (Vermittlung von 19000 Arbeitsstellen in der Zeit vom 1. Juli bis 1. September 1914.)

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über seine Intervention im Ministerium des Innern, um den Zugang der Flüchtlinge nach Wien abzulenkten. (Hinweis auf sanitäre Gefahr.)

Anregung des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller, bei der Regierung zu erwirken, daß den Flüchtlingen, die nachweislich Geld besitzen (Sparfahrsbücher etc.) die Möglichkeit geboten werde, wenigstens einen Teil ihres Geldes zu bekommen.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über seine Intervention beim philanthropischen Verein und beim Verein gegen Verarmung und Bettelei, daß den Flüchtlingen von diesen Darlehen gewährt würden.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Erlassung eines Dekretes, durch welches die strikte Einhaltung der Marktzeit auf den Märkten in Erinnerung gebracht wird, da die Viehpreise durch die von der Militärverwaltung vor Beginn der Marktzeit abgeschlossenen Vorkäufe in die Höhe getrieben wurden.

Anerkennung der Fürsorge des Bürgermeisters für die Spitalpflege der Zivilbevölkerung durch Gemeinderat Dr. Löwenstein.

Anregung des Gemeinderates Dr. Löwenstein auf Herausgabe von Merkblättern durch das Stadtphysikat, in welchen die Bevölkerung über das Verhalten bei epidemisch auftretenden Krankheiten aufgeklärt wird.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Erlassung eines Dekretes, daß durch die Gewährung von Aushilfen an durch den Krieg in Not Geratene das Wahlrecht nicht verloren geht.

~~~~~

## 6. Obmänner-Konferenz vom 18. September 1914.

Genehmigung folgender, vom Bürgermeister Dr. Weiskirchner in der für den 22. September 1914 einberufenen Gemeinderats-Sitzung zu stellender Anträge: 1. Die in dem vorgelegten Verzeichnisse zusammengestellten Verfügungen des Bürgermeisters und Beschlüsse des Stadtrates anlässlich des Krieges werden nachträglich genehmigt. 2. Für die Dauer des Kriegszustandes wird der Bürgermeister ermächtigt, alle in der Gemeindeverwaltung notwendigen Anordnungen und Verfügungen, insbesondere auch in finanzieller Beziehung, unter seiner Verantwortung zu treffen und für sie in einem ihm geeignet erscheinenden Zeitpunkte, spätestens aber nach Aufhören des Kriegszustandes die nach dem Gemeindestatute erforderliche kompetenzmäßige Genehmigung zu erwirken. 3. Alle infolge des Krieges notwendigen Ausgaben mit Ausnahme derer, für die bereits Verrechnungsrubriken in der Gruppe XII des Hauptvoranschlages und Rechnungsabchlusses bestehen, sind auf einer neu zu eröffnenden außerordentlichen Rubrik in der Gruppe XIII zu verrechnen.

Erklärung des Vertreters der sozialdemokratischen Partei, des Gemeinderates Reumann, daß sein Klub beschlossen habe, den Anträgen des Bürgermeisters in der Gemeinderats-Sitzung vom 23. September 1914 debattelos zuzustimmen.

Erklärung des Vertreters der liberalen Partei, des Gemeinderates Dr. Hein, daß sein Klub die Anträge des Herrn Bürgermeisters in der Gemeinderats-Sitzung vom 23. September 1914 einstimmig und ohne Debatte annehmen werde.

Kenntnisnahme des Statthaltereiverlasses vom 16. September 1914, betreffend den Unterhaltsbeitrag nach dem Gesetze vom Jahre 1912 für Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina.

Kenntnisnahme des Erlasses des Ministeriums des Innern vom 15. September 1914, Z. 11854/M. I über die Unterbringung von Flüchtlingen.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Betrauung des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller mit der Leitung einer Fürsorgestelle für die galizischen Flüchtlinge.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über Vorkehrungen zur Unterbringung der Flüchtlinge.

Anregungen und Mitteilungen des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller bezüglich der Unterbringung der galizischen Flüchtlinge.

Genehmigung des Stadtratbeschlusses vom 17. September 1914, Pr.-Z. 13164, betreffend die Gewährung von Begünstigungen beim Bezuge von Wasser und Gas für Gebäude, die von Privatvereinen oder Einzelpersonen der Pflege verwundeter Militärpersonen gewidmet werden.

Genehmigung des Stadtratbeschlusses vom 17. September 1914, Pr.-Z. 13207, mit welchem ein Kredit von einer Million Kronen für den Bau von Spitalsbaraken bewilligt wurde.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß die Krieger-Grabstätte im Zentralfriedhofe auch als Begräbnisstätte für die Leichen der in Wien gestorbenen deutschen Krieger dienen soll.

Genehmigung der Übernahme einer Ausfallsgarantie von 2 Millionen Kronen durch die Gemeinde Wien, anlässlich der Gründung einer Kriegskreditbank durch die Wiener Banken und die Handels- und Gewerkekammer.

Genehmigung der Dotierung des Kreditvereines der Zentralsparkassa durch die Gemeinde Wien mit einer Million Kronen.

Genehmigung des Verzichtes der Gemeinde Wien im Falle der Aufhebung der staatlichen Verzehrungssteuer während der Kriegsdauer auf die Einhebung der Zuschläge zur Verzehrungssteuer für Hirsche und Hasen.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über eine Eingabe an das Ackerbau-Ministerium wegen Bewilligung zur Einfuhr von argentinischem Gefrierfleisch und über seine Aufforderung an den Bürgermeister von Budapest, sich dieser Aktion anzuschließen, mit Rücksicht auf eine durch übermäßige Kälberschlachtungen zu gewärtigende Fleischnot.

Genehmigung eines Kredites von 25.000 Kronen für die notleidende Bevölkerung Ostpreußens.

Anregung des Gemeinderates Dr. Hein, der Bürgermeister wolle seinen Einfluß geltend machen, daß die Baukredite, die bereits vertragsmäßig zugesichert seien, auch wirklich ausgezahlt würden, was unter Hinweis auf das Moratorium oft nicht geschieht.

Anregungen des Gemeinderates Reumann auf Ankauf von größeren Mengen von Hasen durch die Gemeinde.

Anregung des Gemeinderates Reumann auf Ankauf von Wolle aus Triest und Holland.

---

## 7. Obmänner-Konferenz vom 29. September 1914.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Auspeisaktion der Gemeinde Wien (Vorbereitung der Ausgabe von Speisemarken in den Bezirken; Neueröffnung von Auspeisstellen; Auspeisung von täglich 10.900 Personen; voraussichtliche Erhöhung des Preises der Portion auf 24 bis 30 Heller).

Ersuchen des Gemeinderates Reumann, im XII. Bezirk eine öffentliche Auspeisstelle zu errichten.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner von der Erwirkung einer Audienz der Obmänner der Gemeinderatsparteien unter seiner Führung beim Ministerpräsidenten am 30. September 1914 zur Vorbringung folgender Angelegenheiten: 1. Aufhebung der Getreidezölle; 2. Festsetzung von Maximalpreisen und eines Mahllohnes für Getreide; 3. Einfuhr von argentinischem Gefrierfleisch; 4. Aufhebung der Verzehrungssteuer für Wild und Fische; 5. Kohlenfrage; 6. Behandlung der galizischen Flüchtlinge; 7. Bekämpfung der Seuchengefahr.

Anregung des Gemeinderates Leitner auf Erwirkung der Aufhebung des Zolles auf rumänisches Petroleum.

Ausföhlung der Kontrahentenkautionen mit Rücksicht auf den Beschluß des Stadtrates, daß von nun ab keine Kautionen verlangt werden sollen.

Bereinbarung mit dem k. u. k. Militärkommando, betreffend die Benützung der städtischen Straßenbahn durch Militär- und Sanitätspersonen.

Umgangnahme von einer weitergehenden Reduzierung der öffentlichen Beleuchtung, als sie mit den Stadtratbeschlüssen vom 27. August 1914, Pr.-Z. 12358 und vom 10. September 1914, Z. 12744 angeordnet wurde.

Genehmigung der Beteiligung der Gemeinde Wien an einem von der Regierung geplanten Getreideimport aus Amerika mit 1 Million Kronen.

Mitteilungen des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller über den Bezug galizischer Flüchtlinge nach Wien und über die Schwierigkeit der Unterbringung derselben.

Ermächtigung des Bürgermeisters, das der Gemeinde gehörige Haus im II. Bezirk, Zirkusgasse 5, der Zentralstelle für galizische Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen.

Anregung des Gemeinderates Leitner auf strenge Überwachung der Märkte bezüglich des Verkaufes von verdorbenem Obst.

Anregung des Gemeinderates Dr. Hein auf strenge Überwachung der sogenannten Brodenjammungs-Vereine zur Verhütung der Verbreitung von Infektionskrankheiten.

Anregung des Gemeinderates Steiner auf Schaffung einer Zentralstelle, der rechtzeitig die Ankunft von Flüchtlingen bekannt gegeben wird.

Ablehnung der abermaligen Veranstaltung einer öffentlichen Sammlung zur Gründung eines Arbeitslosenfonds.

Mitteilung des Gemeinderates Reumann über einen zu gründenden Arbeitslosenfürsorgefond zur Unterstützung kleiner Leute, damit sie ihren Betrieb aufrecht erhalten können und zur Unterstützung des Armen-Unterstützungsfonds.

Anregung des Gemeinderates Goltz auf Erteilung von kleinen Aufträgen an Künstler.

Abstandnahme von der Anregung, vom Ankauf von Kränzen zu Allerheiligen abzusehen und die dafür entfallenden Beträge dem Roten Kreuz zu widmen.

## 8. Obmänner-Konferenz vom 14. Oktober 1914.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß er allwöchentlich wahrheitsgetreue Bulletins über die wirtschaftliche Lage der Stadt Wien im Amtsblatte der Stadt Wien unter dem Titel „Wien während des Krieges“ veröffentlichen und Sonderabdrucke hievon an die größeren Städte Deutschlands und der neutralen Staaten, an die k. k. Missionen und k. u. k. österr.-u. ung. Konsularvertretungen in auswärtigen Staaten, an das diplomatische Korps am k. u. k. Hofe und an die auswärtigen Konsularvertretungen in Wien versenden werde.

Anregung des Gemeinderates Dr. Hein, die Sonderabdrucke des Amtsblattes der Stadt Wien unter dem Titel „Wien während des Krieges“ auch an die bedeutenden Zeitungen der neutralen Staaten zu versenden.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß seinem Ersuchen um ein Ausführverbot für Wildpret, Fische und Eier durch die Verordnung des Ministeriums des Innern, der Finanzen, des Handels- und des Ackerbaues vom 2. Oktober 1914 entsprochen wurde. Diese Verordnung bleibe jedoch wirkungslos, solange nicht die Aufhebung der Verzehrungssteuer erfolgt sei.

Magistratsbericht über die Kohlenversorgung der Stadt Wien (Einlegung von Überstunden mit Rücksicht auf die Einberufungen zur Hebung der Produktion nötig; Schaffung von größeren Vorräten für die Werke der Gemeinde für den Fall der Unterbindung der Zufuhr.)

Genehmigung der Beteiligung der Zentralstelle mit 50.000 Kronen an der Fürsorge für postenlose Handelsangestellte.

Zustimmung zur Überlassung der städtischen Realität, II., Zirkusgasse 5, seitens des Bürgermeisters an die Zentrale der Fürsorge für galizische Flüchtlinge für Bureauzwecke.

Anregung des Gemeinderates Steiner, auf die Regierung einzuwirken, daß sie veranlasse, daß die galizischen Flüchtlinge, die eine Gefahr für die Approvisionierung Wiens sind, nicht in Wien bleiben, sondern zur Rückkehr in ihre Heimat, so bald als möglich gezwungen werden.

Bewilligung einer weiteren Subvention von 100.000 Kronen an die österr. Gesellschaft vom Roten Kreuze.

Bewilligung einer Subvention von 2000 Kronen an den Verein „Distrikts-Krankenpflege“

Genehmigung der Errichtung einer Desinfektionsanlage für Straßenbahnwagen im Betriebsbahnhofe Simmering (Kosten 120.000 Kronen).

Genehmigung der Anträge der Elektrizitätswerks-Direktion auf Regelung der Bezüge der Angestellten der Braunkohlen-Bergbau-Gewerkschaft Zillingdorf.

Bewilligung einer Subvention von 20.000 Kronen an den Zentralverein für Haus-Krankenpflege.

Genehmigung eines weiteren Kredites von 500.000 Kronen für die Einrichtung von definitiven und provisorischen Infektionsbaracken.

Bewilligung einer Subvention von 40.000 Kronen an den Deutschen Hilfsverein in Wien zur Unterstützung von in Not geratenen reichsdeutschen Staatsbürgern.

Bewilligung von Freikarten der städtischen Straßenbahnen für Militär- und Sanitätspersonen.

Genehmigung einer Petition an das Ministerrats-Präsidium wegen Herabminderung des Einfuhrzolles auf Kaffee.

Zustimmung zur Errichtung eines provisorischen Katafalkes auf der Kriegergrabstätte im Zentralfriedhofe (Kosten 8000 Kronen).

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß er an die Regierung eine Petition zur Erwirkung einer zeitgemäßen Regelung der Versorgungsgenüsse für Militärpersonen und für ihre Witwen und Waisen gerichtet habe.

Anregung des Gemeinderates Steiner, gegenüber dem Zustande, daß die bei den Fortifikationsarbeiten nach dem Kriegsdienstleistungsgesetze beschäftigten Personen weder für Krankheit noch Unfall versichert sind, rasch Abhilfe zu schaffen.

Kenntnisnahme eines Verzeichnisses der seit 10. Oktober 1914 errichteten Auspeisestellen (16.200 Portionen pro Tag).

Genehmigung des Einkaufes von Kunstgewerbegegenständen für die Armenlotterie bei in Not geratenen Geschäftsinhabern.

Anregung des Gemeinderates Steiner auf Preisauschreibung für Kriegserinnerungszeichen.

Anregung des Gemeinderates Neumann betreffend Vorsorge, daß die Auspeisung der Schulkinder durch die allgemeine öffentliche Auspeisung keinen Abbruch erleide.

## 9. Obmänner-Konferenz vom 17. November 1914.

Genehmigung folgender Resolution, betreffend Festsetzung von Höchstpreisen für Getreide, Mehl und Kartoffel: Die Obmänner-Konferenz stellt vor allem fest, daß seitens der Wiener Gemeindevertretung bei der k. k. Regierung alle Schritte wegen Festsetzung von Höchstpreisen für Getreide,

Mehl und Kartoffeln rechtzeitig unternommen worden sind. Die Obmänner-Konferenz bedauert einmütig die Schwäche und Hilflosigkeit der k. k. Regierung bei der Lösung dieser für die gesamte Bevölkerung höchst wichtigen Frage und erklärt die k. k. Regierung für alle aus ihrem Verschulden eintretenden schweren Folgen verantwortlich. Die Obmänner-Konferenz fordert neuerdings und mit allem Nachdrucke die Festsetzung einheitlicher Höchstpreise für Getreide, Mehl und Kartoffeln für das gesamte Gebiet der österreichisch-ungarischen Monarchie.

Genehmigung der Zeichnung von 27.4 Millionen Kronen für die Kriegsanleihe.

Magistratsbericht über die Sicherstellung von Kohle und einstimmige genehmigende Kenntnissnahme folgender Maßnahmen der Gemeinde Wien: 1. Abschluß des Vertrages mit Friedländer-Fould auf Lieferung von 180.000 Tonnen obersteirischer Steinkohle; 2. Geltendmachung des Anspruches beim k. k. Arbeitsministerium auf 200.000 Tonnen Kohle im Sinne der kais. Verordnung vom 11. November 1914, betreffend die Kohlenversorgung; 3. die seitens des Magistrates hinsichtlich der Kohlen deponierung getroffenen Maßnahmen (Kosten von 130.000 bis 150.000 K für Beschaffung der Lagerplätze u.); 4. die seinerzeitige Abgabe der Kohle zum Selbstkostenpreis.

Anregung des Gemeinderates Schmid, den Bezug von steirischer (Nöflacher) Kohle als letzte Reserve ins Auge zu fassen.

Einstimmige Genehmigung zur Erhöhung des für Approvisionierungszwecke bewilligten Kredites von 5 Millionen Kronen um weitere 5 Millionen Kronen, d. i. auf 10 Millionen Kronen.

Bericht des Gemeinderates Steiner über die bisherige Tätigkeit der Kommission für soziale Fürsorge in Wien und Niederösterreich. (Bestimmung: Mitwirkung bei der Fürsorge für die durch den Krieg in Not geratene Bevölkerung. Einteilung in 4 Sektionen. I. Sektion: Möglichste Abhilfe der infolge der Einberufungen erwarteten Not an Arbeitskräften. Arbeitsvermittlung. II. Sektion: Vorsorge für den Erjaß der durch Belegung mit Soldaten der Zivilbevölkerung verloren gegangenen Spitalsbetten. Unterstützungen an Flüchtlinge der feindlichen Staaten. Deponierung von Geschäftseinrichtungen. III. Sektion: Rechtshilfe und Hilfsbureau der Gemeinde Wien für Privatangelegenheiten der Einberufenen. Einigungsamt zwischen Vermietern und Mietern zur Verhütung von Delogierungen. IV. Sektion: Evidenzhaltung und Zuweisung freiwilliger Hilfskräfte.)

Bericht des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller über die Tätigkeit der Zentralstelle der Fürsorge für die Flüchtlinge aus Galizien. (Gegenwärtig 65.000 Menschen in Versorgung; bis jetzt zirka 826.000 K an Flüchtlinge ausbezahlt.)

Mitteilung des Vize-Bürgermeisters Hof über den Beginn der Tätigkeit der Fürsorgestelle für stellenlose Handelsangestellte ab 20. Oktober 1914.

Genehmigung der Übernahme der Kosten für die Verlegung der interurbanen Telephon- und Telegraphen-Leitungen durch die Gemeinde Wien anlässlich der Errichtung der 70.000 Volt-Freileitung Ebenfurth-Wien. (Stadtratsbeschuß vom 8. Oktober 1914, Pr.-Z. 13808.)

Bewilligung einer Subvention von 30.000 K an den Verein „Säuglingschutz“. (Stadtratsbeschuß vom 15. Oktober 1914, Pr.-Z. 13977.)

Genehmigung der Erstreckung des Höchstalters bis zum 45. Lebensjahre bei Neuaufnahmen für den Betrieb der städtischen Stellwagenunternehmung anlässlich der Einberufung von Angestellten zum Militärdienste. (Stadtratsbeschuß vom 15. Oktober 1914, Pr.-Z. 13723.)

Erlassung der Feuerwachgebühren längstens auf Kriegsdauer für die Wiener Konzerthausgesellschaft. (Stadtratsbeschluß vom 5. November 1914, Pr.-Z. 13411.)

Erlassung der Feuerwachgebühren längstens auf Kriegsdauer für die f. f. Gesellschaft der Musikfreunde. (Stadtratsbeschluß vom 5. November 1914, Pr.-Z. 14710.)

Genehmigung von Weihnachtsgeschenken der Gemeinde Wien für die im Felde stehenden Angehörigen des II. Korps. (Stadtratsbeschluß vom 12. November 1914, Pr.-Z. 14927.)

Genehmigung der Regelung der Bezüge und des Dienstverhältnisses der zu persönlichen Dienstleistungen für Kriegszwecke herangezogenen Angestellten der Gemeinde Wien. (Stadtratsbeschluß vom 5. November 1914, Pr.-Z. 14405.)

Genehmigung des Schlachtgebührentarifes für Rinderjchlachtungen im Schlachthause St. Mary zur Nachtzeit. (Stadtratsbeschluß vom 12. November 1914, Pr.-Z. 14908.)

Ablehnung der von der Kommission für soziale Fürsorge angeregten Bildung eines besonderen Arbeitslosenfondes.

Genehmigung des Ankaufes von 15.000 Säcken Valorisationskaffee.

Genehmigung der bestandweisen Überlassung eines von der Firma Mendl im X. Bezirke in Aussicht genommenen Platzes zur Einlagerung von Mehl (auf 5 Jahre gegen einen jährlichen Pachtzins von 5000 K.)

---

## 10. Obmänner-Konferenz vom 1. Dezember 1914.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über ein an den Statthalter und die Mitglieder der Unterhalts-Bezirkskommissionen gerichtetes Ersuchen um kulantere Behandlung der Familien von Gewerbetreibenden bei Gewährung des staatlichen Unterhaltsbeitrages.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über den Erlag von 200.000 K und die Inausfertigung eines monatlichen Betrages von 200.000 K für die Zentralstelle durch Baronin Wienert.

Genehmigung einer Resolution in Angelegenheit der Höchstpreise für Mehl mit folgenden Gedanken: Die in der Obmänner-Konferenz vereinigten Parteien geben ihrem tiefen Bedauern Ausdruck, daß die Regierung den von der Gemeinde vorgebrachten Klagen und Forderungen keine Folge gegeben habe; die gegenwärtige Verordnung werde der Bevölkerung mehr schaden als nützen. Die verschiedenartige Festsetzung der Höchstpreise in den einzelnen Ländern bringe eine Verschiebung des Getreides mit sich, die sehr schädlich sei. Weiters wird aufmerksam gemacht auf die Inkongruenz der Requisitionspreise für Zivil und Militär und deren schädliche Folgen. In ganz Österreich sollen am gleichen Tage die Vorratserhebungen durchgeführt werden.

Forderung des Gemeinderates Skaret nach einer öffentlichen Gemeinderatssitzung.

Befürchtungen des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner für eine kommende Fleisch- und Milchnot und Mitteilung über eine diesbezügliche Eingabe an die Regierung.

Bericht des Veterinäramtes über das Ansteigen der Zufuhr von Fleisch. (Hauptsächlich Jungvieh, Kalbinnen und Kühe.)

Anregung des Gemeinderates Skaret auf Erlassung eines Verbotes auf das Schlachten von trächtigen Kühen.

Tätigkeitsbericht des wirtschaftlichen Hilfsbureaus der Gemeinde Wien im Jahre 1915 (10.299 Parteien während seiner dreimonatlichen Tätigkeit. 4970 Fälle auf dem Gebiete der Mietangelegenheiten.)

Bericht des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Schneefäuberung im November 1914.

Umgangnahme von der Veranstaltung eines Balles der Stadt Wien. Genehmigung der Neuregelung der Verwendung des Wiener Landwehrfonds.

Bewilligung einer Subvention von 20.000 K für den Roten Halbmond.

Verlängerung der mit der Firma Soini & Co. bestehenden Verträge über die Errichtung von Ankündigungssäulen auf städtischem Grunde.

Magistratsbericht über die Kohlenversorgung. (Beislagnahme von Kohle für die Gemeinde Wien, Vermehrung der städtischen Kohlendepots.)

Anregung des Gemeinderates Dr. Hein, für den Transport von Kohle Hilfsrouten zu benützen.

Anregung des Gemeinderates Dr. Hein, für den Transport der Kohle die städtische Straßenbahn heranzuziehen.

Genehmigung der Einstellung von Einrichtungen der Angehörigen von zur Militärdienstleistung eingerückten gegen geringes Entgelt in städt. Depots, jedoch bloß Betriebs- und Wohnungseinrichtungen samt normalem Vorrat, keine Maschinen.

Genehmigung einer Subvention von 1000 K an den Deutsch-österreich. Gewerbebund für Kriegshilfszwecke. (Stadtratsbeschluß vom 19. November 1914, Pr.-Z. 15006.)

Genehmigung der materiellen Unterstützung der zur Einjährig-Freiwilligen-Präsenzdienstleistung eingerückten, aus Hilfsweise bestellten provisorischen Lehrer II. Klasse. (Stadtratsbeschluß vom 19. November 1914, Pr.-Z. 15024.)

Genehmigung der Bestimmungen über die Ruhe- und Versorgungs-genüsse der zur aktiven Militärdienstleistung eingerückten Angestellten der Gemeinde Wien. (Stadtratsbeschluß vom 19. November 1914, Pr.-Z. 15187.)

## 11. Obmänner-Konferenz vom 11. Dezember 1914.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Anerkennung der Tätigkeit des wirtschaftlichen Hilfsbureaus der Gemeinde Wien durch einen Erlaß des Statthalters vom 6. Dezember 1914, Pr.-Z. 2424/42.

Genehmigung einer Resolution in Angelegenheit der Ministerialverordnung vom 6. Dezember 1914, betreffend die Festsetzung von Höchstpreisen für den Verkauf von Hasen und Hirschwildbret in Wien, durch welche beanständet wird: erstens, daß die Verordnung bloß für Wien gilt, zweitens daß der Höchstpreis für den Hasen im Balg gilt und gefordert wird, daß auch für Gänse ein Höchstpreis festgesetzt werde, weiters soll eine strikte Handhabung der Ausfuhrverbote gefordert werden.

Magistratsbericht über die Kohlenversorgung. (Zunahme der Zufuhr, ein Kohlenmangel, jedoch Schwierigkeiten in der Abbeförderung; Fuhr-

werksmangel; Beistellung von 60 Fuhrwerken der Straßenjäuberung seitens der Gemeinde zur Kohlenabfuhr. Aufforderung an das Brückenkopfskommando, Pferde beizustellen.)

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über seine Intervention beim Brückenkopfskommando wegen Freilassung von Kutschern zur Kohlenabfuhr.

Bericht des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller über die Fürsorge für die Flüchtlinge aus Galizien.

## 12. Obmänner-Konferenz vom 17. Dezember 1914.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Einlösung der Zinscheine der Wiener Anlehen vom Jahre 1898 und 1902 am 2. Jänner 1915. (Übereinkommen mit der Postsparkasse bezüglich der Markbeistellung; Erlassung einer Kundmachung, betreffend die Einlösung der Zinscheine mit entsprechenden Bestimmungen zur Verhütung der Einlösung ins feindliche Ausland.)

Genehmigung folgender Resolution in Angelegenheit der Höchstpreise für Getreide und Mehl: „Die schweren Besorgnisse, welche der Wiener Stadtrat und die aus Vertretern sämtlicher Gemeinderatsparteien bestehende Obmänner-Konferenz über die von der k. k. Regierung verordnete Art der Bestimmung der Höchstpreise für Getreide und Mehl geäußert haben, werden durch die tatsächlichen Wirkungen dieser Verordnung noch übertroffen. Die Höchstpreise, die eine Verbilligung oder doch wenigstens eine Erleichterung und Sicherung des Getreidebezuges bewirken sollten, sind geradezu ein unüberwindliches Hemmnis der Getreide- und Mehlaufuhr nach Wien geworden. Die Folgen dieses Zustandes sind unabsehbare und es macht sich jetzt schon in weiten Kreisen der Bevölkerung eine tiefgehende Mißstimmung und Erregung geltend. Die Wiener Gemeindevertretung erachtet es daher als ihre Pflicht, auf das nachdrücklichste und dringendste zu fordern, daß die k. k. Regierung ehestens geeignete Maßnahmen treffe, um wieder einen entsprechenden Verkehr in Getreide und Mehlprodukten zu ermöglichen und dadurch die ausreichende Mehlversorgung Wiens zu erträglichen Preisen zu sichern. Zu diesem Zwecke erneuert die Wiener Gemeindeverwaltung ihre bereits am 3. Dezember 1915 erhobene Forderung nach einheitlichen Höchstpreisen für die gesamte Monarchie.“ (Überreichung der Resolution beim Ministerpräsidenten durch die Klubobmänner unter Führung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner.)

Verlangen des Gemeinderates Staret nach einer öffentlichen Gemeinderatssitzung zur Besprechung der Höchstpreise für Getreide und Mehl.

Mitteilung des Gemeinderates Staret über Verluste des Konsumvereines „Vorwärts“ beim Mehlverkauf.

Abstandnahme von der Forderung nach Festsetzung von Höchstpreisen für den Detailhandel.

Abstandnahme von der Wiederholung der Forderung nach Höchstpreisen für Kartoffel. (I. Verlangen mit Stadtratsbeschluß vom 29. Oktober 1914.)

Erklärung des Gemeinderates Dr. Hein namens der freiheitlich-bürgerlichen Partei, daß er auf der Erledigung des Hauptrechnungsausschlusses in öffentlicher Gemeinderatssitzung bestehe.

Erklärung des Gemeinderates Reumann namens der sozialdemokratischen Partei, daß er auf der Erledigung des Hauptrechnungsabchlusses in öffentlicher Gemeinderatssitzung bestehe.

Zustimmung zur Verschiebung der Beratung des Rechnungsabchlusses pro 1913 auf einen späteren Zeitpunkt.

Anerkennung der Tätigkeit der Gemeinde auf dem Gebiete der Kriegsfürsorge durch Freiherrn von Oppenheimer.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß die Gemeinde bis jetzt um zirka 3 Millionen Kronen Lebensmittelvorräte angekauft habe.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Zustimmung der ungarischen Regierung zur Einfuhr von 1000 Tonnen argentinischen Fleisches für Wien.

Ablehnung des Offertes Kojolich auf Bereitstellung von 1 Million Kilogramm Fleisch von österreichischem Vieh in einem Kühlschiff in Pola.

Magistratsbericht über die Fleischversorgung. (Der österreichische Viehstand 8 Millionen Stück Rind; Fleischpreissteigerung zu erwarten.)



### 13. Obmänner-Konferenz vom 8. Jänner 1915.

Veranlassung einer Notiz in der Presse durch Bürgermeister Dr. Weiskirchner zur Aufklärung der Bevölkerung über die Notwendigkeit der Impfung.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Kohlenversorgung. (Befriedigende Vorräte; Einladung zur Besichtigung der Kohlendepone am Westbahnhofe, Koks-vorräte der Gaswerke reichlich, Lager am Nordbahnhof 62.000 Tonnen.)

Kenntnisnahme eines Kalendariums der von der Gemeinde zur Versorgung Wiens mit Getreide und Mehl unternommenen Schritte. (Nr. 57 des Amtsblattes der Stadt Wien vom 13. Juli 1915, Seite 1064.)

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über eine in Wien herrschende Mehlnappheit.

Beschluß, die Heranziehung der eisernen Vorräte an Mehl der Gemeinde Wien für den Fall äußerster Not aufzubewahren.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über seine vergeblichen Bemühungen, rumänisches und amerikanisches Mehl zu erwerben.

Genehmigung der Übernahme einer Ausfallsgarantie bis zum Betrage von einer Million Kronen durch die Gemeinde Wien für die zu gründende Mietdarlehenskasse.

Genehmigung folgender Resolution, betreffend die Vereinfachung der Weißgebäckserzeugung: „Mit Rücksicht auf die Knappheit der Vorräte an Brotgetreide ist durch die Verordnung des Handelsministers vom 31. Oktober 1914, R.-G.-Bl. Nr. 301 und 302, die Verwendung von Weizen- und Roggenmehl zur Broterzeugung eingeschränkt und der sogenannte Gebäcksaustausch verboten worden. Die Erzeugung von Weißgebäck ist aber von jeder Beschränkung freigeblichen. Da nun zu besorgen ist, daß durch übermäßige Erzeugung von Weißgebäck der Zweck der genannten Verordnung vereitelt wird und daß überdies bei dem Mangel an gelernten Arbeitern die üblich große Mannigfaltigkeit der Weißgebäcksorten zu einer unnötigen Gebäckverteuerung führt, erachtet es der Stadtrat. (Gemeinderat)

als dringend notwendig, daß auch bezüglich der Zusammensetzung und der Form des Weißgebädes den Verhältnissen entsprechende Zwangsvorschriften von der Regierung erlassen werden.“

Genehmigung der Verfügung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, einen Betrag von 2000 K als Monatsverlag dem Wirtschaftlichen Hilfsbureau zur Verfügung zu stellen.

Beschluß, von einer Stellungnahme zu der Verordnung über die Höchstpreise für Kartoffel abzusehen.

Anregung des Gemeinderates Reumann, Maßnahmen zur Verhütung von Viehdiebstählen auf dem Zentralviehmarkt zu ergreifen.

Anregung des Gemeinderates Leitner, mit Rücksicht auf die herrschende Petroleumnot die Zufuhr von rumänischem Petroleum ins Auge zu fassen.

Anregung des Gemeinderates Leitner, das Marktamt möge Erhebungen über die Winkelsbörsen in den Kaffeehäusern der Leopoldstadt anstellen.

Anregung des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller auf Erwirkung einer Verordnung, betreffend die Abgabe größerer Quantitäten von unentbehrlichen Bedarfsartikeln nur an befugte Gewerbetreibende, nicht an Private.

Anregung des Gemeinderates Steiner, gegen die Benützung von Gründen im Weichbilde der Stadt zur Errichtung von Spitalsbaracken Stellung zu nehmen.

Anregung des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller, bei der Finanz-Landes-Direktion die Zuerkennung der Steuerfreiheit für nicht benützte Lokale von eingerückten Gewerbetreibenden zu urgieren.

Genehmigung der Bestimmungen über den freiwilligen Eintritt der städtischen Angestellten und Lehrpersonen in das Heer und die Landwehr anlässlich der Musterung der Landsturmpflichtigen.

#### 14. Obmänner-Konferenz vom 11. Jänner 1915.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die kritische Situation der Wiener Mehlversorgung.

Ermächtigung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, die Beschlagnahme von 1000 Waggon Mais für die Gemeinde Wien zu erwirken und Bewilligung eines Kredites von 3 Millionen Kronen für den Ankauf.

Anregung des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller, der Bürgermeister möge Se. Majestät den Kaiser in einer Audienz auf die herrschenden Uebelstände in der Mehlversorgung der Stadt Wien und deren Folgen aufmerksam machen.

Anerkennung der Tätigkeit des Bürgermeisters in der Frage der Mehlversorgung der Stadt Wien durch Gemeinderat Golsb.

Bericht der Marktamt-Direktion über den Mehlverkauf in Wien. (Von 670 Bäckereien bereits 20 gesperrt; 50 auf 6—8 Tage, die übrigen auf einen Tag mit Mehl versorgt. Frühstückgebäck um 8 Uhr früh, Brot um 12 Uhr mittags ausverkauft. Kaufleute können den Anforderungen nach Mehl nicht mehr genügen.)

Beschluß, in der Frage der Mehlversorgung Wiens deputativ (Vertreter der Obmänner-Konferenz unter Führung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner) beim Ministerpräsidenten vorzusprechen.

Anregung des Gemeinderates Reumann, der Bürgermeister möge eine aufklärende Zeitungsnotiz bezüglich des Baues von Baracken des Inhalts veranlassen, daß es sich um Spitäler verwundeter, nicht infektiöser Soldaten handle.

## 15. Obmänner-Konferenz vom 26. Jänner 1915.

Kenntnisnahme des Rechnungsabchlusses der Zentralstelle für die Zeit vom 30. Juli bis 31. Dezember 1914.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Durchführung der Maisbeschlagnahme (Vorrat auf 6—8 Wochen) und über Maßnahmen zur Propagierung des Maismehles. (Kochrezepte mit Maismehl auf den Straßenbahnkarten und als Plakate in den Geschäften der Gemischtwarenverschleißer.)

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß nach dem Gutachten des Oberstadtphysikus und des Professors Hodauf gegen den Genuß von aus trockenem Mais erzeugten Maismehl kein Bedenken besteht.

Bericht der Marktamts-Direktion über die Ansammlung großer Warenvorräte durch Flüchtlinge; Gesuche derselben um Gewerbebescheine.

Anregung des Gemeinderates Schmid, von der Regierung das Staatsmonopol im Getreidehandel zu verlangen.

Genehmigung einer Petition, betreffend eheste Aufnahme von Verhandlungen mit der ungarischen Regierung zur gemeinsamen Regelung aller den Getreideverkehr in Österreich-Ungarn betreffenden Fragen.

Genehmigung einer Petition, betreffend die amtliche Erhebung der in den Reisschälfabriken vorhandenen Vorräte und entsprechende Berücksichtigung Wiens bei einer etwa erforderlichen Requisition.

Abstandnahme von einer Petition in Angelegenheit der Petroleumversorgung.

Abstandnahme von der Forderung nach Höchstpreisen für Milch.

Genehmigung einer Resolution, betreffend die Versorgung der Superarbitrierten, der Invaliden, Witwen und Waisen. (Überreichung beim Kriegsminister durch eine Deputation der Obmänner-Konferenz.)

Genehmigung einer Eingabe an die Finanz-Landes-Direktion in Angelegenheit der Bemessung der Einkommensteuer.

Genehmigung einer Subvention von 3000 K an das Zentralhilfskomitee für die durch den Krieg in Not geratenen Angehörigen der österr.-ungar. Monarchie in Hamburg. (Stadttratsbeschuß vom 14. Jänner 1915, Pr.-Z. 337/15.)

Genehmigung der Übernahme einer Haftung bis zum Betrage von 50.000 K durch die Gemeinde Wien für die von der Kriegskreditbank an Kunstgewerbetreibende zu gewährenden Akzeptkredite. (Stadttratsbeschuß vom 14. Jänner 1915, Pr.-Z. 594/15.)

Genehmigung der Bestimmungen betreffend den freiwilligen Eintritt der städtischen Angestellten und Lehrpersonen in das Heer und die Landwehr anlässlich der Musterung der Landsturmpflichtigen. (Stadttratsbeschuß vom 14. Jänner 1915, Pr.-Z. 17415/15.)

## 16. Obmänner-Konferenz vom 24. Februar 1915.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Ergreifung von Vorsichtsmaßregeln zum Schutze der Stadt Wien gegen den in den Baracken, namentlich in Ungarn auftretenden Flecktyphus.

Bericht des Stadtphysikates über das Wesen des Flecktyphus.

Genehmigung der Adaptierung eines Werkstättengebäudes in der Laxenburgerstraße als Entlausungsanstalt und Bewilligung eines Kredites von 50.000 K für diesen Zweck.

Genehmigung einer Petition an die Regierung und an die Militärverwaltung, alle Vorsichtsmaßregeln bezüglich der Baracken und Lager zu ergreifen und der Gemeinde Wien vollen Ausschluß zu geben über die Organisation des Quarantändienstes zwischen den Kriegsschauplätzen und der Stadt Wien.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Einsetzung einer Sanitätskonferenz der Gemeinde Wien.

Stellungnahme zur kaiserl. Verordnung vom 21. Februar 1915, R.-G.-Bl. Nr. 41, mit welcher der Verkehr mit Getreide- und Mahlprodukten geregelt wird.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß er zur Durchführung der durch die kaiserl. Verordnung vom 21. Februar 1915, R.-G.-Bl. Nr. 41, betreffend die Regelung des Verkehrs mit Getreide und Mahlprodukten erforderlichen Arbeiten die städt. Lehrer herangezogen habe.

Anregung des Gemeinderates Steiner, die Regierung aufzufordern, daß für die galizischen Flüchtlinge notwendige Getreidequantum aus ihren Vorräten zur Verfügung zu stellen.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß die Auspeisestellen aus den Vorräten der Gemeinde Wien dotiert werden.

Beschluß in Angelegenheit der kaiserl. Verordnung vom 21. Februar 1915, R.-G.-Bl. Nr. 41, mit welcher der Verkehr mit Getreide- und Mahlprodukten geregelt wird: 1. Die von dem Herrn Bürgermeister zur Durchführung der kaiserlichen Verordnung vom 21. Februar 1915, betreffend die Regelung des Verkehrs mit Getreide- und Mahlprodukten, getroffenen Maßnahmen werden zur Kenntnis genommen. 2. Die Militärverwaltung ist aufzufordern, daß sie für die dem Kriegsleistungsgesetze unterstehenden Personen (Verwundete und bei Schanzarbeiten Beschäftigte) selbst sorge, und 3. die k. k. Regierung wird aufgefordert, daß für die galizischen Flüchtlinge notwendige Getreidequantum aus ihren Vorräten beizustellen. 4. Die Regierung wird aufgefordert, ein entsprechendes Mehlquantum (1200 Waggon) für die Zeit des Überganges bis zur definitiven Verbrauchsregelung zur Verfügung zu stellen.

Kenntnisnahme einer Zusammenstellung der Ausgaben und Einnahmen der Länderbank für Rechnung der Gemeinde Wien anlässlich der Kohlenversorgung vom 19. November 1914 bis 22. Februar 1915. (Ausgaben für angekaufte Kohle, Frachten, Herstellungen in den Depots und Betriebsauslagen 2,264.329 K 27 h; Einnahmen für verkaufte Kohle 1,474.067 K 56 h.)

Kenntnisnahme eines Berichtes der Stadtbuchhaltung über das Gebarungsergebnis der Gemeinde Wien im ersten Halbjahr 1914.

Genehmigende Kenntnisnahme eines Magistratsberichtes über den Auftrag des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, betreffend den Ankauf von rumänischen Schweinen, sowie über die Konservierung des aus denselben gewonnenen Fleisches und Speckes. (Durchführung des Geschäftes durch

die Länderbank, Verrichtung der manuellen Arbeit durch die Großschlächtereier, Gewinn und Verlust trägt die Gemeinde.)

Anerkennung der Tätigkeit des Bürgermeisters in der Fleischfrage durch Gemeinderat Reumann.

Magistratsbericht über den Gemüse- und Kartoffelanbau durch die Gemeinde Wien und Genehmigung der Vorschläge des Magistratsreferenten. (Erlaß des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Verwendung brach liegender Gründe für Gemüseanbau; Hauptaugenmerk auf Bau der Kartoffel, da diese für Massenbau geeignet; Aufruf des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Wichtigkeit des Anbaues von Gärten und in Fabriksanlagen; Bekanntgabe von zum Kartoffelbau geeigneter Gründe; Zuweisung der Gründe in kleinen Losen an Familien. Eigenregie. Zuschriften an landwirtschaftliche Vereine und den Bezirksschulrat, den Anbau zu propagieren. Beginn der Bebauung Mitte März 1915.)

## 17. Obmänner-Konferenz vom 18. März 1915.

Kenntnisnahme des Ergebnisses der Mehl- und Getreideaufnahme in Wien mit dem Stichtag 28. Februar 1915. (Ergebnis nicht günstig: 402.988 Haushaltungen mit Vorräten unter 20 kg und 70.052 Haushaltungen mit Vorräten über 20 kg.)

Genehmigung der Abgabe von Mehl aus den Mehlvorräten der Gemeinde Wien an die Bäcker.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Errichtung des städt. Mehllantes.

Ersuchen des Gemeinderates Leitner, an die Detailhändler Mehl aus den Vorräten der Gemeinde abzugeben.

Genehmigung der Abgabe von Mehl aus den städt. Vorräten an die Bäcker und Detailhändler, jedoch nur gegen Barzahlung.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über seine Absicht, 20.000 Schweine aus Deutschland einzuführen. Scheitern dieser Aktion, da vom deutschen Einkaufsamte für die 20.000 Schweine 100.000 q Futtermittel verlangt wurden.

Anregung des Gemeinderates Reumann, auf die Militärverwaltung einzuwirken, dienstunfahige Pferde nicht an Zwischenhändler, sondern direkt an die Genossenschaft der Pferdefleischhauer zu verkaufen, um Preistreibereien zu verhüten.

Anregung des Gemeinderates Reumann, die Frage der Aufstapelung von Gefrierfleisch zu studieren.

Anregung des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller, für die Brot- und Mehlkarte das Rahonierungssystem einzuführen.

Einstimmige Genehmigung der Erhöhung des zum Ankaufe von Lebensmittelvorraten bewilligten Kredites auf 20 Millionen Kronen.

Genehmigung folgender Resolution in Betreff der Sicherstellung der neuen Ernte: Die Schwierigkeiten in der Versorgung der Bevölkerung mit Getreide sind bekannt. Nicht zum geringsten Teile liegen sie in der Haltung der Eigener und der Händler. Die Möglichkeit, daß auch die kommende Ernte, und vielleicht noch bevor sie eingebracht ist, durch einzelne Spekulanten dem allgemeinen Verkehr entzogen und besonderen Absichten dienlich gemacht und zugeführt werde, ist nicht ausgeschlossen, liegt vielmehr nach allen Erfahrungen sehr nahe. Im allgemeinen Interesse

muß dagegen schon jetzt Stellung genommen werden. Die k. k. Regierung wird aufgefordert, sofort alle Maßnahmen zu treffen, die notwendig sind, um die kommende Ernte dieses Jahres an Weizen, Roggen, Gerste, Hafer und Mais dem allgemeinen Verbrauche zu erhalten, insbesondere sie unter Sperre zu legen, jede Verfügung über sie zu verbieten und alle Rechtsgeschäfte, die gegen dieses Verbot verstoßen, einschließlich der bereits abgeschlossenen, für nichtig zu erklären."

Kenntnisnahme eines Magistratsberichtes über die von der Regierung in Aussicht genommene Einführung einer Brot- und Mehkkarte. (Erklärung derselben.)

Beschluß in Angelegenheit der Einführung der Brotkarte: Die Obmänner-Konferenz gibt einmütig der Anschauung Ausdruck, daß der Einführung der Brotkarten seitens der Regierung unbedingt die rechtzeitige Vorsorge für das nötige Mehl vorausgehen müsse, denn ohne genügende Mehlvorräte würde die Einführung der Brotkarte geradezu eine Katastrophe bedeuten.

Ersuchen des Gemeinderates Dr. Hein an den Bürgermeister, die Sanktionierung des Lehrergehaltsregulierungsgesetzes zu betreiben.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß die Regierung unter Hinweis auf die nicht eingetretenen Überweisungen aus der Branntweinsteuer die Sanktion des Lehrergehaltsregulierungsgesetzes abgelehnt habe.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über seinen Auftrag an den Magistrat, ein Verbot der Verwendung von Milch zur Gebäckerzeugung zu erlassen.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über seinen Auftrag an den Magistrat, ein Verbot des Verkaufes von Ostereiern zu erlassen.

Kenntnisnahme des Erlasses des k. k. Ministeriums für Landesverteidigung vom 8. März 1915, betreffend die Ausbezahlung der Unterhaltsbeiträge an Invalide. (In den Fällen des § 6, zweiter Absatz des Gesetzes vom 26. Dezember 1912, R.-G.-Bl. Nr. 237, sowie in allen jenen Fällen, in denen die zur aktiven Dienstleistung Herangezogenen als invalid in das nichtaktive Verhältnis rückversetzt werden und außer Stande sind, für den Unterhalt ihrer Angehörigen hinreichend zu sorgen, sind, bei Vorhandensein der übrigen Voraussetzungen des zitierten Gesetzes, die Unterhaltsbeiträge vorläufig nicht einzustellen, bzw. neu anzuweisen.)

Kenntnisnahme einer Zuschrift des Ministerpräsidenten in Angelegenheit der von der Obmänner-Konferenz gewünschten Portofreiheit im Feldpostverkehr. (Der Handelsminister weist darauf hin, daß er die durch die Ministerialverordnung vom 27. Jänner 1915 getroffene Regelung der Frage der Feldpostsendungen als das äußerste Maß des in dieser Hinsicht vom staatsfinanziellen und postdienstlichen Standpunkte möglichen Entgegenkommens ansehen müsse.)

Kenntnisnahme einer Zuschrift des k. u. k. Kriegsministeriums vom 10. März 1915, nach welcher dem Verlangen der Obmänner-Konferenz, den Nahrungsmittelbedarf für alle militärischen Anstalten, Spitäler etc., aus den der Heeresverwaltung zur Verfügung stehenden Vorräten zu decken, insoweit nicht Folge gegeben werden kann, bis die in den Militärverpflegungsmagazinen befindlichen Verpflegungsvorräte eine solche Höhe erreicht haben, daß sie nicht nur für den Nachschub zur Armee, sondern auch für den gedachten Zweck auslangen. Bis dahin müsse die Deckung des Bedarfes für das Hinterland aus den vorhandenen Vorräten des Landes erfolgen.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über seine Absicht, die Kartoffelvorräte der Gemeinde in Verkehr zu bringen.

Genehmigung des Rechenschaftsberichtes und der Bilanz der Zentralspartasse der Gemeinde Wien über das Geschäftsjahr 1914.

## 18. Obmänner-Konferenz vom 7. April 1915.

Mitteilung des Bürgermeisters, daß er die sonst vom Gemeinderate dem Verein zur Auspeisung armer Schulkinder zugewendete Subvention per 100.000 K der Zentralstelle zugeführt habe.

Magistratsbericht über die Aktion der Gemeinde Wien zur Förderung des Gemüse- und Kartoffelanbaues. (Beschlüsse des Stadtrates: „1. Der Magistrat wird ermächtigt, von Privaten unentgeltlich für Zwecke des Gemüseanbaues angebotene Gründe anzunehmen, falls an diese Übernahme nicht wesentlich belastende Bedingungen geknüpft sind. 2. Der Magistrat wird ermächtigt, städtische Gründe, in der Verwaltung der Gemeinde stehende Fondsgründe und solche von Privaten angebotene Gründe an Familien zum Selbstanbaue in Losen, deren Größe sich nach der Kopfzahl der Familie richte, bis Herbst 1915 zum Gemüseanbau zu vergeben, ferner den Bewerbern um Kriegsgemüsegärten Saatkartoffel, soweit der Vorrat reicht, zum Selbstkostenpreise zu überlassen. Sofern die Gründe nicht an Kriegsgemüsegärtner abgegeben werden können, sollte der Anbau mit Kartoffeln in erster Linie im Eigenbetriebe der Gemeinde Wien erfolgen, und zwar auf den Gründen in Floridsdorf durch das Friedhofpersonal. Dasselbe gelte auch von der städtischen Baumschule, wo das Stadtgartenpersonale Gemüse und Kartoffel bauen könne.“ — Schaffung von Unterrichtskursen und Beratungsstellen. Zuweisung des Düngers für die Kriegsgemüsegärten aus dem städt. Betrieb. — Auslaufbrunnen in der Nähe der Gärten. — Aufforderung an die Besitzer von Obland, dasselbe der Gemeinde bis Jahreschluß zu überlassen. Gründe im Prater wegen militärischer Übungen nicht zu bekommen. — Anmeldungen für Pachtung von Gründen (Losen) zur Bebauung gering. Verpachtungsbedingungen. — Eigenbetrieb der Gemeinde in der Lobau und in Leopoldau. Zuweisung von Gründen an Schulen zum Kartoffelanbau. Lieferungsverträge, betreffend die Kartoffelernte auf städt. Gründen in Leopoldau. Schulgärten. Prämien für Schrebergärtner. Belehrung über Samenbehandlung. Abgabe von Saatkartoffeln. Unentgeltliche Abgabe von Gemüsepflanzen durch die Stadtgardendirektion. Sicherstellung von Frühkartoffeln aus Görz.)

Genehmigung der unentgeltlichen Abgabe von Gemüsepflanzen-Setzlingen durch die Stadtgardendirektion an das Publikum.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über große Vieheinkäufe durch die Militärverwaltung und die Konervenfabriken auf den Wiener Märkten. (Gefahr für Bedarf der Zivilbevölkerung.)

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über seine Intervention beim Ackerbauminister, daß die Konervenfabriken zur Entlastung des inländischen Viehmarktes in Rumänien kaufen sollen.

Anregung des Gemeinderates Reumann, von der Regierung zu erwirken, daß Vieh für den Militärbedarf ab Stall gekauft werde.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß das Kriegsministerium die Gemeinde Wien verpflichtet hat, die Mehilverjorgung der Kranken und verwundeten Soldaten und außerdem der kasernierten Schanzarbeiter usw. zu besorgen.

Forderung des Gemeinderates Reumann nach einer außerordentlichen Gemeinderatssitzung zur Berichterstattung über die gegenwärtigen Approvisionierungsverhältnisse.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über eine Audienz beim Ministerpräsidenten in Angelegenheit der Verjorgung Wiens mit Mehl. (Erfordernis für die gegenwärtig in Wien befindlichen 2,350.000 Menschen monatlich 1410 Waggon Mehl. — Forderung von 6000 Waggon Mehl zur Deckung bis Ende August 1915 und einer eisernen Reserve von 1410 Waggon Mehl.)

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über seine Bemühungen, aus Niederösterreich, Oberösterreich, Mähren und Ungarn Mehl für Wien zu erhalten.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über einen großen Rückgang der Zahl der Milchkühe in Wien.

Anregung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner auf Ankauf von 2000 Kühen durch die Gemeinde Wien und Einstellung derselben bei den Milchmeiern.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner von der Aufforderung des Brückenkopfkommandos, für 9000 Schanzarbeiter Mehl zur Brot-erzeugung zur Verfügung zu stellen.

Dank des Gemeinderates Steiner namens des Bürgerklubs für die Bemühungen des Bürgermeisters, Mahlprodukte für die Approvisionierung Wiens aus Ungarn zu erhalten.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß die Gemeinde Wien vor einem Futtermittelnostand stehe.

Genehmigung des Abgabepreises für Maismehl mit 44 K per Meterzentner.

Genehmigung der Entsendung einer Deputation der Obmännerkonferenz unter Führung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner zum Ministerpräsidenten, um ihm den Ernst der wirtschaftlichen Lage Wiens vor Augen zu führen.

Magistratsbericht über die Brotkarte. (Durchführung der notwendigen Vorkehrungen seitens der Gemeinde. — Erläuterung der Karte. — Brotkommissionen.)

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß er mit der Firma Mendl einen Vertrag abgeschlossen habe, nach welchem die Firma für die Gemeinde Wien 10.000 Laib Brot für die erste Woche der Brotkarte bereit halten müsse, als Reserve für Leute, die die Karte verloren oder aufgebraucht haben.

Anregung des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller, eine kurze Abhandlung über die Brotkarte zu veröffentlichen.

## 19. Obmänner-Konferenz vom 14. April 1915.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über seine Intervention bei der Ärztekammer betreffend die Förderung des Impfgeschäftes.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Eröffnung der städt. Entlausungsanstalt im X. Bezirke (zur Bekämpfung des Flecktyphus).

Anregung des Gemeinderates Steiner, die Gemeinde solle bei längerer Andauer der Teuerung einen größeren Geldbetrag zur Verbilligung des Brotes bewilligen.

Beschluß, mit welchem sich die Obmänner-Konferenz für ein Mehlmischungsverhältnis von 1: 2 ausspricht und den Bürgermeister ermächtigt, von der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt das zur Durchführung dieses Mischverhältnisses notwendige Edelmehl anzusprechen.

Genehmigung des Auftrages an das Marktamt, strenge darauf zu sehen, daß von den Bäckern ein schmackhaftes, gut bekömmliches Brot hergestellt werde.

Beschluß, mit der Ausgabe der Reiszorräte der Gemeinde noch zu warten.

Kenntnisnahme des Ergebnisses der Aufnahme der Borräte an Fett, Speck, Dauerwurst und Dauerfleisch.

Magistratsbericht über die Einführung der Brotkarte. (Ausgabe der Karten ohne Störungen erfolgt. — Ausgabe von 1,993.000 Brotkarten in der Zeit vom 7. bis 11. April. — Beschwerden über die zu geringe Brotration.)

Anregung des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller, zur Beseitigung des Anstellens um Brot das Rationierungssystem einzuführen.

Genehmigung eines Protestes gegen einen Artikel der „Sonn- und Montagszeitung“ vom 12. April 1915, der schwere Angriffe auf die Autonomie der Gemeinde enthält.

## 20. Obmänner-Konferenz vom 20. April 1915.

Anregung des Gemeinderates Steiner, der Magistrat möge sich mit der Militärverwaltung ins Einvernehmen setzen, daß die Baracken im XIX. Bezirke nicht zur Aufnahme von Infektionskranken verwendet werden.

Marktamsbericht über die Einführung der Brot- und Mehlkarte ab 18. April 1915. (Erste Woche der Brot- und Mehlkarte im großen und ganzen glatt verlaufen. — Klagen über die Manipulation. — Verminderter Brotverbrauch. — Klagen über Qualität des Brotes. — Überwachung der Bäckereibetriebe. — Einhaltung der vorgeschriebenen Mischung zur Broterzeugung. — Stärkere Nachfrage nach Zuckerbäcker-Erzeugnissen. — Klagen über die zu geringe Brotration. — Starke Nachfrage nach Mehl. Minderverbrauch an Mehl infolge Mehlmot. — Klagen über die Qualität des Maismehles. — Ein nicht geringer Teil der Bevölkerung hat die Abschnitte der Brotkarte nicht ganz verbraucht. Brotkarte der ärmeren Bevölkerung vor Ende der Woche verbraucht. Differenzierung der Brotkarte nach Bevölkerungsschichten. Beschränkung der Brotkarte auf Mehl und Gries und Freigabe der Roggerste erwünscht.)

Erklärung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß er mit dem Vorgehen der Wiener Bäcker bei der Broterzeugung nicht einverstanden sei.

Genehmigung folgender Petition an die Regierung in Angelegenheit der Brotkarte: 1. daß Roggerste von dem Einkauf mit der Brotkarte aus-

geschieden werde, 2. daß eine Differenzierung der Brotkarte nach Berufs-  
klassen erfolge, 3. daß die Berechnung des angesprochenen Mehlsquantums  
nach den abgegebenen Kupons undurchführbar sei, und 4. daß die Abgabe  
von Weizenmehl für gewisse Kranke nach einem Gutachten der Professoren  
Soheneegg und Ortner notwendig sei.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß er die Auf-  
stellung von Kartoffelbratöfen an verschiedenen Orten Wiens veranlaßt  
habe.

Genehmigung der Abstandnahme von der Bestellung eines Appro-  
pionierungsausschusses der Gemeinde Wien.

Ermächtigung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, gegen das Verbot  
der Ausfuhr von Rindern durch den Statthalter von Oberösterreich bei  
der Regierung Vorstellung zu erheben.

Genehmigung des Wortlautes des Protestes gegen den Artikel der  
„Sonn- und Montags-Zeitung“ vom 12. April 1915, der schwere Angriffe  
auf die Autonomie der Gemeinde enthält.

Forderung der sozialdemokratischen Gemeinderäte nach Einberufung  
einer öffentlichen Gemeinderatssitzung.

## 21. Obmänner-Konferenz vom 14. Mai 1915.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über eine Zuschrift  
der Militärbehörde, daß die Baracken im XIX. Bezirke keinesfalls für  
Infektionskranke bestimmt sind.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß der Statthalter  
seine Verfügung, daß die Handhabung der Verordnung vom 13. Mai 1915,  
betreffend die fleischlosen Tage für den heutigen Tag mit Rücksicht auf die  
von den Fleischhauern bereitgestellten Fleischquantitäten, aussetze, ge-  
nehmigt hat.

Kenntnisnahme der Statthaltereiverordnung vom 8. Mai 1915, be-  
treffend die Einführung von amtlichen Ausweiskarten über den Verbrauch  
von Brot und Mehl.

Kenntnisnahme einer Zusammenstellung über die Mehlabgabe aus  
den städtischen Vorräten bis zum 12. Mai 1915. (998 Waggons.)

Kenntnisnahme eines Berichtes des Stadtphysikates über Maismehl  
und Maizbrot. (Maismehl, gut getrocknet, ist gutes Nahrungsmittel. Kon-  
trolle des Maiskorns und Maismehles. Abnahme von Mehlproben in den  
Mühlen durch das Marktamt.)

Genehmigung des Vorschlages des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner,  
in einer Audienz der Klubobmänner beim Ackerbauminister am 15. Mai  
1915 das Verlangen nach tadellosem Maismehl zu stellen.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß die Fleisch-  
teuerung hauptsächlich durch große Ankäufe für militärische Zwecke hervor-  
gerufen wurde. (Auf dem Zentralviehmarkt in St. Marx in der Zeit vom  
8. März bis 3. Mai 1915 28.320 Rinder.)

Bericht des Marktammtes über die Einfuhr von Fleisch aus Dänemark  
und Holland. (Verkauf zum Preise von 3 K 50 h durch die Großschlächterei  
A.-G.)

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß er an die Re-  
gierung das Ersuchen richten werde, für die in den Wiener Kühlhäusern

lagernden Fasane (45.000 Stück) die Verzehrungssteuer temporär aufzuheben und der Gemeinde das Recht der Beschlagnahme einzuräumen.

Anregung des Gemeinderates Dr. Hein auf Einfuhr von Rentierfleisch.

Anregung des Gemeinderates Holz auf Heranziehung des Kaninchenfleisches.

Kenntnisnahme eines Marktamtsberichtes über Rentierfleisch. (Minderwertige Qualität des Fleisches.)

Genehmigung einer Kriegszulage an die Angestellten der Gemeinde Wien. (Verheiratete bei einem Jahresbezug unter 3000 K, Ledige bei einem Jahresbezug unter 1800 K. Monatlich 9 K und für jedes Kind unter 16 Jahren 3 K. Erfordernis zirka 4 Millionen Kronen. — Stadtratsbeschluss vom 12. Mai 1915.)

Genehmigung der Zeichnung eines Betrages von 23,050.000 K auf die II. Kriegsanleihe.

Genehmigung der Vorschläge der Magistratsdirektion, betreffend die Gewährung von Rasttagen an die Angestellten der Gemeinde Wien an Stelle der Urlaube.

Magistratsbericht über den Kartoffel- und Gemüseanbau. (Eigenbetrieb: Kartoffelanbau in Leopoldau und der Lobau. Anbau in Kriegsgemüsegärten. Anbau durch die Schulkinder. Anbau in den städt. Gartenanlagen. Anbau durch städt. Unternehmungen. Abgabe von Saatgut. Kartoffel zum Preise von 18 h per kg, Gemüseerzlinge unentgeltlich. Abgabe von Kunstdünger unentgeltlich.)

## 22. Obmänner-Konferenz vom 8. Juni 1915.

Bewilligung einer Subvention von 25.000 K zur Linderung der Not der Flüchtlinge aus Görz und Triaul (zirka 45.000 Flüchtlinge).

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß es ihm gelungen sei, von dem durch die preußische Heeresverwaltung dem österr. Kriegsministerium zur Verfügung gestellten 3000 Waggons deutschem Gleichmehl 1000 Waggons für Wien zu erhalten, wodurch der Bedarf der Gemeinde bis zur neuen Ernte gesichert ist.

Anregung des Gemeinderates Steiner auf Erwirkung einer Amnestie für die Verheimlichung von Mehlvorräten.

Genehmigung einer Resolution in Angelegenheit der Sicherung der Ernte 1915 mit folgenden Gesichtspunkten: 1. Forderung nach Erlassung einer Verordnung, betreffend die unbedingte Beschlagnahme der gesamten Ernte an Brotfrüchten in Österreich im allgemeinen Interesse. 2. Forderung nach Verhandlungen der österreichischen mit der ungarischen Regierung wegen Festsetzung von billigen Höchstpreisen und wegen Abgabe des Überschusses an Edelmehlen aus Ungarn an Österreich. 3. Forderung nach zweckmäßiger Ausgestaltung der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt und nach Bildung von Landes-Kommissionen unter Zuziehung von Vertretern der autonomen Körperschaften. 4. Bewahrung gegen den Vorgang, daß in erster Linie in Österreich requiriert werde und Forderung, daß die Militärverwaltung im Einvernehmen mit der Zivilverwaltung vorgehe und nur nach der Relation der Produktionsziffern in Österreich und in Ungarn die für das Militär benötigten Mehlquantitäten requiriere.

Kenntnisnahme eines Verzeichnisses über die Anmeldung und Ausfolgung von Brotzuschüssen (Brotergänzungskarten) für Schwerarbeiter etc. (In der 8. Woche, d. i. vom 30. Mai bis 5. Juni 5400 zulässige Zuschüsse, in der 9. Woche, d. i. vom 6. bis 12. Juni, 9066 zulässige Zuschüsse.)

Kenntnisnahme eines Verzeichnisses über die freiwillige Abgabe der über das durch die Verordnung vom Mai 1915 bewilligte Mehlsquantum hinausgehenden Mehlvorräte durch die Privathaushaltungen, aus welchen zu ersehen ist, daß durch das erzielte Mehlsquantum, wenn man für den Wiener Konsum 54 Waggons Mehl täglich rechnet, nur ein Fünftel des täglichen Bedarfes erreicht worden ist.

Magistratsbericht über die Tätigkeit des städtischen Mehlsamtes. (Betrachtung eines Exekutivkomitees des Vereines der am Kolonialwarenhandel beteiligten Firmen — Konzern — mit der Abgabe des Mehles an den Detailhandel. Bisherige klägliche Durchführung der Aufteilung an die Engrossisten.)

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Erlassung einer Magistratskundmachung bezüglich des Verkehrs mit Fleisch aus dem Zollauslande. (Getrennte Lagerung im Groß- und Kleinverkauf, abgejondert vom Inlandsfleisch. — Deklaration in den Kleinverfleischstellen als „Auslandsfleisch“.)

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner von seinem Ansuchen an die Regierung um Überlassung von 50.000 Säcken des in Antwerpen lagernden Valorisationstaftees für die Gemeinde Wien.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über seine Schritte zur Sicherstellung des Kohlenbedarfes für den Winter. (Erwerbung von Kohle aus Dombrowa.)

Magistratsbericht über die Kohlenversorgung. (Abnahme des Kohlenverkaufes im Mai. — Abgabe von Kohle an Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina. Lieferung von 8000 Waggons Braunkohle und 3830 Waggons Steinkohle auf Grund der Anforderung. Sehr gute Beschaffenheit der Braunkohle. Auftrag des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, die Kohlenversorgung für die Winterperiode 1915/16 vorzubereiten. Bezug preußisch-schlesischer Kohle nicht möglich. Verhandlungen mit k. u. k. Etappen-Oberkommando wegen Bezuges russischer Kohle. Verhandlungen mit dem k. u. k. Revierbergamte Dombrowa. Übereinkommen mit der k. k. priv. Länderbank, nach welchem sich die Bank verpflichtet, die von der Gemeinde angekaufte Kohle, soweit sie durch die Gemeinde nicht veräußert werden kann, zu einem bestimmten Preise abzunehmen und selbst auf eigene Rechnung zu verkaufen.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über seine Forderung nach Beschlagnahme von 1000 Waggons Zuder für Wien.

Anregung des Gemeinderates Schmid, die Beschlagnahme von Zuder für die ganze Monarchie zu verlangen.

Anregung des Gemeinderates Reumann, ein Quantum des beschlagnahmten Zuders für die Säuglingspflege zu reservieren.

Anregung des Gemeinderates Reumann, der Bürgermeister möge bei den Molkereien die Herabsetzung der Milchpreise urgieren.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über sein neuerliches Ansuchen um Beschlagnahme der in den Wiener Kühlanlagen lagernden Fasane.

Genehmigung der Erhöhung der Gebühren für die Militärverköstigung. (1 K 30 h pro Mann und Tag.)

Prinzipielle Genehmigung der Errichtung neuer Kühlanlagen durch die Gemeinde Wien (Stadtratsbeschluss vom 27. Mai 1915) und der Einsetzung eines gemeinderätlichen Komitees zur Vorberatung.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Beibehaltung des gegenwärtigen Bierpreises durch das Brauhaus der Stadt Wien.

Genehmigung der Aufnahme von Schaffnerinnen bei den städtischen Straßenbahnen.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Audienz bei Sr. Majestät dem Kaiser. (Dank Sr. Majestät des Kaisers an alle Funktionäre der Gemeinde für ihre Tätigkeit.)

### 23. Obmänner-Konferenz vom 21. Juli 1915.

Forderung des Gemeinderates Skaret nach Einberufung einer öffentlichen Gemeinderatssitzung.

Forderung des Gemeinderates Dr. Hein nach Einberufung einer öffentlichen Gemeinderatssitzung.

Magistratsbericht über die öffentliche Auspeisung. (Täglich zirka 37.000 Portionen. — Derzeit 111 Speisestellen im Betriebe. — Höhe der von der Zentralfstelle zu leistenden Vergütung 25 h per Portion. — Kosten der Auspeisung bisher, einschließlich der angekauften Lebensmittelvorräte 2,170.089 K 29 h. Verteilung von Lebensmitteln durch die Frauen-Arbeitskomitees an Bedürftige.)

Genehmigung des Entwurfes für die Erbauung eines Kühl- und Gefrierhauses gegenüber dem neuen Speicher des Lagerhauses der Stadt Wien.

Genehmigung eines Übereinkommens mit der Zentral-Einkaufsgesellschaft in Berlin wegen gemeinsamen Einkaufes von Fleisch aus neutralen Staaten. (Lieferung von wöchentlich 1100 Rindervierteln [frisches Fleisch] und 1080 Rindervierteln [Gefrierfleisch] nach Wien. — Einlagerung von zirka 100.000 kg Schweinefleisch wöchentlich in einem Berliner Gefrierhaus. — Übereinkommen vorläufig für 3 Monate [bis Oktober], 14tägig kündbar. Keine Verpflichtung zur Übernahme.)

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß das Mehlpärliminare der Gemeinde Wien bei Annahme eines Bedarfes von 54 Waggons per Tag 20.000 Waggons im Jahre betrage.

Genehmigung einer Petition in der Mehlfirage mit folgenden Forderungen: 1. Daß die Verordnung über das derzeitige Mischungsverhältnis aufgehoben und die Verwendung von Surrogatmehlen (Mais u. a.) ausgeschaltet werde, 2. daß billigere Höchstpreise für Brotmehl festgesetzt werden, 3. daß die niederösterreichische Getreideproduktion ausschließlich Niederösterreich und Wien zukomme und 4. daß ein ausreichendes Kontingent an Edelmehl ungarischer Provenienz der Gemeinde Wien zur Verfügung gestellt werde, so daß damit das Auslangen gefunden werden könne.

Magistratsbericht über die Zuckerverforgung der Stadt Wien. (Über Einschreiten der Gemeinde wurden seitens der Statthalterei 150 Waggons für verschiedene Firmen im Lagerhaus eingelagerten Zuckers angefordert. Mit Eingabe vom 31. Mai 1915 hat der Bürgermeister von der k. k.

n.-ö. Statthaltereie ein weiteres Quantum von 1000 Waggons aus den in den österreichischen Zuckerraffinerien lagernden Zuckervorräten angefordert. Günstige Erledigung des Ansuchens durch das Handelsministerium. Anforderung von 310 Waggons aus dem in den k. k. Lagerhäusern in Triest eingelagerten Exportzuckers bei der Statthaltereie in Triest. Entsprechung durch die Statthaltereie in Triest und Einlagerung des Zuckers im Wiener Lagerhause. Einlagerung von 200 Waggons als Reserve der Gemeinde Wien.

Magistratsbericht über die Kohlenversorgung. (Ankauf von 900 Waggons russischer Kohle. — Ankauf weiterer 1600 Waggons russischer Kohle als Hausbrandkohle. Verkaufspreis der russischen Kohle 3 K 50 h per 100 kg.)

Forderung nach Erlassung eines Verbotes zur Erzeugung von Schlagobers und der Verwendung von Milch zur Gefrorenes-Erzeugung.

Kenntnisnahme eines Kalendariums über die von der Gemeinde Wien unternommenen Schritte zur Beschlagnahme der in Wien lagernden Fasane. (Angelegenheit nach monatelangen Verhandlungen noch immer nicht erledigt. — Siehe Nr. 89 des Amtsblattes v. 2. Nov. 1915, S. 1716.)

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß er vom Eisenbahnministerium unter Hinweis auf die durch die Transportverhältnisse verursachten hohen Obstpreise eine Regelung des Obst- und Gemüsetransportes mit allem Nachdrucke verlangen werde.

Genehmigung der Einführung eines Nachmittag-Marktes.

Kenntnisnahme des Stadtratsbeschlusses vom 8. Juli 1915, Pr.-B. 7171/15, betreffend die Kehrfrage.

Genehmigung der Erhöhung des Bierpreises des Brauhauses der Stadt Wien ab 1. August 1915 bei allen Bierorten.

## 24. Obmänner-Konferenz vom 28. Juli 1915.

Kenntnisnahme einer Eingabe an den Ministerpräsidenten, in welcher das Präliminare der Gemeinde Wien bezüglich der Mehlversorgung bis zur Ernte 1916 mitgeteilt wird. (Tagesbedarf an Mehl für Kochzwecke 110.040 kg, für Brotzwecke 362.296 kg. — Jahresbedarf 18.962 Waggons.)

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über eine Besprechung beim Ministerpräsidenten am 24. Juli 1915 in der Frage der Mehlversorgung der Stadt Wien, bei der konstatiert wurde, daß 1. das Präliminare der Gemeinde sich mit dem von der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt verfaßten nahezu deckt, 2. dem Wunsche nach Aufhebung des bestehenden Mischungsverhältnisses und Ausschaltung der Surrogatmehle von der Brotkarte durch eine Berordnung Rechnung getragen werde, 3. dem Wunsche der Gemeinde nach billigerem Brotmehl Rechnung getragen werde, 4. dem Wunsche nach Aufstapelung eines eisernen Vorrates an Mehl durch Zuschübe von Brotfrüchten aus Ungarn seitens der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt entsprochen werde.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß ab 30. Juli 1915 kein Maismehl, sondern nur mehr Edelmehle in den Verkehr gebracht werden. Einheitlicher Detailhandelspreis des Mischmehles (50% Müller, 50% deutsches Weizenmehl) 80 h für 1 kg.

Anregung des Gemeinderates Leitner, auf Erlassung eines Verbotes der Verwendung von Maismehl zur Broterzeugung ab 30. Juli 1915,

da von diesem Zeitpunkte den Bäckern nur mehr Edelmehle zugewiesen werden.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Kosten der Brotartenausgabe. (Entschädigung der Lehrpersonen monatlich 200.000 K.)

Beschluß in Angelegenheit der Mehl- und Brotversorgung: Die Obmänner-Konferenz nimmt zur Kenntnis: 1. Daß Surrogatmehle in Zukunft bei der Broterzeugung ausgeschaltet sind, 2. daß der Wiener Konsum bis Mitte Oktober durch die 1000 Waggonn deutschen Weizengleichmehles sowie durch die Beschlagnahme der Ernte des Wiener Rayons gesichert sei und 3. daß eine Maisüberdeckung der Gemeinde nicht Platz gegriffen habe und daß nicht ein Kilogramm kommunalen Mehles verdorben sei.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß seinem Ansuchen, das gesamte im Wiener Gemeindegebiete beschlaggenahmte Getreidequantum jeder Gattung der Gemeinde Wien zum Verbräuche zuzuweisen, seitens der Regierung Folge gegeben wurde.

Ermächtigung des Bürgermeisters, städtisches Fuhrwerk zu Getreidetransporten verwenden zu dürfen, auch wenn die Straßenreinigung darunter etwas leiden würde.

Genehmigung einer Kundmachung des Wiener Magistrates vom 24. Juli 1915, betreffend die Durchführung des An- und Verkaufes von Getreide der Ernte 1915. Verhinderung des Ankaufes von Mehl im Wiener Rayon.

Magistratsbericht über die Kohlenversorgung. (Anbot seitens der Gemeinde Wien für die Erstehung des Alleinverkaufes der russischen Kohle aus Dombrawa, 15 K pro Tonne. Grundsatz: die Kohle nur zu einem Preise zu erstehen, der die Abgabe an die Bevölkerung zu einem angemessenen Preise ermöglicht. Antrag: Annahme des Gegenanbotes des Etappen-Oberkommandos, die Kohle zum Preise von 18 K pro t zu übernehmen.

Genehmigung des Angebotes des Etappen-Oberkommandos, die russische Kohle (Dombrawa) zum Preise von 18 K pro Tonne zu übernehmen.

Kenntnisnahme eines Erlasses des k. k. Ministeriums des Innern vom 24. Juli 1915, betreffend die Bekämpfung der Preistreiberien mit unentbehrlichen Bedarfsartikeln.

Kenntnisnahme eines Kalendariums über die seitens der Gemeindeverwaltung unternommenen Schritte in Angelegenheit der Vieh- und Fleischversorgung Wiens seit Kriegsbeginn. (Nr. 93 des Amtsblattes vom 16. November 1915, Seite 1817.)

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Hintanhaltung einer durch Futtermangel drohenden Milchnot dadurch, daß er den Wiener Milchmeiern den rumänischen Defektmais, sowie Kleie von gutem Mais zur Verfügung stellte.

Ablehnung von Offerten auf Errichtung einer Schweinemästerei mit Rücksicht auf die hohen Futtermittelpreise, die Seuchengefahr und den Umstand, daß sich die Gemeinde in Spekulationen nicht einlassen dürfe.

Anregung des Gemeinderates Steiner, die Erledigung der dem Kriegsminister überreichten Petition der Gemeinde in Angelegenheit der Invalidenfürsorge zu betreiben.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die im Herbst zu gewärtigende Besserung der Schulverhältnisse durch Freigabe von Schulen seitens der Militärbehörde.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Absicht des Kriegsministeriums, einige städtische Schulen, die sich für Spitalzwecke eignen, käuflich zu erwerben.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über seine Absicht, einige der in Wien für militärische Zwecke erbauten Baracken nach Kriegsbeendigung zur Behebung der Wiener Spitalsmisere vom Arar zu erwerben und als Notspitäler zu verwenden. (Z. B. die Simmeringer Baracken.)

## 25. Obmänner-Konferenz vom 16. August 1915.

Genehmigung der eventuellen vorläufigen Führung der Geschäfte der Bezirksvertretung Leopoldstadt durch einen Beamten für den Fall, als eine abermalige Intervention beim Landesverteidigungsminister wegen Enthebung des bei der Musterung für geeignet befundenen Bezirksvorsteher-Stellvertreters Kleebinder erfolglos wäre. (Vorsteher Dr. Blasfel eingeleitet.)

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß die am 14. Mai durch die Gemeinde Wien eingeleitete Aktion wegen Zugänglichmachung der in Wien lagernden Fasane für den Konsum bis heute (16. August 1915) keine Erledigung seitens der Regierung erfahren habe.

Beschluß der Obmänner-Konferenz in Angelegenheit der Forderung der Gemeinde nach Festsetzung von Höchstpreisen für Wildbret ab Schußplatz: Die Obmänner-Konferenz nimmt den abschneidenden Standpunkt der Regierung, dessen Begründung sie nicht für stichhältig erklärt, mit tiefem Bedauern zur Kenntnis und beschließt einstimmig, mit aller Entschiedenheit die Forderung nach Erlassung von Höchstpreisen für Wildbret ab Schußplatz neuerdings zu erheben, da es nach ihrer Überzeugung kein anderes Mittel gebe, um die Wildbretpreise vor einer Steigerung ins Ungemeßene zu bewahren. Dieser Standpunkt der Gemeinde ist der Regierung durch eine Deputation der Obmänner-Konferenz bekanntzugeben.

Kenntnisnahme eines Berichtes des Marktamtes über die Wirkung der Verordnung vom 7. August 1915 bezüglich der Preisanschreibung auf den Märkten. (Unterstützung der Marktorgane durch das Publikum. Befolgung der Verordnung durch die Produzenten.)

Kenntnisnahme eines Berichtes des Marktamtes über den geringen Erfolg des Nachmittagsgemüsemarktes. (Am Naschmarke hatten von 1000 Standinhabern nur 40 ihre Stände eröffnet, geringer Zuspruch seitens des Publikums.)

Grundsätzliche Genehmigung der Errichtung von Getreidespeichern für 1000 Waggons Getreide im Freudenauer Winterhafen. (Errichtung durch die Donauregulierungs-Kommission. — Betrieb durch die Verwaltung des städt. Lagerhauses. — Angemessene jährliche Abgabe an die Donauregulierungs-Kommission.)

Kenntnisnahme eines Berichtes der Stadtbauamts-Direktion über den Baufortschritt des neuen Kühl- und Gefrierhauses. (Infolge Änderung der Fundamentierung Mehrkosten von zirka 90.000 K gegenüber dem genehmigten Gesamtbetrage von 2,956.680 K.)

## 26. Obmänner-Konferenz vom 31. August 1915.

Kenntnisnahme eines Berichtes der Stadtbauamts-Direktion über die Errichtung von Getreidespeichern im Freudenauer Winterhafen. (Ber-

zinsung der Hälfte der Anlagelkosten mit 3½% durch die Gemeinde als Pachtzins. — Durchführung der gesamten inneren Einrichtung durch die Donauregulierungs-Kommission.)

Kenntnisnahme eines Berichtes der Stadtbauamts-Direktion über den Baufortschritt des Kühl- und Gefrierhauses (Vollendungstermin Ende des Jahres 1915) und Genehmigung der Mehrkosten von 100.000 K für die geänderte Fundierung.

Genehmigung des Ankaufes der Gründe für das Kühl- und Gefrierhaus nächst dem städt. Lagerhause. (Gesamtausmaß 52.944,24 m<sup>2</sup>; Kaufpreis 2,160.000 K; Berichtigung des Kaufpreises in 20 Teilzahlungen.)

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß er die Forderung der Gemeinde Wien nach Festsetzung von Höchstpreisen für Wildbret ab Schußplatz erneuern werde.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Eierverforgung Wiens. (Forderung der Gemeinde am 24. November 1914 an den Ministerpräsidenten, daß das Ausfuhrverbot strikte gehandhabt und keine Ausnahmen zugestanden werden sollen. — Ausfuhr nach Deutschland monatlich 15.000 q Eier, wovon 12.000 q auf Ungarn, 3000 q auf Österreich entfallen. Nachlassen der Produktion. Notstand in der Eierfrage zu befürchten.)

Genehmigung der Forderung der Gemeinde nach einem Eierausfuhrverbot, bzw. nach Herabsetzung der Eierausfuhr.

Genehmigung der Forderung der Gemeinde Wien nach einem Ausfuhrverbot für Obst.

Anregung des Gemeinderates Steiner, zu den hohen Zwiebel- und Knoblauchpreisen Stellung zu nehmen.

Beschwerde des Gemeinderates Skaret über die Festsetzung von Verkaufsstunden für Brot und Mehl durch die Firma Mendl.

Genehmigung der Forderung der Gemeinde Wien nach allgemeiner Erhöhung der Brot ration.

Kenntnisnahme einer Eingabe an den Statthalter mit dem Ersuchen, die geeigneten Verfügungen, durch welche die Brot- und Mehlverforgung der Stadt Wien auf eine gesicherte Grundlage gestellt wird, mit aller Beschleunigung zu treffen.

Genehmigung einer Petition an die Regierung in Angelegenheit der Vergütung für die nach dem Kriegsleistungsgesetze angeforderten Fahrzeuge, in welcher zur authentischen Interpretation der Verordnung vom 9. Jänner 1915, R.-G.-Bl. Nr. 7, die Erlassung einer Ausführungsverordnung verlangt wird, die ausspricht, daß sich die nachträgliche Anforderung von Fahrzeugen und Tieren zur dauernden Überlassung nur auf die nach Erscheinen der kaiserlichen Verordnung vom 9. Jänner 1915 neu angeforderten Fahrzeuge und Tiere bezieht und daß von diesem Zeitpunkte an erst die Verfügungen für die Gebrauchsnahme einzurechnen sind.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über eine Vereinbarung vom 22. Juni 1915 mit der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft (Z.-E.-G.) in Berlin, betreffend die wöchentliche Anlieferung von frischem Rindfleisch und Ansammlung eines Vorrates von Gefrierfleisch in Deutschland auf Rechnung der Gemeinde.

Ablehnung des Angebotes des H. Mayer auf 50.000 Sack amerikanischen Weizenmehles mit Rücksicht auf den unannehmbaren Preis von 130 K per 100 kg Ioko Lübeck und das auf Kosten der Gemeinde gehende Risiko.

Anregung des Gemeinderates Steiner, durch den Magistrat zur Rivelierung der Militärverforgungsgesetze Stellung nehmen zu lassen.

## 27. Obmänner-Konferenz vom 23. September 1915.

Besprechung der Verordnung vom 22. September 1915, betreffend die Festsetzung von Höchstpreisen für Kartoffeln durch Bürgermeister Dr. Weiskirchner und Erklärung desselben, daß diese Verordnung für Wien mit Rücksicht auf die Knappheit an Fleisch, Hülsenfrüchten und Brot schwere Folgen haben werde. (Gefahr der Stornierung der seitens der Wiener Großhändler mit den Produzenten getätigten Kartoffelschlüsse. Keine Kartoffeln aus Ungarn mehr, da für Ungarn keine Höchstpreise. — Große Verluste der Gemeinde bei den geschlossenen Ankäufen, zirka 4½ Millionen Kronen in den kommenden 8 Monaten.)

Magistratsbericht über das Ergebnis des Kartoffelanbaues der Gemeinde Wien. (Ernte in Leopoldau 140 Waggons, in der Lobau 40 Waggons.)

Anregung des Gemeinderates Emmerling auf Veröffentlichung der Maßnahmen der Gemeinde auf dem Gebiete der Kartoffelversorgung.

Anregung des Gemeinderates Dr. v. Dorn, den Bezug von Kartoffeln aus Galizien und Wolhynien in Erwägung zu ziehen.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über seine Absicht, zwei Delegierte der Gemeinde zum Kartoffeleinkauf nach Russisch-Polen zu entsenden. (Telegraphische Verständigung vom Kreiskommando Kielce, daß Entsendung von Delegierten wegen Knappheit an Lebensmitteln voraussichtlich ergebnislos sein wird.)

Anregung des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller, von der Regierung die Suspendierung der Verordnung vom 22. September 1915, betreffend die Festsetzung von Höchstpreisen für Kartoffel bis zur Erlassung von Kartoffelhöchstpreisen in Ungarn zu fordern.

Beschlüsse der Obmänner-Konferenz in der Kartoffelfrage. (Dem Ministerpräsidenten durch Deputation der Obmänner-Konferenz zu überreichen: 1. Da nach § 8 der Verordnung vom 22. September 1915, betreffend die Festsetzung von Höchstpreisen für Kartoffel ihre Bestimmungen nur auf den Bezug aus dem Zollauslande keine Anwendung finden, ist zu besorgen, daß die für Wien so wichtigen Kartoffelzufuhren aus Ungarn ausbleiben und sich dadurch eine empfindliche Kartoffelnot in Wien geltend mache. Die Regierung wird daher aufgefordert, alles aufzubieten, um Kartoffelzufuhren nach Wien in ausreichendem Maße sicherzustellen. 2. Die Gemeinde Wien wird zwar die Verordnung, die ohne ihre Mitwirkung zustande gekommen ist, in dem ihr übertragenen Wirkungsbereich selbstverständlich pflichtgemäß durchzuführen, muß aber von vornherein jede Verantwortung für deren Rückwirkung auf die Approvisionnement der Stadt ablehnen. 3. Der Bericht des Magistrates über die bisherigen Maßnahmen der Gemeinde zur Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln sowohl durch eigenen Anbau als auch durch Ankauf von rund 100.000 q wird zur Kenntnis genommen und genehmigt, daß der aus den Ankaufspreisen im Vergleiche zu den nunmehr festgesetzten Höchstpreisen sich ergebende Verlust von der Gemeinde getragen werde.

Kennntnisnahme einer Übersicht über die Aufnahme der Vorräte an Hülsenfrüchten mit dem Stichtag vom 12. September 1915. (Erbsen 866.678 kg, Linsen 5747 kg, Bohnen 1.575.661 kg.)

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß er den Jahresbedarf der Gemeinde Wien an Hülsenfrüchten von der Regierung angefordert habe.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über eine infolge der Beschlagnahme des Rohöles auftretende Petroleumknappheit.

Kenntnisnahme einer Eingabe an den Statthalter, mit welcher der Jahresbedarf der Gemeinde Wien an Futtermitteln bis zur neuen Ernte 1916 angefordert wird.

Kenntnisnahme einer Eingabe an den Ministerpräsidenten, in welcher auf das sprunghafte Steigen der Preise für Süßwasserfische hingewiesen wird.

Kenntnisnahme einer Zuschrift des Fürst Kollalto'schen Rentamtes an einen Wiener Fischhändler, betreffend eine mit Rücksicht auf die höheren Fleischpreise erfolgte Erhöhung der Fischpreise.

Kenntnisnahme einer Zuschrift der Fürst Schwarzenberg'schen Herrschaftsdirektion Wittingau an einen Wiener Fischhändler, betreffend Erhöhung der Karpfenpreise.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über eine bevorstehende Brennholznot.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß er zur Behebung einer Brennholznot eine Erhöhung der Schlägerei in den städt. Forsten angeordnet und an die Regierung das Ersuchen gerichtet habe, auch in den staatlichen Forsten eine Verstärkung des Betriebes zu veranlassen.

Anregung des Gemeinderates Schmid, zum Holzschlagen russische Kriegsgefangene zu verwenden.

Anregung des Gemeinderates Emmerling auf Verwendung von russischen Kriegsgefangenen zur Gewinnung von Holz aus dem Böhmerwalde.

Anregung des Gemeinderates Steiner, den Bezug von Holz aus den großen Birkenbeständen der eroberten russischen Sumpfgebiete ins Auge zu fassen.

Kenntnisnahme eines Berichtes des Gemeinderates Steiner über eine Besichtigung der Flüchtlings-Konzentrationslager in Bruck und Witterndorf. (Einrichtung zufriedenstellend.)

---

## 28. Obmänner-Konferenz vom 8. Oktober 1915.

Beschluß, mit der Ausgabe der Reiszorräte der Gemeinde noch zu warten.

Beschluß, mit der Ausgabe von Fett aus den Vorräten der Gemeinde das Ergebnis der am 10. Oktober stattfindenden Vorratsaufnahme abzuwarten.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß der Tagesbedarf der Gemeinde Wien an Mehl seit dem Vorjahre von 40 Waggons auf 70 Waggons täglich gestiegen sei, da die Bevölkerung fast ausschließlich auf den Mehlgenuß angewiesen sei.

Mitteilung des Bürgermeisters, daß im September 1915 in einer Woche um 1½ Millionen mehr Brotmarken in Wien abgegeben wurden, als ausgegeben waren. (Einkauf in Wien durch Leute aus der Umgebung Wiens.)

Kenntnisnahme eines Erlasses der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 3. Oktober 1915 über die Gründung einer vom Ministerium des Innern legitimierten Einkaufsstelle („Miles“).

Forderung des Gemeinderates Reumann nach Einberufung einer öffentlichen Gemeinderatsitzung zur Besprechung von Approvisionierungsfragen.

Forderung des Gemeinderates Staret nach Einberufung einer öffentlichen Gemeinderatssitzung zur Besprechung von Approvisionierungsfragen.

Forderung des Gemeinderates Dr. Hein nach Einberufung einer öffentlichen Gemeinderatssitzung zur Besprechung von Approvisionierungsfragen.

Anregung des Gemeinderates Dr. v. Dorn auf eine Vorsprache des Bürgermeisters mit dem gesamten Gemeinderate beim Ministerpräsidenten in Angelegenheit der Approvisionierungsverhältnisse Wiens.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß das Ministerium des Innern bezüglich der Anforderung von 1500 Waggons Hülsenfrüchten für den Wiener Konsum mit Rücksicht auf die überaus ungünstige Hülsenfrüchteernte und den großen Heeresbedarf dormalen nicht in der Lage ist, eine Verfügung zu treffen. (Abwarten des Ergebnisses der Vorratsaufnahme am 15. Oktober 1915.)

Kenntnisnahme eines Magistratsberichtes über die Kartoffelversorgung Wiens. (Nahezu gänzlichliches Aufhören der Kartoffelzufuhren als Wirkung der Verordnung vom 22. September 1915, betreffend die Festsetzung von Höchstpreisen für Kartoffel. Kartoffelknappheit in der ersten Woche des Oktober durch Abgabe von Gemeindefertigkartoffeln behoben. Schlüsse der Gemeinde auf den Bezug von Kartoffeln aus Ungarn, Böhmen und Mähren. Sicherstellung von 3660 Waggons Kartoffeln. Vorrat für 2½ Mon. Auftrag der Statthalterei an einzelne Bezirkshauptmannschaften, Kartoffeln für Wien zu stellen, eventuell im Wege der Requisition. Ersuchen an das Armeekorps-Oberkommando um Kartoffeln aus Wolhynien und Russisch-Polen. — Forcierung der Ernte in Leopoldau. Abgabe von 20 Waggons Kartoffeln daselbst an 5000 Parteien in drei Tagen. Eröffnung von Kartoffel-Verkaufsstellen auf den Märkten. Vorsorge für die Unterbringung der Kartoffeln. — Anlage von Kartoffel-Mieten.)

Genehmigung der Errichtung von Kartoffel-Mieten für mindestens 1000 Waggons Kartoffel in Stadlau und Groß-Zedlersdorf.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über seine vergebliche Intervention beim Ministerpräsidenten, die Einfuhrbewilligung für Fleischschweine aus Galizien zu erhalten. (Widerstand der galizischen Statthalterei. — Mangel an Transportmitteln.)

Genehmigung der Ablehnung des Offertes Brück auf Verkauf von Weizenmehl, Hafer, Gerste, Erbsen und Bohnen rumänischer Provenienz mit Rücksicht auf die Haltung der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt. (Verordnung vom 16. September 1915, betreffend die Einfuhr von Getreide, Hülsenfrüchten und Mahlprodukten aus dem neutralen Auslande.)

Genehmigung des Ankaufes von 234 Zisternen Petroleum von der Mineralöl-Industrie-Ges. m. b. H. Trzebina.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner bezüglich des Gerüchtes, die Gemeinde habe ein Anbot auf 50.000 Gänse aus Russisch-Polen abgelehnt, daß der Gemeinde niemals ein solches Anbot überreicht worden sei.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die seitens des Magistrates erfolgte ablehnende Beantwortung einer telegraphischen Anfrage des Militärregiments Michow, betreffend den Bezug von Gänsen aus Russisch-Polen, mit Rücksicht darauf, daß diese Magergänse fünf Monate gemästet werden müßten, das erforderliche Maisquantum nicht beschafft werden könnte und eine Kontumaz- und Mastanstalt während des Krieges nicht geschaffen werden könne.

Anregung des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller auf Einführung eines Rauchverbotes auf der rückwärtigen Plattform der Straßenbahnen.

Anregung des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller, für die in der Nacht ankommenden Fernzüge auf den Bahnhöfen Stellwagen bereit zu stellen.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die infolge der zahlreichen Einberufungen notwendige Aufnahme von weiblichen Hilfskräften bei den städt. Unternehmungen.

## 29. Obmänner-Konferenz vom 27. Oktober 1915.

Genehmigung einer einmaligen Spende von 100.000 K aus den Betriebsmitteln der städt. Straßenbahnen für die von den Angestellten der städt. Straßenbahnen gegründete Hilfsorganisation zur Unterstützung der Angehörigen eingerückter Straßenbahner, anlässlich des 50jährigen Bestandes der Wiener Straßenbahn. (Stadtratsbeschluss vom 7. Oktober 1915, Pr.-Z. 10735.)

Genehmigung einer Spende von 15.000 K an den Kaiser Franz Josef-Unterstützungsfonds des österr. Verbandes der Lokalbahnen und Kleinbahnen aus den Betriebsmitteln der städt. Straßenbahnen anlässlich des 50jährigen Bestandes der Wiener Straßenbahnen. (Stadtratsbeschluss vom 7. Oktober 1915, Pr.-Z. 10736.)

Kenntnisnahme des Ergebnisses der Vorratsaufnahme von Frucht und Mehl in Wien vom 15. Oktober 1915. (Weizen 2304 Waggons, Weizenmehl 2287 Waggons, Roggen 548 Waggons, Roggenmehl 414 Waggons, Gerste 316 Waggons, Hafer 160 Waggons, Altmais 1419 Waggons, Neumais 44 Waggons, Bohnen 192 Waggons, Erbsen 45 Waggons, Linsen 1.2 Waggons.)

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über seine Vorgesprache in Angelegenheit der Ansammlungen vor den Filialen der Firma Mendl (Anferbrotfabrik) beim Statthalter und Zusage desselben, beim Polizeipräsidenten zu intervenieren.

Kenntnisnahme einer Zuschrift des Abgeordneten Max Winter an den Ministerpräsidenten, in welcher die Zustände beim Mehlerverkauf und das Anstellen vor den Filialen der Firma Mendl geschildert ist.

Kenntnisnahme eines Magistratsberichtes über die Abgabe von Mehl für den Detailverkehr durch die Gemeinde. (Erstes Stadium: die Zuweisung von Mehl aus den Gemeindevorräten an die Gewerbevereinigungen hat sich nicht bewährt, da die Genossenschaften nicht über den Apparat verfügten, die Ansprüche ihrer Mitglieder rasch zu befriedigen. Daher neue Organisation: Übereinkommen mit dem „Verein der am Kolonialwarenhandel beteiligten Firmen“ [Konzern]. Zuweisung von Gemeinmehl erfolgte unter Ausschaltung der Gewerbevereinigungen an den Konzern, der die Abgabe an die Detailkundschaft durchzuführen hat. Bindung der Detailverkaufspreise, Kontrolle über die Mehlabgabe an die Kleinverkäufer. Festsetzung des Höchstmaßes für die Detailabgabe durch die Mitglieder des Konzerns mit 25%, später 15%. Abgabe von 1042 $\frac{3}{4}$  Waggon Mehl an den Konzern in der Zeit vom 1. Mai bis 23. Oktober 1915. Ursachen der Mehlsknappheit in Wien: Mehlschamsterei, Brotverkauf durch Soldaten an die Zivilbevölkerung, Ausfuhr von Mehl aus

Wien, Mehluweisungen an die Firma Mendl, Mehlabgabe der Gemeinde an den Konzern. Herstellung eines Gleichmehles würde die Versorgung der Kleinbetriebe erleichtern.)

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß seit 9. September 1915 aus Ungarn kein Mehl oder Getreide angeliefert worden sei.

Feststellung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß das städt. Mehllamt seinen Aufgaben voll und ganz entspricht.

Anregungen des Gemeinderates Dr. Schwarz-Siller in Angelegenheit der Brot- und Mehilverversorgung Wiens: 1. Die Brotkarte solle in eine Brot- und Mehllkarte zerlegt werden. 2. Die Brotkarte solle eventuell ganz aufgehoben werden. 3. Rayonierung des ganzen Gemeindegebietes von Wien in Mehilverkaufsbezirke. 4. Im Falle der Nichtaufhebung der Brotkarte die Ausgabe der Brotkarte wie bisher oder im beschränkten Maße. 5. Ausgabe von eigenen Mehleinkaufslegitimationen nur an Familienhäupter nach Maßgabe der in tatsächlicher Verpflegung stehenden Personen. 6. Einteilung aller Gemeindebezirke in Mehilverkaufsbezirke. 7. Zuweisung eines jeden Hauses an eine bestimmte Mehilverkaufsstelle. 8. Mehilverkauf während des ganzen Tages, und zwar z. B. von 6 bis 11 Uhr vormittags und von 3 bis 8 Uhr abends. 9. Festsetzung eines bestimmten Tagesquantums für jede Legitimation. 10. Einschränkung der Zahl der Mehilverkaufsstellen.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß in Wien 182.703 Familien (Haushaltungen) Konsumvereinen angehören.

Anregung des Gemeinderates Dr. v. Dorn auf Errichtung von Mehilverkaufsstellen durch die Gemeinde.

Beschlüsse in Angelegenheit der Brot- und Mehilverversorgung Wiens: 1. Die Obmänner-Konferenz spricht sich für eine strengere Handhabung der Vorschriften über die Mehl- und Brotkarten aus. 2. Es ist an das k. u. k. Militär-Kommando heranzutreten, um den Verkauf von Kommissbrot durch Soldaten in Baracken und Kasernen an das Publikum hintanzuhalten. 3. Es wird an der kompetenten Stelle Vorstellung erhoben, daß die Monopolstellung der Firma Mendl beseitigt werde. 4. Die Obmänner-Konferenz spricht sich für die Trennung der Mehl- und Brotkarten, und zwar wenn möglich unter Erhöhung der Mehllration aus. 5. Es wird an die Regierung die Forderung erneuert, nicht weiter Back-, Koch- und Brotmehl zu erzeugen, sondern ein einheitliches Weizengleichmehl in den Mühlen herstellen und in Verkehr bringen zu lassen.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß er das Ergebnis der Aufnahme der Fettvorräte in Wien vom 10. Oktober 1915 (Schweinefett 1620 q, Speck 1165 q, Butter 536 q, Rindschmalz 2745 q, Pflanzenfett 599 q, Margarinbutter 111 q und Margarinschmalz 303 q) der Regierung mit der Forderung übergeben habe, aus dem neutralen Auslande für die Gemeinde Wien Fett zu beschaffen.

Kenntnisnahme des Erlasses des Ackerbauministers vom 11. Oktober 1915 in Angelegenheit der von der Gemeinde geforderten Beschlagnahme von im Wiener Kühllager lagernden Fasanen. (Zustimmung und Verzicht auf die Linienverzehrungssteuer.)

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß die mit Erlaß des Ackerbauministers vom 11. Oktober 1915 in Angelegenheit der von der Gemeinde geforderten Beschlagnahme von im Wiener Kühllager lagernden Fasanen erteilte Zustimmung und Verzicht auf die Linienverzehrungssteuer, gegenstandslos geworden sei, da im Laufe der Zeit die Fasane bis auf 300 Stück sukzessive verkauft wurden.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß die von der „Rohö“ nach Wien gebrachten russisch-polnischen Gänse (Magergänse) sich auf 4 K per Kilogramm stellen, während die auf den Wiener Märkten erhältlichen ungarischen Fleisch- und Fettgänse sich auf 3 K 60 h per Kilogramm stellen.

Kenntnisnahme eines Magistratsberichtes über die Kartoffelversorgung der Stadt Wien. (Keine neuen Schlüsse, da Bedarf der Gemeinde Wien für die Wintermonate und das Frühjahr gedeckt. Ein Erlaß des Ackerbauministeriums vom 28. September 1915 teilt mit, daß die Regierung die Organisation des Kartoffelbezuges für die Stadt Wien in die Hand genommen habe und durch Vertreter der Futtermittelzentrale in Polen Kartoffeln angekauft [zirka 500 Waggons] und der Gemeinde Wien geliefert werden. Weitere Lieferung von je 500 Waggons aus Mähren und Galizien seitens der Regierung. 6 Waggons Kartoffeln aus Russisch-Polen und weitere Sendungen werden der Gemeinde unter der Bedingung zur Verfügung gestellt, daß diese Kartoffeln sofort an mittellose Bevölkerungsschichten um einen die effektiven Gestehungs- und Verteilungskosten der Gemeinde nicht übersteigenden Preis abgegeben werden. — Schwierigkeiten bei der Anlieferung aus Ungarn. Schwierigkeiten bei der Anlieferung von täglich durchschnittlich 130—140 Waggons Kartoffeln auf den Wiener Bahnhöfen. Notwendigkeit der Beistellung von Mannschaft und Fuhrwerk durch das Militärkommando Wien. Zuweisung von Verteilungstrayons an die sieben in Betracht kommenden Bahnhöfe. Organisation der Kartoffelabgabe an die Bevölkerung: Unmittelbare Abgabe an Markthändler, in verschiedenen Bezirken Wiens, Abgabe im Wege der Zustreifung durch die Straßenbahn auf verschiedenen Stellen des Straßennetzes an Kleinverschleißer, waggonweise Abgabe an größere Händler, Konsumvereine u. dgl. und Verkauf in der Markthalle in der Zedlitzgasse, in der an Montagen nur Mengen von 50 kg, an Donnerstagen Mengen von 50 bis 1000 kg abgegeben werden. In der Zeit vom 16. bis 22. Oktober wurden aus den Vorräten der Gemeinde 1,214.369 kg an die Bevölkerung abgegeben. Anlage einer Kartoffel-Miete für 1000 Waggons in Klein-Schwechat.)

Genehmigung der Zuweisung von 6 Waggons russisch-polnischer Kartoffel an die öffentliche Auspeisung.

Anregung des Gemeinderates Schmid, die etwas billigeren russisch-polnischen Kartoffeln an die ärmsten Schichten der Bevölkerung unentgeltlich abzugeben.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Einführung eines Nachtverkehrs der städt. Stellwagenunternehmung für die auf den Wiener Bahnhöfen ankommenden Nachtzüge.

### 30. Obmänner-Konferenz vom 10. November 1915.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Ablehnung eines Offertes des L. Hofmann aus Czernowitz, mit Beziehung auf einen in der „Arbeiter-Zeitung“ vom 3. November 1914 unter dem Titel „Ein Anbot von Lebensmitteln“ erschienenen Artikel. (Die Ablehnung des phantastischen Offertes auf Lieferung von Mehl, Getreide, Öhjen, erfolgte mit Rücksicht darauf, daß das Getreide des Inlandes beschlagnahmt und

das aus dem Zollausland kommende an die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt abgeliefert werden muß und das Etappen-Oberkommando ein Ausfuhrverbot für Rinder aus der Bukowina erlassen hat.)

Kenntnisnahme einer Zusammenstellung über den Kohlenverkauf der Gemeinde Wien im Monate Oktober 1915.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weisföchner über seinen beim Kriegsminister erhobenen Protest gegen die an dritter Stelle der Kohlenbezieher erfolgte Einreihung der städt. Gaswerke.

Genehmigung des Stadtratsbeschlusses vom 4. November 1915, mit welchem den Bezirksvorstehern dieselben Kredite wie alljährlich (zusammen 117.200 K) zur Weihnachtsbeteiligung armer Schulkinder mit Schuhen und Kleidern bewilligt wurde.

Kenntnisnahme eines Magistratsberichtes über die Regelung der Mehlabgabe an den Detailverkehr. (Durchführung der in den Wirkungsbereich der Gemeinde fallenden Beschlüsse der 29. Obmänner-Konferenz und Überreichung der weiteren Beschlüsse als Petitionen an die Regierung. Erlaß der Statthalterei vom 28. Oktober 1915 mit Anordnungen betreffend die Regelung der Mehlabgabe an den Detailverkehr: „Dezentralisierung der Verteilung in den Bezirken, behördliche Kontrolle der ordnungsmäßigen Mehlabgabe seitens der Kleinhändler, deutliche Bezeichnung der Mehilverkaufsstöcke als Mehilverkaufsgeschäfte und vorläufige Erhöhung des wöchentlichen Mehlfontingentes für Wien um 50 Waggons.“ Beibehaltung des bisherigen Systems der Mehlabgabe an den Detailverkehr durch den Konzern.)

Anregung des Gemeinderates Dr. Hein auf Erhöhung der Brotration für die Weihnachtswoche.

Anregung des Gemeinderates Dr. Hein, den Dienstboten die Brotkarte für Schwerarbeiter auszufolgen.

Anregung des Gemeinderates Dr. Hein auf Ausübung einer Kontrolle seitens der Gemeinde über die Mehverteilung an die Detailhändler durch den Konzern.

Dermalige Abstandnahme von der Durchführung der vom Gemeinderate Dr. Schwarz-Hiller in der 29. Obmänner-Konferenz vom 27. Oktober 1915 erstatteten Vorschläge betreffend die Rayonierung der Brot- und Mehlabgabe (ultima ratio).

Kenntnisnahme eines Magistratsberichtes über die Kartoffelversorgung. (Bisherige Anlieferung 1027 Waggons; in Verkehr gesetzt 583 Waggons. Eingelagert für den Winter 248 Waggons. Kartoffelnot vorüber. Mitteilung des Ministerpräsidenten, daß für die Gemeinde Wien 2000 Waggons Kartoffeln in Niederösterreich, 2000 in Mähren und Böhmen und 2000 in russisch-Polen aufgebracht werden sollen. Absatz der russisch-polnischen Kartoffeln ziemlich flau, da ungleichmäßig. Bei Einmietung von täglich zirka 40 Waggons Kartoffeln werden bis Ende November zirka 1000 Waggons Kartoffeln eingemietet sein.)

Genehmigung der Preisfestsetzung für russisch-polnische Kartoffeln. (Ab Waggon 7 K 50 h, im Falle der Zustellung durch städtisches Fuhrwerk 9 K. Die Händler sind berechtigt, im Detailverkauf bis 50 kg 12 h per Kilogramm, über 50 kg 11 h per Kilogramm zu verlangen.)

Genehmigung der Überlassung von Lebensmitteln aus den städt. Vorräten für die Weihnachtsbeteiligung an die Bezirksvertretungen.

Anregung des Gemeinderates Reumann, Reis aus den städtischen Vorräten an die Bevölkerung abzugeben.

Anregung des Gemeinderates Dr. Hein, die Festsetzung von Höchstpreisen einer Beratung in der Obmänner-Konferenz zu unterziehen.

## 31. Obmänner-Konferenz vom 7. Dezember 1915.

Kenntnisnahme eines Magistratsberichtes über das Ergebnis der Reise des Gemeinderates Oberleutner und des Marktinspektors Kneifel nach Galizien und Russisch-Polen zum Einkauf von Lebensmitteln. (Für den Einkauf in Galizien kommen nur Kartoffel, Eier und Vieh in Betracht. — Kartoffelbeschaffung erschwert durch Mangel an Personal und Fuhrwert, Eier können nur von der legitimierten Einkaufsgesellschaft gesammelt und in Vertrieb gebracht werden, für Schweine und Rinder Ausfuhrverbot der Statthalterei in Galizien. Für den Einkauf in Russisch-Polen kommt nur das westlich der Weichsel gelegene Gebiet in Betracht. Vier Kreise dieses Gebietes sind zum Bezuge von Approvisionierungsartikeln den Militärspitälern, ein Kreis der „Kohö“ und 19 Kreise der legitimierten Einkaufsstelle zugewiesen.)

Kenntnisnahme eines Magistratsberichtes über den Ankauf von 1000 Kühen aus Tirol und Vorarlberg. (Abgabe von 500 Kühen an die Genossenschaft der Milchmeier, Einstellung von 500 Kühen auf dem Gute Sachfengang. 10.000—12.000 l Milch täglich.)

Anregung des Gemeinderates Skaret, die Einstellung des Flaschenmilchhandels zu erwirken.

Magistratsbericht über die Milchversorgung. (Milchzufuhr am 6. Dezember 1915 574.000 l gegen 674.000 l am gleichen Tage des Jahres 1914 und 800.000 l am gleichen Tage des Jahres 1913. Produktion der Wiener Milchmeier 54.000 l gegen 81.000 l früher. Kauf von 4 Waggons Trockenmilch und 21 Waggons Kondensmilch im Frühjahr 1915. Steigen der Kondensmilchpreise.)

Genehmigung des Ankaufes von 6000 Kisten holländischer Kondensmilch. (20 holländische Gulden per Kiste, d. i. 1 K 38 h per Dose.)

Anregung des Gemeinderates Dr. Hein, vom Ministerium des Innern eine sachmännische Zusammensetzung der vom Ministerium des Innern legitimierten Einkaufsstelle („Miles“) zu fordern.

Anregung des Gemeinderates Leitner, die Delegation eines Vertreters der Gemeinde Wien in die „Miles“ vom Ministerium des Innern zu verlangen.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über ein Dffert des Kreiskommandos Jedrezow auf Verkauf von 10.000 kg lebender Karpfen. (Sofortige telegraphische Anfrage über Qualität und Preis wurde dahin beantwortet, daß die Karpfen bereits anderweitig vergeben wurden.)

Genehmigung der Ausgabe von 63 Waggons Reis aus dem Borräte der Gemeinde an den Konsum. (An den Detailhandel im Wege des Konzerns 46 Waggons, an die Konsumvereine 10 Waggons und an die Genossenschaften der Wirte, Zuckerbäcker zc. 7 Waggons. — Preisbindung.)

Kenntnisnahme eines Magistratsberichtes über die Kartoffelversorgung der Gemeinde Wien. (Gesamtanlieferung 2737 Waggons. Eingelagert 1210 Waggons, eingemietet 40 Waggons, abgegeben an die Bevölkerung 1290 Waggons. Zufuhr infolge Frost seit 12 Tagen nahezu eingestellt. Gefrorene Ware als Futterkartoffel verkauft. Erhöhung des Preises für russisch-polnische Kartoffeln auf 10 K per Meterzentner seitens der „Miles“. Steuerfreiheit für Kellerräume zur Kartoffellagerung. Abfuhr der Kartoffeln von den Bahnhöfen durch die Straßenbahn. Herstellung neuer Straßenbahngeleiseverbindungen. Benützung einer hölzernen Wagenhalle im Straßenbahnhof Simmering für Kartoffellagerung, 200 Waggons.)

Kenntnisnahme eines Magistratsberichtes über Kartoffeltröcknung. (Möglichkeit der Herstellung von Futtermittel, von Walzmehl und Grieß

zur Streckung der Edelmehle. Studien über die Errichtung einer städt. Kartoffel- und Trocknungsanstalt durch den Magistrat. Eventueller Abschluß eines Vertrages mit der Firma Prochazka in Humpolez, betreffend die Verarbeitung von Rohkartoffeln zu Trockenware für die Gemeinde Wien.)

Kenntnisnahme eines Berichtes der Gaswerksdirektion über den Stand der Kohlenzufuhr für die städt. Gaswerke. (Kohlenbedarf für das Jahr 1915 war durch Käufe gedeckt. Bei Kriegsbeginn Auftreten von Schwierigkeiten. Nachlassen der Anlieferung wegen verminderter Förderung in den Gruben infolge der Einberufungen und wegen Waggonmangel. — Trotzdem Mitte Juli ein Vorrat von 3000 Waggons Kohle. Auftrag des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, verstärkt Kohle zu beziehen. Kalendarium über die schriftlichen Eingaben der Gemeinde an die zuständigen Behörden in Angelegenheit der Kohlenversorgung der städt. Gaswerke. Anzulängliche Belieferung, nicht 26% der geschlossenen Mengen. Persönliche Vorstellungen des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner bei den zuständigen Ministerien erfolglos. Folge: Eventuelle Einstellung der Gasversorgung in der dritten Jännerwoche 1915. Die Anlieferung von täglich 200 Waggons Kohle muß durchgesetzt werden.)

Kenntnisnahme eines Kalendariums über die schriftlichen Eingaben der Gemeinde Wien an die zuständigen Behörden in Angelegenheit der Kohlenversorgung der städt. Gaswerke.

Genehmigung einer Vorstellung der Partei-Obmänner unter Führung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner beim Ministerpräsidenten in Angelegenheit der Versorgung der städt. Gaswerke mit Kohle. (Forderung nach Abhilfe binnen drei Tagen und Überreichung des Kalendariums über die schriftlichen Eingaben der Gemeinde an die zuständigen Behörden in Angelegenheit der Kohlenversorgung der städt. Gaswerke.)

Antegung des Gemeinderates Steiner, in der Frage der Kohlenversorgung der städt. Gaswerke in einer Audienz bei Sr. Majestät dem Kaiser vorstellig zu werden.

Genehmigung der Aussendung des Kalendariums über die schriftlichen Eingaben der Gemeinde an die zuständigen Behörden in Angelegenheit der Kohlenversorgung der städt. Gaswerke an sämtliche Mitglieder des Gemeinderates.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über einen Erlaß an die Magistratsdirektion, betreffend den Auftrag zur Bildung von Preisbildungskommissionen.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über eine seitens des Magistrates an die k. k. Oberstaatsanwaltschaft Wien erstattete Anzeige wegen Preistreiberei in Süßwasserfischen seitens böhmischer und mährischer Großgrundbesitzer.

## 32. Obmänner-Konferenz vom 9. Dezember 1915.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Audienz beim Ministerpräsidenten in Angelegenheit der Kohlenversorgung der städt. Gaswerke. (Produktion und Vorräte in den Kohlenrevieren hinreichend. Grund der Schwierigkeiten ist Waggonmangel. Zusage von 210 Waggons Kohle täglich für die Gaswerke.)

Genehmigung der Forderung, daß die Gemeinde Wien — städtische Gaswerke in die erste Klasse der Kohlenbezieher eingereiht und ein tägliches Mindestquantum von Kohle für Wien gewährleistet werde.

Genehmigung der Erhöhung der Bezugsgrenze der Kriegsteuerzulage für die Angestellten der Gemeinde (von 3000 K auf 4000 K).

Genehmigung eines an den Landeschulrat zu richtenden Ersuchens, den k. k. Bezirksschulrat Wien anzuweisen, die seit Kriegsbeginn erledigten definitiven Lehrstellen an den Volks- und Bürgerschulen Wiens für männliche und weibliche Lehrpersonen nunmehr, und zwar zum Februartermin 1916, auszuschreiben und hiebei die Bewerbung der in Betracht kommenden Lehrpersonen, die gegenwärtig zur militärischen Dienstleistung einberufen und infolgedessen nicht in der Lage sind, sich um die fraglichen Stellen zu bewerben, als gegeben anzusehen.

Mitteilung des Vize-Bürgermeisters Rain über Verluste beim Kartoffelgeschäft infolge Frostwetters. (Verkauf an Spiritusfabriken, unentgeltliche Abgabe von nassen aber guten Kartoffeln an die Bevölkerung. Verlust zirka 70.000 K.)

Genehmigung der unentgeltlichen Abgabe von 25 Waggons nicht lagerfähiger Kartoffeln an die arme Bevölkerung.

Mitteilung des Gemeinderates Skaret, daß die Arbeiterkonsumvereine beim Kartoffelgeschäft 30—35%ige Verluste erleiden.

Kenntnisnahme eines Erlasses des Ministeriums des Innern über die am 15. Oktober 1915 durchgeführte Vorratsaufnahme von Getreide, Mehl und Hülsenfrüchten. (Ungünstiges Ergebnis. Anordnung einer auf jeden Getreidebesitzer sich erstreckenden Revision des Ergebnisses.)

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß es ihm mit vieler Mühe gelungen sei, einen eisernen Vorrat an Mehl zu erlangen und daß die Gemeinde in den Silos der Lagerhäuser ein Mehlsquantum für zirka sechs Wochen lagern habe.

### 33. Obmänner-Konferenz vom 15. Dezember 1915.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die von ihm getroffene Anordnung der Durchführung von Hausimpfungen.

Kenntnisnahme eines Berichtes der Gaswerksdirektion über die seit 8. Dezember 1915 hinsichtlich der Kohlenversorgung der städtischen Gaswerke im k. k. Eisenbahnministerium und k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten unternommenen Schritte und stattgehabten Verhandlungen. Ergebnis: Verpflichtung der Kohlenwerke zur Lieferung der angeforderten Mengen bis 31. März 1916 und Sicherstellung der Beistellung der erforderlichen Wagen.)

Prinzipielle Genehmigung eines eventuellen Vertragsabschlusses auf drei Jahre auf Mietung von 200 Waggons für die Zufuhr von Hausbrandkohle und von Kohle für das städt. Gaswerk.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über den Ankauf von Kühen in Tirol und Boralberg. (Ankauf begonnen. Erster Transport — 200 Kühe — unterwegs.)

Genehmigung einer Petition an die Regierung, in welcher die Erhöhung des staatlichen Unterhaltsbeitrages in einer den Zeitverhältnissen gerecht werdenden Weise sowie schleunige Durchführung der Erhöhung gefordert wird.

Anregung des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller, der Bürgermeister möge dahin wirken, daß Parteien, die einen kleinen Verdienst oder einen

Gelegenheitsverdienst haben, nicht sofort der Unterhaltsbeitrag eingestellt werde.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über eine vom n.-ö. Landesaussschusse veranstaltete Huldigung der Bürgermeister Niederösterreichs für Wiens Heldensöhne im Festsaale des Rathhauses.

### 34. Obmänner-Konferenz vom 22. Dezember 1915.

Genehmigung einer Petition, mit welcher neuerlich die Einführung des Impfwanges gefordert wird.

Kenntnisnahme eines Magistratsberichtes über die Errichtung einer Kartoffeltrocknungsanstalt der Gemeinde Wien in Rannersdorf (Angliederung der Anstalt an einen bereits bestehenden Betrieb wegen Kostenersparnis. Brauhaus in Rannersdorf geeignet. Erläuterung der Anlage. Heranziehung der Straßenbahn zur Beförderung der Ware. Wegfall der Notwendigkeit des Verkaufes von erstorbenen oder verdorbenen Kartoffeln mit Preisverlust, Verarbeitung in der Anstalt.)

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß die Gemeinde bis Ende Februar 1916 mit Kartoffelvorräten gedeckt sei und daß für März Schlüsse auf weitere 1500 Waggons gemacht worden seien, somit der Bedarf der Bevölkerung überdeckt sei.

Genehmigung der Errichtung einer Kartoffeltrocknungsanstalt der Gemeinde Wien in Rannersdorf. (Aufstellung dreier Tetosin-Apparate. Baldigste Aufnahme des Betriebes in eigener Regie der Gemeinde.)

Kenntnisnahme eines Magistratsberichtes über die Verordnung der Statthaltereie vom 16. Dezember 1915, betreffend die Regelung des Verkehrs mit Milch. (Die Ausgabe einer Milchkarte für stillende Mütter und Kinder bis zu sechs Jahren erfordert die Feststellung der Anzahl derselben. Für die Kinder bis zu sechs Jahren, zirka 210.000, ist ein Fünftel des auf den Wiener Markt kommenden Milchquantums, zirka 130.000 l, zu reservieren, zirka 400.000 l Milch verbleiben für den Verkauf ohne Karten. Ausgabe der Milchkarte durch die Brotkommissionen. Erläuterung der Milchkarte. Vorkehrungen für das Inkrafttreten der Milchkarte am 15. Jänner eventuell 1. Februar 1916 seitens des Magistrates getroffen.)

Anregung des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller, Hauskranken durch amtsärztliche Bestätigung die Milchkarte zuzuweisen.

Anregung des Gemeinderates Skaret auf völlige Einstellung des Handels mit Flaschenmilch.

Beschluß in Angelegenheit der Einführung der Milchkarte für stillende Mütter und Kinder bis zu sechs Jahren: Die Obmänner-Konferenz erklärt sich mit der Einführung der Milchkarte einhellig einverstanden und wird als Einföhrungstermin der 15. Jänner 1916, eventuell der 1. Februar in Aussicht genommen. Der Magistrat wird beauftragt, im Einvernehmen mit dem Stadtphysikat wegen Sicherstellung der Milch für Hauskrante Beratungen zu pflegen und weiters beauftragt, mit den Interessentengruppen wegen Sicherstellung der Milchlieferung durch die Produzenten sowie wegen des Verbotes des Flaschenmilchhandels Verhandlungen zu pflegen und hierüber Bericht zu erstatten.

Genehmigung einer Subvention von 5000 K für die Liebesgaben-sammlung für die türkische Armee. (Stadttratsbeschluf vom 1. Dez. 1915.)

Genehmigung einer Subvention von 3000 K für die Liebesgaben-sammlung für die bulgarische Armee. (Stadtratsbeschluß vom 16. Dez. 1915.)

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß die Versorgung des städt. Gaswerkes mit Kohle für die nächste Zeit gesichert sei.

Ablehnung des Offertes Leser auf Lieferung von Kohle aus dem Saar-Ruhrgebiete mit Rücksicht auf den Mangel einer Gewährleistung für Liefermengen und Qualität.

Genehmigung der Bezahlung einer Miete von 10 K per Wagenladung an den deutschen Staatsbahnwagenverband für die Beistellung der Waggons zur Kohlenversorgung der städt. Gaswerke.

Genehmigung einer Petition an die Regierung, mit welcher die Festsetzung von Höchstpreisen für Schweine gefordert wird.

Anregung des Gemeinderates Dr. Hein auf Verdichtung des Straßenbahnverkehrs und eventuelle Heranziehung von Frauenpersonen zum Motorführerdienst.

### 35. Obmänner-Konferenz vom 5. Jänner 1916.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über sein in Angelegenheit der Unterhaltsbeiträge an die Regierung gerichtetes Ersuchen um Bewilligung eines Beitrages für die Zentralstelle, da die Sammlungsergebnisse bedenklich nachlassen.

Genehmigung der Stundung der mit Ende 1915 aushaftenden Gehaltsvorschüsse der Gemeindeangestellten und Lehrpersonen für das Jahr 1916. (Stadtratsbeschluß vom 30. Dezember 1915.)

Kenntnisnahme einer Zuschrift des deutschen Botschafters vom 30. Dezember 1915 an Bürgermeister Dr. Weiskirchner, in welcher mitgeteilt wird, daß das königliche Eisenbahn-Zentral-Amt in Berlin bis zum 24. Jänner l. J. die Verwendung von täglich 200 Wagen des deutschen Staatsbahnwagenverbandes zur Verfrachtung von Gaskohle aus dem Ostrauer Kohlengebiet an die städtischen Gaswerke in Wien bewilligt hat und daß vom 24. Jänner ab noch 100 deutsche Verbandswagen für den Versand von Gaskohle aus dem Ostrauer Revier nach Wien verwendet werden dürfen.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß sich der Kohleneinlauf für die städt. Gaswerke gebessert hat.

Kenntnisnahme eines Ausweises über den Kohleneinlauf aus dem Ostrau-Karwiner Revier in der Zeit vom 14. Dezember 1915 bis 2. Jänner 1916. (2819 Waggons.)

Genehmigende Kenntnisnahme der Überlassung von 10 Waggons Kohle an das k. u. k. Arsenal.

Genehmigende Kenntnisnahme der Überlassung von 3 Waggons Kohle täglich bis auf Widerruf an das Gaswerk Wienerberg.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über seinen Auftrag an den Magistrat, über die Militärarztverhältnisse im allgemeinen einen Bericht zu erstatten.

Kenntnisnahme eines Magistratsberichtes über die Statthaltereiverordnung vom 31. Dezember 1915, betreffend den Kleinverschleiß mit Mehl. (Änderung der Ausmahlungsvorschriften und Erhöhung der Mehlpreise. Mangel einer Übergangsbestimmung, ob Vorräte aus Ankäufen

vor dem 1. Jänner 1916 unter die neuen Verschleißpreise fallen. Anordnung einer Vorratserhebung mit dem Stichtage vom 31. Dezember 1915 und Bekanntgabe derselben an die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt. Auftrag an die Mühlen, die Differenzbeträge für das vor dem 31. Dezember 1915 hergestellte Mehl an die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt abzuführen. Schwere Belastung der Bevölkerung durch die Erhöhung der Mehlpreise. Befürchtung für eine Erhöhung der Brotpreise. Schaden der Gemeinde infolge eventueller Nachzahlung für die vor dem 31. Dezember übernommenen Vorräte, zirka 4 Millionen Kronen.)

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über seine Vorstellung gegen die Erhöhung der Mehlpreise (Statthaltereiverordnung vom 31. Dezember 1915) beim Statthalter und Minister des Innern. (Gründe der Preiserhöhung: Ungünstige Bilanz der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt infolge der schlechten Ernte. Abgänge aus dem Bezug von Getreide und Mehl aus Rumänien infolge der hohen Fracht, Goldzoll und Spejen.)

Genehmigung einer von den Partei-Obmännern unter Führung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner zu überreichenden Petition, mit welcher die Aufhebung der Statthaltereiverordnung vom 31. Dezember 1915, betreffend den Kleinverschleiß mit Mehl (Erhöhung der Mehlpreise) gefordert wird.

### 36. Obmänner-Konferenz vom 7. Jänner 1916.

Bericht des Bürgermeisters über die Audienz der Parteiobmänner beim Ministerpräsidenten in Angelegenheit der Statthaltereiverordnung vom 31. Dezember 1915, betreffend den Kleinverschleiß von Mehl und Erhöhung der Mehlpreise. (Erfolg: Inausfertigung einer Abänderung der Mahlvorschriften, einer Revision der Preise und Festsetzung, wie weit das Defizit der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt vom Staate zu übernehmen sei.)

Genehmigung folgenden Vorschlages in Angelegenheit der Abänderung der mit 31. Dezember 1915 erlassenen Mahlvorschriften: Die neuerlassenen Mahlvorschriften bedürfen zunächst in der Richtung einer Abänderung, daß das Prozentverhältnis der Ausmahlung für den Kochbedarf zumindest von 15 auf 22 erhöht werde und sodin die Mahlvorschrift zu lauten habe: 3% Grieß, 22% Kochmehl, 57% Brotmehl, 15% Kleie, 3% Verstaubung. Auftrag des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner an den Magistrat, die Frage der Sicherstellung des Bedarfes an Grieß als Nahrungsmittel für Kinder und Kranke in Erwägung zu ziehen und Bericht zu erstatten.

Kenntnisnahme eines Erlasses der Statthaltereie vom 4. Jänner 1916 über die zur Sicherung der Versorgung mit Getreide und Mahlprodukten getroffenen Maßnahmen.

Kenntnisnahme eines Magistratsberichtes über die für den 6. Februar 1916 seitens der Regierung in Aussicht genommene Einführung der getrennten Brot- und Mehlskarte. (In der 29. Obmänner-Konferenz wurde bereits die Trennung der Brot- und Mehlskarte verlangt. Standpunkt der Gemeinde 50% Mehl, 50% Brot, dem Ministerium vorgelegt. Regierung wählt Mittelweg: ein Drittel der Karte für Mehl- oder Brotbezug, zwei Drittel reine Brotkarte. Gültigkeit der Karten 14 Tage.)

Kenntnisnahme eines Magistratsberichtes über die Reform der staatlichen Erbschaftsteuer und der Fondsbeiträge von Verlassenschafteten.

Bericht der Marktamtsdirektion über eine an den Bürgermeister eingelangte Beschwerde betreffend die Kartoffelmieten der Gemeinde. (Eine kommissionelle Besichtigung ergab die vollständige Haltlosigkeit der Behauptungen des Beschwerdeführers.)

Anregung des Gemeinderates Dr. Hein, von der Regierung die Berufung von Vertretern der Gemeinde Wien in das Exekutivkomitee des Beirates der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt zu verlangen.

Kenntnisnahme einer Zuschrift des Fürsten Emanuel Collalto, in welcher mit Beziehung auf die in der 27. Obmänner-Konferenz zur Kenntnis gebrachte Zuschrift eines Collalto'schen Rentamtes, betreffend Erhöhung der Fischpreise ausgeführt wird, daß es sich um einen Mißgriff des Rentamtes handle, der mit den Weisungen des Fürsten an seine Beamtenschaft im Widerspruche stehe.

### 37. Obmänner-Konferenz vom 8. Februar 1916.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die am 12. Februar 1916 erfolgende Eröffnung der Getreidespeicher im Freudenauer Winterhafen.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner bezüglich der im Jahre 1916 fälligen Gemeinderatswahlen. (Standpunkt der Regierung: Während des Krieges keine Wahlen. Automatische Verlängerung der Mandatsdauer.)

Erklärung des Gemeinderates Reumann namens der sozialdemokratischen Partei, bezüglich der im Jahre 1916 fälligen Gemeinderatswahlen auf der Durchführung von Burgfriedenswahlen unter Wahrung des gegenwärtigen Besitzstandes zu bestehen.

Erklärung des Gemeinderates Dr. Hein namens der bürgerlich-freieheitlichen Partei, bezüglich der im Jahre 1916 fälligen Gemeinderatswahlen auf der Verlängerung der Mandate durch kaiserl. Patent zu bestehen.

Erklärung des Gemeinderates Steiner namens der christlichsozialen Partei, bezüglich der im Jahre 1916 fälligen Gemeinderatswahlen auf der Durchführung von Burgfriedenswahlen unter Wahrung des gegenwärtigen Besitzstandes zu bestehen.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Wieder- einberufung des Gemeinderates zu einer Sitzung am 22. Februar 1916.

Genehmigung der Einberufung einer Gemeinderatsitzung für den 22. Februar 1916 und der Tagesordnung für diese Sitzung.

Anregung des Gemeinderates Steiner auf Gewährung einer Kriegsteuerzulage an die städtischen Beamten und Lehrpersonen.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über seinen Auftrag an den Magistrat, Vorschläge über die Gewährung einer Kriegsteuerzulage an die städtischen Beamten und Lehrpersonen zu erstatten.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß die zur militärischen Dienstleistung einberufenen Mitglieder des Gemeinderates zu den in Aussicht genommenen Sitzungen nicht eingeladen werden, weil nach seiner Ansicht, die ja auch die Obmänner-Konferenz teile, das Mandat dieser Gemeinderäte ruhe.

Mitteilung des Vize-Bürgermeisters Rain über die Kartoffelversorgung der Stadt Wien. (Stand der Mieten auf 280 Waggons gesunken; Verlust

der Gemeinde beim Kartoffelgeschäft höchstens 16—20%. Abstandnahme von der Umgestaltung des Rannersdorfer Brauhauses in eine Kartoffeltrocknungsanlage. Umgestaltung des Schöpfwerkes im XIII. Bezirke zu einer Kartoffeltrocknungsanlage. Kosten die gleichen.

Genehmigung der Abstandnahme von der Umgestaltung des Rannersdorfer Brauhauses in eine Kartoffeltrocknungsanstalt und Genehmigung des Projektes der Umgestaltung des Schöpfwerkes im XIII. Bezirke in eine Kartoffeltrocknungsanstalt.

Kenntnisnahme des Erlasses des k. k. Ministeriums für Landesverteidigung vom 29. Dezember 1915, nach welchem den Frauen einer während der militärischen Dienstleistung des Mannes geschlossenen Ehe der Anspruch auf den staatlichen Unterhaltsbeitrag zu steht.

Kenntnisnahme des Erlasses des k. k. Ministeriums für Landesverteidigung vom 24. Dezember 1915, nach welchem Wahlkern und Wahlfindern der Eingerrückten (Annahme an Kindesstatt vor Mobilisierung) der Anspruch auf den staatlichen Unterhaltsbeitrag zu steht.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über seine Eingabe an den k. k. Minister für Landesverteidigung, mit welcher für Pflegeeltern und Pflegekinder der Anspruch auf den staatlichen Unterhaltsbeitrag verlangt wird.

Magistratsbericht, mit welchem auf die Abstandnahme von der Einführung einer allgemeinen Milchkarte eingegangen wird. (90.000 l Milch für Kinder unter sechs Jahren gebunden, 540.000 l für den freien Verkauf täglich. Einführung der allgemeinen Milchkarte im gegebenen Zeitpunkte nicht geboten.)

Umgangnahme von der derzeitigen Einführung der allgemeinen Milchkarte.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über den Beginn der Metallrequisition bei den Händlern, Gast- und Schankgewerbetreibenden, Bäckern und Zuckerbäckern am 25. Februar l. J. (91 Kommissionen.)

### 38. Obmänner-Konferenz vom 14. Februar 1916.

Kenntnisnahme einer Zuschrift des Gemeinderates Dr. Hein, in welcher derselbe mitteilt, daß der Verband der bürgerlich-freiheitlichen Partei auf der gesetzlichen Verlängerung der Gemeinderatsmandatsdauer bestehe.

Kenntnisnahme des Erlasses der Statthalterei vom 13. Februar 1916, nach welchem die Durchführung von Gemeinderatswahlen zu unterbleiben und der Gemeinderat jederzeit einberufen werden und rechtsgültige Beschlüsse fassen kann.

Anregung des Gemeinderates Reumann, gegen den Statthaltererlaß, betreffend die Umgangnahme von der Durchführung von Gemeinderatswahlen, eine Rechtsverwahrung zu beschließen.

Ersuchen des Gemeinderates Skaret, der Bürgermeister möge die Sanktionierung des Lehrgelhaltsregulierungs-Gesetzes betreiben.

### 39. Obmänner-Konferenz vom 3. März 1916.

Erklärung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner betreffend das Gerücht, 600.000 kg von der Gemeinde eingelagerten Pöfelsfleisches seien ver-

vorben, daß dieses Fleisch, von dem nicht ein Gramm verdorben ist, im Wege der Großschlächtereiv.-G. mit Preisbindung an die Bevölkerung abgegeben wurde.

Magistratsbericht über die Kartoffelversorgung der Stadt Wien. (Anlieferung bis 29. Februar 1916 29,129.350 kg; Abgabe 25,827.670 kg. Schwund 11.3%. Erzhöpfung der Lagerbestände der Gemeinde mit 25. Februar 1916. Seither tägliche Zufuhren aus der Lobau. — In der Miete in Klein-Schwechat waren eingelagert 8,378.738 kg; Gesamtkosten 1,164.140 K 26 h, Erlös 769.555 K 50 h. Verlust der Gemeinde 394.584 K 76 h; Schwund bloß 8 1/2%.)

Magistratsbericht über die Vorsorge der Gemeinde Wien zur Bekämpfung der im Februar und März 1916 herrschenden Kartoffelnot, in welchem ausgeführt wird, daß die Wiener Gemeindeverwaltung rechtzeitig die für die Frühjahrsmonate erforderlichen Kartoffelmengen sicherstellte, daß sie rechtzeitig die Verfügungen für die Anlieferung der ersten Kartoffelsendungen in erforderlichen Mengen für die zweite Hälfte Februar traf und daß sie weiters bei den ersten Anzeichen der drohenden Kartoffelnot alle zu ihrer Behebung nur irgend möglichen Schritte machte und nichts unterlassen hat, sämtliche maßgebenden staatlichen Faktoren auf die bedrohlichen Erscheinungen bezüglich der Versorgung der Stadt Wien mit Kartoffeln wiederholt und nachdrücklichst aufmerksam zu machen.

Genehmigung der Abgabe von 30 Waggons Bohnen aus den Vorräten der Gemeinde Wien an die Bevölkerung.

Genehmigung der Abgabe von 10 Waggons Sauerkraut aus den Vorräten der Gemeinde Wien an die Bevölkerung.

Genehmigung der Abgabe von 4 Waggons Rüben aus den Vorräten der Gemeinde Wien an die Bevölkerung.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über eine von ihm eingeleitete Aktion, betreffend den Anbau von Frühkartoffeln in Friaul für die Gemeinde Wien.

Genehmigung des Ankaufes von Kartoffeln von der Spirituszentrale zu jedem Preise und der Übernahme des Defizits auf Rechnung der Gemeinde. (Antrag Rain.)

Ermächtigung des Bürgermeisters, von der Regierung den Rückersaß des beim Ankaufe von Kartoffeln von der Spirituszentrale gegenüber dem Höchstpreise sich ergebenden Defizits zu beanspruchen. (Antrag Steiner.)

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß die Mehluzuweisungen seitens der Kriegsgetreide-Berkehrsanstalt derart gekürzt wurden, daß die Broterzeugung um ein Drittel herabgesetzt werden mußte.

Beschluß, von der Ausgabe eines weiteren Reisquantums aus den städtischen Vorräten an den Konsum dormalen Umgang zu nehmen.

Ermächtigung des Bürgermeisters zur Ausgabe von Bohnen und Kraut aus den städtischen Vorräten an den Konsum.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über eine drohende Zuckernappheit und seine Absicht, mindestens 300 Waggons Zucker als eisernen Vorrat der Gemeinde anzukaufen.

Ermächtigung des Bürgermeisters, mindestens 300 Waggons Zucker als eisernen Vorrat der Gemeinde anzukaufen.

Ermächtigung des Bürgermeisters, 50.000 Säcke Valorisationskaffee anzukaufen.

Magistratsbericht über die Verringerung der Mehluzuweisungen an die Gemeinde Wien seitens der Kriegsgetreide-Berkehrsanstalt. (Mißernte in Hafer und Gerste, schwache Ernte in Brotgetreide. Nachlassen der Getreideanlieferungen aus Ungarn. Seit 23. September 1915 wurde kein

ungarisches Mehl mehr der Gemeinde Wien seitens der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt zugewiesen. Heranziehung der eisernen Vorräte der Gemeinde. Sinken des eisernen Vorrates von 1300 Waggons auf 100 Waggons. Bemühungen der Gemeinde um Zuweisungen seitens der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt vergeblich. Reduktion der von der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt direkt dotierten Betriebe. Reduktion der Zuweisungen an die Bäder seitens der Gemeinde um ein Drittel. Hoffnung auf die Einfuhr rumänischen Getreides. Ersuchen an die Regierung, den eisernen Vorrat der Gemeinde zu komplettieren. Anordnung einer strengeren Verbrauchskontrolle seitens der Statthalterei. Festsetzung des Tagesbedarfes für Wien mit 39 Waggons seitens der A.-G.-B., wirklicher Bedarf 52 Waggons.)

Genehmigung folgender Resolution in Angelegenheit der Verringerung der Mehluweisungen an die Gemeinde Wien seitens der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt. Die Obmänner-Konferenz nimmt mit Bedauern zur Kenntnis, daß die Mehluweisungen an die Gemeinde Wien seitens der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt in einer Weise verringert worden sind, die die Lebenshaltung der breiten Massen der Bevölkerung aufs höchste gefährdet und erklärt, jede Verantwortung für die Konsequenzen dieser Maßnahmen ablehnen zu müssen.

Beanständigung des in der Brotkarte und Mehlkarte enthaltenen Verhältnisses zwischen 70 g Brot und 50 g Mehl durch Gemeinderat Staret.

Beschwerde des Gemeinderates Steiner über die Gebahrung der „Miles“ in der Eierfrage.

Vorschlag des Gemeinderates Steiner über die Behandlung der Budgetberatung in der Gemeinderatssitzung. (Eine Debatte, eine Abstimmung. Zustimmung des Vertreters der sozialdemokratischen Partei. Erklärung des Vertreters der bürgerlich-freiheitlichen Partei, die Entscheidung seines Verbandes dem Bürgermeister in einigen Tagen bekannt zu geben.)

#### 40. Obmänner-Konferenz vom 9. März 1916.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Widmung eines Betrages von 100.000 K seitens der Baumwollzentrale für die Zentralstelle.

Marktamtbericht über Sperrung von Gewerbebetrieben. (64 Bäder, 386 Fleischhauer, 147 Fleischverschleißer, 98 Fleischseller, 142 Selchwarenverschleißer, 13 Pferdefleischhauer, 92 Pferdefleischverschleißer, 130 Milchmeier, 180 Gastwirte.)

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über seinen Auftrag an das Marktamt, arme Leute, die beim Einkauf von Lebensmitteln auf den Märkten leer ausgehen, auf die Bezirkskomitees aufmerksam zu machen. (Stärkere Inanspruchnahme der öffentlichen Ausspeisung zu gewährleisten.)

Richtigstellung mehrerer in einem Zirkulare des Bürgerschullehrers Lang in Angelegenheit der Kriegsteuerzulage enthaltener Bemerkungen seitens des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner.

Erklärung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner bezüglich eines in der Nr. 65 des „Fremdenblattes“ vom 5. März 1916 unter dem Titel:

„Die Brot- und Mehlnot in Wien“ erschienenen Artikels, daß die in demselben enthaltenen Angaben mit den Tatsachen in direktem Widerspruche stehen. (Erlaß des Statthalters, mit welchem die Gemeinde beauftragt wird, aus ihren Vorräten wöchentlich 40 Waggons Mehl abzugeben, die der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt zugewiesen werden.)

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Ankunft von 200 Waggons rumänischen Weizens, die die Gemeinde vor mehr als einem Jahre gekauft hat.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß der Bericht der Rathauskorrespondenz über die Vorsorge der Gemeindeverwaltung in der Kartoffelfrage in seiner Gänze von der Zensur beschlagnahmt wurde.

Erklärung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß von den Mehlvorräten der Gemeinde Wien niemals auch nur ein Dekagramm verdorben sei.

Genehmigung der Begebung von Kassenscheinen im Gesamtnennbetrage von 100 Millionen Kronen. (Stadttratsbeschuß vom 7. März 1916, Pr.-Z. 2222.)

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß er die Einladung zur Militärdienstleistung einberufener Gemeinderäte zu den Gemeinderatsjitzungen auf Grund des Statutes für nicht zulässig halte.

#### 41. Obmänner-Konferenz vom 27. März 1916.

Ermächtigung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner zur Überreichung von künstlerisch ausgestatteten Diplomen an mehrere Gemeinderäte anlässlich ihres 25jährigen Wirkens in dieser Eigenschaft.

Genehmigung der Parzellierung der Modena-Realität. (Stadttratsbeschuß vom 17. Februar 1916, Pr.-Z. 1482.)

Magistratsbericht über die Tätigkeit des Mehlmehlsamtes im März 1916. (Bemühungen der Gemeinde, von der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt den zur Deckung des Bedarfes an Brotmehl notwendigen Zuschuß zu erlangen, erfolglos. Infolge der Reduktion der Zuweisungen an die Bäder großer Brotmangel. Dieser veranlaßte die Zentralstellen zu folgenden Maßnahmen: Enthebung einiger Wiener Mühlen von der Leistung für Heeresverpflegung und Überlassung der Erzeugung derselben an die Gemeinde Wien. Anordnung der Erzeugung eines 82% Weizengleichmehles bei den für die Versorgung Wiens tätigen Mühlen und Erstellung des Mehlspreises mit 42 K per 100 kg. Überweisung von 40 Waggons Weizengleichmehl für die laufende Woche an die Gemeinde Wien. — Neuerlicher Auftrag der Statthalterei an die Gemeinde, 40 Waggons Mehl aus ihren Vorräten der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt zu überlassen. Ausgabe von Maismehl an die Bäder. Festsetzung der Kleinverschleißhöchstpreise für Mahlprodukte aus Mais durch die Statthalterei. [Gries 85 h, Mehl 50 h.] Gesamtvorrat der Gemeinde Wien an Mehl 600 Waggons.)

Magistratsbericht über die Milchversorgung der Stadt Wien. (Einkauf von 681 Milchkühen in Tirol und Vorarlberg; Einstellung des Einkaufes in Tirol infolge enormer Preissteigerung. Schwierigkeiten in den Anfängen der Milchwirtschaft. Milchertag der von der Gemeinde Wien eingestellten Kühe bis Ende Februar 1916 66.867 l.)

Anregung des Gemeinderates Skaret, die Überstände beim Verschleiß von Kindermilch, sowie die hohen Preise derselben abzustellen.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über ein an das Eisenbahnministerium gerichtetes Ersuchen um Adaptierung von Kühlwaggons zum Milchtransporte.

Anregung des Vize-Bürgermeisters Rain auf Aufstapelung größerer Eisquantitäten im Wiener Kühlhaus.

Magistratsbericht über die Beschaffung eines eisernen Vorrates an Zucker für die Gemeinde Wien. (Abschluß eines Übereinkommens mit der Zuckerzentrale auf Ablieferung von 300 Waggons Zucker, und zwar je 100 Waggons im April, Mai und Juni 1916. 60% Würfelzucker. Verpflichtung der Gemeinde Wien, den Zucker dem Konsum nur bei wirklichem Notstande zuzuführen.)

Beschwerde des Gemeinderates Skaret über die durch die Zuckerkarte bewilligte unzureichende Zuckermenge.

Magistratsbericht über die Kartoffelversorgung der Gemeinde Wien. (Kartoffeleinlauf seit Beginn der Frühjahrslieferung 464 Waggons, d. i. nicht ganz die Hälfte des Bedarfes. Abnahme der Zufuhr in den letzten Tagen. Täglicher Bericht über den Kartoffeleinlauf seitens der Gemeinde Wien an das Ministerium des Innern. Völliges Versagen der für die Kartoffelversorgung in Betracht kommenden Gebiete. Aufstellung eines Verteilungsplanes für Wien seitens des Ministeriums des Innern ab 20. März 1916. 1700 Waggons für die Zeit bis Ende Juni 1916. Ungenügend für den Wiener Bedarf.)

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß für die auf den Wiener Märkten zum Verkaufe gelangenden holländischen Kartoffeln der Höchstpreis nicht gilt.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Bestellung von 5 Waggons Saatkartoffeln aus Niederösterreich und von 40 Waggons aus Galizien.

Genehmigung einer deputativen Vortrache der Klubobmänner unter Führung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner in der Frage der Kartoffelversorgung beim Minister des Innern.

Anregung des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller auf Intervention des Bürgermeisters beim Statthalter zur Abstellung der Schwierigkeiten, die der Aufnahme von Zivilpersonen in die Spitäler entgegengesetzt werden.

## 42. Obmänner-Konferenz vom 5. April 1916.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über den Verlauf der Audienz beim Minister des Innern in Angelegenheit der Kartoffelversorgung Wiens. (Ungünstige Auskünfte. Neuerliche Forderung der Obmänner nach Befreiung des Maisgrieß und Maismehles vom Brotkartenzwange; Anforderung von 5 Waggons Maisprodukten zur Abgabe an arme, kinderreiche Familien vor Ostern. Neuerliche Forderung der Obmänner nach Erhöhung der Unterhaltsbeiträge, insbesondere für Kinder unter acht Jahren.)

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die neuerliche Forderung der Parteiobmänner nach Ausschaltung des Maisgrieß und Maismehles von der Brotkarte in der Audienz beim Minister des Innern.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Anforderung von 5 Waggons Maisprodukten durch die Parteiobmänner in der Audienz beim Minister des Innern zur Abgabe an arme, kinderreiche Familien.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die neuerliche Forderung der Parteiobmänner in der Audienz beim Minister des Innern nach Erhöhung der Unterhaltsbeiträge, insbesondere für Kinder unter acht Jahren.

Erklärung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner bezüglich einer in Angelegenheit der Preistreiberei mit Süßwasserfischen erstatteten Anzeige.

Magistratsbericht über die Kriegsteuerungszulage der städtischen Angestellten und Lehrpersonen. (Erfordernis 10·1 Millionen Kronen. Vorschläge bezüglich Steuererhöhungen und Erhöhung des Straßenbahntarifes zur Bedeckung des Erfordernisses.)

Genehmigung einer Audienz der Parteiobmänner unter Führung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner zum Vortrage der Vorschläge der Gemeinde Wien bezüglich der zur Bedeckung der Kriegsteuerungszulage für die Angestellten und Lehrpersonen geplanten Steuererhöhungen.

### 43. Obmänner-Konferenz vom 11. April 1916.

Ermächtigung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, vor Ostern an arme, kinderreiche Familien Maisgrieß (13.500 kg in 1 Kilo-Paketen) durch die Frauenhilfskomitees unentgeltlich verteilen zu lassen.

Marktamsbericht über Eierversorgung der Stadt Wien und über die Tätigkeit der „Miles“ in Angelegenheit der Eierversorgung. (Einhebung eines Aufschlages von 8 K per Faß, d. i. 2 K per Kiste seitens der „Miles“. Befürchtung der Händler und Produzenten, daß dieser Aufschlag bald erhöht werden und infolge der Tätigkeit der „Miles“ eine Verringerung der Zufuhren eintreten werde. Mißtrauen der Händler gegenüber der „Miles“, da ihre Funktionäre nicht Fachleute sind. Klagen der Händler über Qualität und Quantität der seitens der „Miles“ zugewiesenen Ware. Infolge Ablieferung oberösterreichischer Ware an eine Zweigstelle der „Miles“ in Wels müssen Wiener Händler galizische Ware von der „Miles“ zu hohem Preise kaufen. Erhöhung des Aufschlages von 2 K auf 12 K per Kiste seitens der „Miles“ am 30. März 1916. Eierknappheit. Ursachen: Verkehrsschwierigkeiten und Konkurrenz der „Miles“ in ihrem Schwesterinstitut Zentral-Einkaufsgesellschaft in Berlin. Die Zentral-Einkaufsgesellschaft veranlaßt die ungarischen Händler durch Bezahlung hoher Preise, nicht mehr an die „Miles“ zu liefern, sondern für sie zu konservieren. Infolgedessen Steigen des Preises per Kiste um 10 K auf dem Buda-pestter Markte, was ein Steigen der Wiener Preise zur Folge haben wird. Seitens der Eierbauern kamen vom 1. bis 6. April 1916 28.000 Stück gegen 1.021.000 im Jahre 1914 auf den Eiermarkt im XIV. Bezirke. Festsetzung eines höheren Preises für die Ware der Eierbauern seitens des Marktamtes, um sie zur reichlicheren Beschickung des Marktes zu bewegen. Verlangen der Eierhändler nach Freigabe des Eierhandels.)

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß er den Marktamsbericht über die Eierversorgung der Stadt Wien und über die Tätigkeit der „Miles“ in Angelegenheit der Eierversorgung dem Minister des Innern übermitteln werde mit dem Bemerkten, daß die Tätigkeit der „Miles“ für die Wiener Approvisionierung direkt schädlich sei und mit

dem Ersuchen, die entsprechenden Maßnahmen zu treffen, daß die Ab-sperrung der einzelnen Kronländer bezüglich der Eierausfuhr vom Mini-sterium beseitigt werde und daß dem Abtransporte von Eiern nach Deutsch-land ein Ende gemacht werde.

Beschwerde des Gemeinderates Steiner über die Tätigkeit der „Miles“.

Beschwerde des Gemeinderates Skaret über die Tätigkeit der „Miles“.

Beschwerde des Gemeinderates Dr. Hein über die Tätigkeit der „Miles“.

Magistratsbericht über die Milchversorgung der Stadt Wien. (Auf-forderung an die Molkereien und Milchgroßhändler, die Milchversorgung in den äußeren Bezirken günstiger zu gestalten. Weisung an die Filial-leiter, Haushalte mit kleinen Kindern und Kranken besonders zu berück-sichtigen. Durch Einhaltung dieser Weisung ist der Bevölkerung mehr geholfen, als durch Einführung der Milchkarte. Beschwerden über Milch-verteilung fast gänzlich verschwunden, obwohl Milchzufuhr bedeutend ab-genommen hat. Zufuhr am 11. April 1916 530.654 l gegen 637.786 l am 31. Jänner 1916. 29% Rückgang der Zufuhr gegenüber dem Vorjahre. Grund: Futtermangel und Transportschwierigkeiten.)

Beschwerde des Gemeinderates Skaret über den Verkauf geringer Quantitäten Schankmilch und großer Quantitäten „Kindermilch“ in den Milchverchleißstellen.

Magistratsbericht über die Kartoffelversorgung der Stadt Wien. (Ein-lauf seit Ende Februar 1916 bis 10. April 1916 633 Waggons, d. i. 14 Waggons täglich. Bedarf 30 Waggons täglich. Schwierigkeit der Ver-sorgung der Wiener Märkte. Vorstellungen der Gemeinde Wien bei der Statthalterei, Ministerium des Innern, „Miles“, Generalstabschef, Armeekorpskommando. Zuweisung von täglich 30 Waggons russisch-polnischer Kartoffeln seitens des Ministeriums des Innern. Bemühungen der Ge-meinde, aus der Bukowina und aus Holland Kartoffeln zu bekommen. Vereinbarungen mit dem volkswirtschaftlichen Ausschusse für Weißkrain, betreffend den Anbau von Frühkartoffeln in Tschernembl in Krain. Schwie-rigkeiten in der Beschaffung des Saatgutes. Trotz aller Bemühungen ist jedoch die Kartoffelversorgung der Wiener Bevölkerung für das Frühjahr nicht sichergestellt. Ansammlung von Vorräten bei dem geringen Einlauf unmöglich. Befürchtung für Erschöpfung der Gemeindevorräte.)

Genehmigung der Prolongierung der schwebenden Schuld von 60 Mil-lionen Mark.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über seine Audienz beim Ministerpräsidenten in Angelegenheit der Steuervorschläge der Ge-meinde zur Bedeckung der Kriegsteuerungszulage für die Angestellten und Lehrpersonen der Gemeinde Wien.

Magistratsbericht über das voraussichtliche Ergebnis aus den Steuer-vorschlägen der Gemeinde zur Bedeckung der Kriegsteuerungszulage (rund 7 Millionen Kronen).

---

#### 44. Obmänner-Konferenz vom 18. April 1916.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über das Eingreifen der städt. Feuerwehr anlässlich des Erzesjes eines irrsinnig gewordenen Landsturmmannes in der städt. Schule XIII, Reintlgasse.

Marktamtbericht über die Tätigkeit der „Miles“ in Angelegenheit der Eierversorgung. (Fortdauernde Eierknappheit. Ursache, daß gegenwärtig das Kontingent für April an Deutschland zur Ausfuhr gelangt, d. i. 120 Waggons ungarische und 30 Waggons österreichische Eier. Unwillen der Detaillisten gegen die Großhändler wegen des Einlegens und Bevorzugung bei der Zuweisung. Revision bei den Großhändlern ergab geringe Vorräte. „Miles“ trotz Monopolstellung und sechswöchentlicher Tätigkeit nicht imstande, den Eierbedarf Wiens auch nur annähernd zu decken. Ansicht der Groß- und Kleinhändler: Die „Miles“ schafft zu wenig Ware herbei, verteuert sie und ruiniert die Geschäftsverbindungen mit den Lieferanten. Verlangen nach freiem Handel.)

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über seine Schritte zur Beseitigung der herrschenden Fettnot. (Vorsprache beim Minister des Innern. Regierung gegenwärtig nicht in der Lage, abzuhelfen. Erklärung Ungarns, es könne wegen Mangel an Ware nichts liefern. Aus Berlin kein Fett zu erhalten. Einfuhr aus Holland gesperrt. Ergebnis einer Revision in Wien ungünstig. Abgabe der geringen Gemeindevorräte unmöglich, da sonst der Bedarf der öffentlichen Ausspeisung und der Anstalten nicht gedeckt wäre.)

Mitteilung des Bürgermeisters über die Milchversorgung. (Milch-einlauf am 17. April 1916 487.727 l gegen 685.621 l am gleichen Tage des Vorjahres. Zahl der Kühe in Wien von 8218 auf 4666 gesunken. Milchproduktion in Wien von zirka 90.000 l auf 30.000 l gesunken. Anforderung von zirka 60 Kühlwaggons vom Ministerium des Innern. Einführung von Milchnachtzügen durch das Eisenbahnministerium. Militärische Requisition von Milch für Gefangenenlager. Auftrag an die städt. Berufsvormundschaft, Milchweisungen an arme Familien abzugeben. Verteilung von 12.000 Dosen Kondensmilch an die arme Bevölkerung.)

Anregung des Gemeinderates Skaret über die Abgabe der Milch an arme Familien gegen die von der städt. Berufsvormundschaft ausgegebenen Milchweisungen in eigenen kommunalen Verkaufsstellen.

Magistratsbericht über die Kartoffelversorgung Wiens. (Einlauf vom 11. bis 18. April 1916 313 Waggons, d. i. durchschnittlich 44,4 Waggons per Tag. Also wesentliche Besserung. Vorrat an Saatkartoffeln 48 Wagg.)

Vorschläge des Magistrates auf Erschließung neuer Einnahmequellen der Gemeinde Wien (Steuern) zur Deckung des jährlichen Erfordernisses (zirka 13 ½ Millionen Kronen) für die erhöhte Kriegszulage der städtischen Beamten und Angestellten sowie zur faktischen Durchführung der Lehrergehaltsregulierung einschließlich der Gewährung von Kriegszulagen an jene Lehrpersonen, welche durch die Regelung in ihren Bezügen keine Erhöhung erfahren, ferner zur Deckung der Auslagen, welche durch die Aufnahme einer Schatzschein-Anleihe von 100 Millionen Kronen sowie zur Prolongierung des Mark-Schatzschein-Anlehens erwachsen. (Schätzungsweise Ergebnis zirka 6—6 ½ Millionen Kronen.)

Vorschläge der Direktion der städt. Straßenbahnen, betreffend die Erhöhung der Einnahmen des Unternehmens zur teilweisen Deckung des jährlichen Erfordernisses für die erhöhte Kriegsteuerzulage der städt. Beamten und Lehrpersonen. (Schätzungsweise Ergebnis zirka 4,2 Millionen Kronen.)

Vorschläge der Direktion der städt. Gaswerke, betreffend die Erhöhung der Einnahmen des Unternehmens zur teilweisen Deckung des jährlichen Erfordernisses für die erhöhte Kriegsteuerzulage der städt. Beamten und Lehrpersonen. (Schätzungsweise Ergebnis zirka 1,6 Millionen Kronen.)

Vorschläge der Direktion der städt. Elektrizitätswerke, betreffend die Erhöhung der Einnahmen des Unternehmens zur teilweisen Deckung des jährlichen Erfordernisses für die erhöhte Kriegsteuerzulage der städt. Beamten und Lehrpersonen. (Schätzungsweise Ergebnis zirka 1.5 Millionen Kronen.)

Vorschläge der Direktion des städt. Lagerhauses, betreffend die Erhöhung der Einnahmen zur teilweisen Deckung des jährlichen Erfordernisses für die erhöhte Kriegsteuerzulage der städt. Beamten und Lehrpersonen. (Schätzungsweise Ergebnis zirka 0.5 Millionen Kronen.)

Anregung des Gemeinderates Staret auf Einführung von Retourkarten oder Abonnementkarten auf den städt. Straßenbahnen.

Anregung des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller, von der Einhebung von Ausfertigungsgebühren für andere als Freikarten bei den städt. Straßenbahnen Umgang zu nehmen.

---

### 45. Obmänner-Konferenz vom 9. Mai 1916.

Magistratsbericht über die Einführung von Milchkarten für Kinder bis zu zwei Jahren. (Konstanter Rückgang der Milchzufuhr; Absicht des Magistrates, Milchkarten für Kinder unter zwei Jahren und für stillende Mütter einzuführen. Zirka 18.000 Kinder unter einem Jahr, 22.000 Kinder bis zu zwei Jahren. Erfordernis 34.500 l Milch. Schilderung des Vorganges bei Behebung der Milchkarte. Reservierung der Milch für die Milchkartenbesitzer in den Verschleißstellen bis 8 Uhr früh. Zirka 500.000 l Milch bleiben täglich für den freien Verkehr.)

Anregung des Gemeinderates Staret, die Milch von den Kühen der Gemeinde am Kobenzl, Rannersdorf u. in den äußeren Bezirken zur Abgabe zu bringen.

Magistratsbericht über die Kartoffelversorgung Wiens. (Einlauf vom 19. April bis 8. Mai 1916 796 Waggons, d. i. durchschnittlich 39 Waggons per Tag. Gesamteinlauf seit Beginn der Frühjahrslieferung 1742 Waggons. Aus Ungarn keine Ware. Ruhige Abwicklung des Marktverkehrs. 284 Wagg. holländische Kartoffeln bis auf 6 bereits abgegeben. Vorrat an Saatkartoffeln 96 Waggons, Abgabe an Private und Schulen. Abgabe von 46 Waggons Saatkartoffel an das flache Land gegen Verpflichtung, den Ernteüberschuß der Gemeinde Wien zu überlassen.)

Magistratsbericht über die Mehlerzeugung Wiens. (Aufhebung der obligatorischen Beimengung von 20% Maismehl zur Broterzeugung. Allgemeine Bestimmung der Statthaltereiverordnung vom 22. April 1916, daß zur gewerbmäßigen Erzeugung von Brot eine Mischung von Weizenbrotmehl, Roggenmehl, Gerstenmehl, Maismehl oder Kartoffelbrei zu verwenden sei, wobei das Ausmaß der Verwendung sämtlicher genannten Mehlsorten sich nach den jeweiligen Zuweisungen durch die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt zu richten hat. Mit derselben Statthaltereiverordnung wurde angeordnet, daß Weizen- und Roggenmehl nur dann an den Konsumenten abgegeben werden darf, wenn die Abnehmer gleichzeitig Maismehl oder Maismehl, und zwar wenigstens im Ausmaße des vierten Teiles der bezogenen Mengen an Edelmehl kaufen. — Deckung des Bedarfes an Kochmehl aus den Vorräten der Gemeinde. Sinken des Vorrates auf 100 Waggons, d. i. Vorrat für drei Wochen. Vorräte aus der eigenen

Ernte aufgebraucht; Antieferungen aus Rumänien störend. Komplettierung der Vorräte ausgeschlossen. Petition an den Minister des Innern und Statthalter am 28. April 1916. Bis heute keine Erledigung.)

Anregung des Gemeinderates Dr. Hein auf strenge Überwachung der Bäckereibetriebe bezüglich der Broterzeugung.

Marktamtbericht über die Eierversorgung der Stadt Wien. (Schlechte Versorgung des Eiermarktes zum Teil zurückzuführen auf die wochenlange Lagerung von Eiern in den Magazinen des West- und Ostbahnhofes. Vertrag der „Miles“ mit der landwirtschaftlichen Verkaufsgesellschaft auf Lieferung von 1000 Kisten Eier zur Abgabe in der Viktualienhalle. Großer Ansturm der Bevölkerung. Schaffung der gleichen Einrichtung auf dem Naschmarkte, auf dem Rudolfsheimer Markte, auf dem Neulerchenfelder Markte und auf dem Markte Im Werd.)

Beschwerde des Gemeinderates Steiner über die Tätigkeit der „Miles“.

Beschwerde des Vize-Bürgermeisters Hierhammer über die Tätigkeit der „Miles“.

Anregung des Gemeinderates Skaret, von der „Miles“ einen Ausweis über die bisher konservierten Eier zu verlangen.

Anregung des Gemeinderates Dr. v. Dorn, eine Darstellung aller durch die „Miles“ geschaffenen Übelstände in der Approvisionierung in Form von Flugblättern an die Bevölkerung zu verteilen.

Anregung des Gemeinderates Emmerling, eine Schilderung der hauptsächlich durch die „Miles“ verschuldeten Übelstände in der Approvisionierung an das Armee-Oberkommando zu leiten.

Beschlüsse und Resolution in Angelegenheit der Tätigkeit der „Miles“:

1. Die Magistratsdirektion wird beauftragt, im Einvernehmen mit dem Approvisionierungsreferenten des Magistrates und dem Marktdirektor eine Denkschrift über alle Beschwerden und Klagen bezüglich der „Miles“ auszuarbeiten. In dieser Denkschrift sollen überdies auch die Schwierigkeiten der Versorgung der Bevölkerung der Stadt Wien mit Fett dargestellt werden. Die Denkschrift ist dem Minister des Äußern, dem Ministerpräsidenten und dem Armee-Oberkommandanten zu überreichen.
2. Die heutige Obmänner-Konferenz verkennt nicht die Bedeutung und die Notwendigkeit einer Zentraleinkaufsstelle fürs neutrale Ausland und die okkupierten Gebiete, erhebt aber Protest dagegen, daß die bedauerlicherweise auf privatwirtschaftlicher Grundlage aufgebaute „Miles“, welche gegründet wurde, um die öffentliche Approvisionierung zu fördern, durch die Art ihrer Gebahrung unter völliger Ausschaltung des legitimen Handels die öffentlichen Interessen, insbesondere die Approvisionierung der Stadt Wien in Bezug auf die Versorgung mit Eiern aufs schwerste schädigt und gefährdet. Die Obmänner-Konferenz verlangt, daß ein Beirat gebildet werde, in welchem der Gemeinde Wien und den Organisationen der Konsumenten entsprechende Vertretungen eingeräumt werden und welchen voller Einblick und ein ausreichender Einfluß auf die Gebahrung der „Miles“ zugestanden werden soll. Sie protestiert insbesondere auch dagegen, daß die sich auf die „Miles“ beziehenden Publikationen der Gemeinde Wien von der Zensur unterdrückt werden, während Mitteilungen der „Miles“, auch wenn sie unrichtige Daten enthalten, zur Veröffentlichung zugelassen werden.
3. An das Ministerium des Innern ist das Ersuchen zu richten, von der „Miles“ einen genauen Ausweis über die Menge der bisher konservierten Eier zu verlangen und der Gemeinde zur Kenntnis zu bringen.)

Bericht des Vize-Bürgermeisters Hof über die Bewilligung von Kriegsteuerungszulagen für die städtischen Angestellten und Lehrpersonen

und über die Schaffung von Mehreinnahmen. (Siehe Amtsblatt Nr. 41 ex 1916, S. 1111.)

Erklärung des Gemeinderates Dr. Hein, daß seine Partei im Gemeinderate gegen die Erhöhung der Straßenbahntarife anlässlich der Schaffung von Mehreinnahmen zur Deckung des Erfordernisses der Kriegsteuerungszulagen stimmen werde.

Erklärung des Gemeinderates Skaret, daß seine Partei im Gemeinderate gegen die Erhöhung der Straßenbahntarife anlässlich der Schaffung von Mehreinnahmen zur Deckung des Erfordernisses für die Kriegsteuerungszulagen stimmen werde.

Anregung des Gemeinderates Skaret, zu erwirken, daß Theaterkarten bis zum Preise von 1 K 50 h von der Lustbarkeitssteuer befreit werden.

Anregung des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller, zu erwirken, daß auch die Hoftheater der Lustbarkeitssteuer unterworfen werden.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über den von ihm beabsichtigten Ankauf des Lagerhauses S. & W. Hoffmann und die finanzielle Beteiligung der Gemeinde an der I. Wiener Walzmühle Bonwiller & Co. (Umwandlung der Firma in eine Aktiengesellschaft, Erwerbung von 60% der Aktien durch die Gemeinde Wien, Eintäumung der Option bezüglich der Erwerbung der restlichen 40% der Aktien seitens der Gesellschaft.)

Bericht der Bauamtsdirektion in Angelegenheit des Ankaufes des Lagerhauses S. & W. Hoffmann und der finanziellen Beteiligung der Gemeinde an der I. Wiener Walzmühle Bonwiller & Co. (Gesamtfläche der beiden Objekte 18.895.61 m<sup>2</sup>, und zwar 6825.25 m<sup>2</sup> Speichergrund und 12.030.36 m<sup>2</sup> Mühlengrund. Hoffmann-Speicher 1902/03 erbaut, 8 Geschoße, Bauzustand gut, Fassungsraum 100.000 q. Gesamtwert 2.259.915 K. Anbot 2.250.000 K. Bonwiller-Mühle besteht aus einer Weizen-, Roggen-, Mais- und Schrottmühle rc. Magazin 75.000 q Fassungsraum. Leistungsfähigkeit der Mühle innerhalb 24 Stunden 25 Waggons. Gesamtwert 5.232.970 K. Anbot 2.125.000 K.)

Bericht der Lagerhausdirektion in Angelegenheit des Ankaufes des Lagerhauses S. & W. Hoffmann und der finanziellen Beteiligung der Gemeinde an der I. Wiener Walzmühle Bonwiller & Co. (Erhöhung der Sicherheit in der Lebensmittelversorgung durch den mit dem zu erwerbenden Lagerhause in Verbindung stehenden Bahnhof. Die Erwerbung ist in handelspolitischer Beziehung von Bedeutung für Entwicklung der Donau-Schiffahrt und Verbilligung des Frachtenverkehrs. Möglichkeit eines rationellen Betriebes.)

Genehmigung des Ankaufes des Lagerhauses S. & W. Hoffmann und der finanziellen Beteiligung der Gemeinde Wien an der I. Wiener Walzmühle Bonwiller & Co.

## 46. Obmänner-Konferenz vom 12. Mai 1916.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über Unruhen im X. Bezirke am 11. Mai 1916.

Ermächtigung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner zum Ankaufe von 3 Waggons Schweinefett, dänischer und amerikanischer Provenienz, zum Preise von 12 K per Kilogramm und zum Verkaufe an die Bevölkerung

unter der Deklaration „Ausländisches Fett“ zum Preise von 8 K per Kilogramm (Verlust 120.000 K) mit Rücksicht auf die herrschende Fettnot.

Ermächtigung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner zum Ankaufe von Fett zu jedem Preise mit Rücksicht auf die herrschende Fettnot.

Annahme des Anerbietens des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller, der Gemeinde einen halben Waggon Speck von der Flüchtlings-Zentrale zur Verfügung zu stellen.

Genehmigung folgender Kundgebung der Obmänner-Konferenz (Antrag des Gemeinderates Steiner) in Angelegenheit der bestehenden Approvisionierungsschwierigkeiten im Hinblick auf die Tätigkeit der „Miles“:

„Die Obmänner-Konferenz des Gemeinderates der Stadt Wien hat in ihrer heutigen Sitzung die gegenwärtig bestehenden Approvisionierungsschwierigkeiten eingehend erörtert. Dabei sind einhellig die folgenden Anschauungen zum Ausdruck gelangt: Neben der fortschreitenden Steigerung der Preise der meisten Lebensbedürfnisse erster Ordnung, macht sich zur Zeit in Wien besonders empfindlich das Ausbleiben gewisser Lebensmittel, wie Fett und Eier bemerkbar. Dieses völlige Versagen der Approvisionierung in derart wichtigen Lebensmitteln ist zum großen Teile begründet in der durchaus mangelhaften und zweckwidrigen Organisation der „vom Ministerium des Innern legitimierten Einkaufsstelle G. m. b. H.“ Trotz der wiederholten nachdrücklichen und wohlbegründeten Vorstellungen und Proteste der Wiener Gemeindevertretung gegen die Betrauung einer auf Erwerb abzielenden, als Nebenbetrieb einer Bank gegründeten Aktiengesellschaft mit der gesamten Gebahrung in den wichtigsten Lebens- und Genußmitteln, hat sich die Regierung noch immer nicht bestimmt gefunden, diese längst als nicht entsprechend anerkannten Grundlagen der „Miles“ zu ändern. Nach wie vor besteht die Tatsache, daß der gesamte Handel in wichtigen Artikeln des täglichen Bedarfes zugunsten eines rein geschäftlichen Unternehmens expropriert und zum Stillstande verurteilt wurde. Nach wie vor besteht aber auch die Tatsache, daß die Leitung dieses sich von Tag zu Tag weiter ausbreitenden, mit dem weitestgehenden Zwangsrecht ausgerüsteten Unternehmens in den Händen von Personen liegt, die bis zum Tage der Gründung der „Miles“ dem Approvisionierungswesen gänzlich ferne gestanden sind, lediglich dem Vertrauen der gründenden Bank, keineswegs aber ihrer fachlichen Eignung ihre gegenwärtige Stellung im Approvisionierungswesen verdanken und für die Wiens Bevölkerung nun sozusagen täglich das Lehrgeld zahlen muß. Die völlige Unzulänglichkeit der „Miles“-Organisation hat sich besonders kraft in der Tatsache gezeigt, daß, so lange in Wien der freie Verkehr in Eiern bestand, diese zwar teuer, aber doch wenigstens ziemlich allgemein erhältlich waren, während sie mit dem Tage, an dem der gesamte Eierhandel in die Hände der „Miles“ überging, nicht billiger wurden, aber fast völlig vom Wiener Marke verschwanden. Das hat aber die Regierung durchaus nicht gehindert, der „Miles“ unmittelbar darauf ein Privilegium für den Import von Käse und nun auch von Fett zu erteilen. Es ist daher die ernste und vollberechtigte Forderung aller Parteien des Wiener Gemeinderates, daß die Lebensmittelversorgung der „Miles“ entzogen und in die Hände einer Zentrale gelegt werde, welche die berufenen Vertreter aller Zweige des Approvisionierungsgewerbes und des Lebensmittelhandels, also wirkliche Fachmänner, umfassen, auf rein gemeinnütziger Grundlage beruhen und mit einem Beiräte versehen sein muß, in dem die konsumierende Bevölkerung, vor allem jene der Stadt Wien, durch ihre gewählten Vertreter in angemessener Weise vertreten ist.“

Genehmigung des Ankaufes von Schweinen zur Deckung des Bedarfes der städt. Anstalten und der öffentlichen Auszpeisung. (7 K 10 h per Kilogramm Lebendgewicht; vorläufig 360—400 Stück. Großschlächterei-A.-G. übernimmt das Fleisch zum Höchstpreise zum Verkaufe und gießt das gesamte Fett für die Gemeinde ein. Das Fett stellt sich auf 14—15 K per Kilogramm.)

Umgangnahme von einer Vorstellung gegen die anlässlich der Unruhen im X. Bezirke am 11. Mai 1916 von der k. k. Polizei-Direktion im X., XIV. und XV. Bezirke plakatierte Kundmachung. (Sperrung der Haustore um 8 Uhr und der Gast- und Schankgewerbe um 9 Uhr abends.)

## 47. Obmänner-Konferenz vom 24. Mai 1916.

Magistratsbericht über die Schritte der Gemeinde zur Behebung der Fettnot. (Verfügung des Statthalters über Intervention des Bürgermeisters, daß Fett aus den Barackenlagern für den Wiener Konsum abgegeben werde. Es wurden angekauft: 12.746 kg Speck und 61.341 kg Schweinefett zum Preise von 12 K, die mit 8 K abgegeben werden, während der Verlust von 240.000 K zu Lasten der Gemeinde geht. Das gesamte Quantum ist angeliefert und wurden bisher durch die Großschlächtereieri zirka 52.000 kg dem Konsum zugeführt. Ankauf von 16.350 kg Sunerol, von 20.000 kg Kunstpeisefett „Rez“. Annahme eines Offertes der Firma Moll auf Lieferung von Kunstfett. Borräte für eine Woche. Mitteilung der „Miles“, daß sie noch 27 Waggons ausländischen Fettes anliefern könnte zum Preise von 12 K per Kilogramm. Erwägung, ob die Gemeinde nicht den Verkaufspreis zur Verminderung ihres Verlustes — 1,080.000 K — mit 10 oder 12 K festsetzen sollte.)

Beschlüsse in Angelegenheit der Fettversorgung Wiens: 1. Bis zur nächsten Woche ist beim Verkaufe des ausländischen Fettes an dem Preis von 8 K festzuhalten. 2. Der Ankauf der 27 Waggons ausländischen Fettes von der „Miles“ ist sofort abzuschließen. 3. Von der Regierung ist der Rückerlass des beim Verkauf eintretenden Verlustes der Gemeinde zu fordern. 4. An den Ministerpräsidenten ist neuerlich die Forderung zu richten, der Gemeinde aus den Borräten der Militärverwaltung 100 Waggons Fett zur Verfügung zu stellen und die gleiche Forderung an das Armeekorps-Oberkommando zu richten. 5. Über diese An-, bzw. Verkäufe von Fett ist, sobald die Verhältnisse dies gestatten, an den Gemeinderat zu berichten.

Magistratsbericht über die Eierversorgung Wiens. (Kenntnissnahme einer Eingabe an den Ministerpräsidenten, den Minister des Außern und an das Armeekorps-Oberkommando des Inlandes, daß nach der Meinung der Interessenten eine entsprechende Versorgung Wiens mit Eiern nur unter folgenden Voraussetzungen möglich sei: 1. Freigabe des Eierhandels. 2. Aufhebung der Absperrungsvorschriften der einzelnen Kronländer. 3. Verfügung der Regierung, daß aus Galizien und Russisch-Polen Eier nach Wien kommen. 4. Ermöglichung der Eiereinfuhr aus Bulgarien und Rumänien. 5. Herabsetzung des für Deutschland bestimmten österr.-ung. Eierkontingentes. 6. Behördliche Evidenzhaltung der konservierten Eier.)

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß gegen zwei Mängel der Verordnung des k. k. Ministeriums des Innern vom 20. Mai 1916, mit welcher die Zentralisierung des Eierhandels in der Hand der „Miles“ aufgehoben und der Eierhandel freigegeben wurde, nämlich gegen

die Einführung von Transportbescheinigungen und das Fehlen von Übergangsbestimmungen Vorstellung beim Ministerpräsidenten und beim Armeekorpskommando erhoben worden ist.

Ärgerung des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller, von der Regierung eine Einschränkung des für den Eierexport nach Deutschland festgesetzten Kontingentes zu verlangen.

Ärgerung des Gemeinderates Staret, beim Ministerium des Innern anzufragen, wie hoch der seitens der „Miles“ durch den Zuschlag von 12 K per Kiste Eier gebildete Fonds sei und welchem Zweck derselbe zugewendet werden solle.

Ärgerung des Gemeinderates Dr. Hein, Vorsorge zu treffen, daß für die Gemeinde Wien am Produktionsorte Eier konserviert werden.

Ärgerung des Vize-Bürgermeisters Rain, bei der Regierung dahin vorstellig zu werden, daß die in Galizien zu Spekulationszwecken eingefakten Eier für Wien beschlagnahmt werden.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die künftige Festsetzung der Eierpreise durch ein Komitee, bestehend aus Vertretern der Eier-Groß- und Kleinhändler und Marktamtorganen.

Magistratsbericht über die Einfuhr von Rindern aus Oberösterreich nach Wien. (Mitteilung der Statthalterei von Oberösterreich, daß über Auftrag des Kriegs- und Ackerbauministeriums die freie Ausfuhr von Rindern aus Oberösterreich behufs Versorgung dieses Kronlandes mit Fleisch gesperrt und Regelung des Viehverkehres verfügt worden sei. Nur  $\frac{1}{4}\%$  des oberösterreichischen Rinderstandes darf wöchentlich geschlachtet werden. Festsetzung von Höchstpreisen für Rinder in Oberösterreich. Vorläufige Festsetzung des oberösterreichischen Kontingentes für Wien mit 300 Stück Schlachtrindern. Ausbleiben der Kontingente durch drei Wochen. Über Urganz des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner Zusicherung der Absendung von 300 Rindern. Einlangen von 231 Stück am 20. Mai 1916. Heranziehung der restlichen 70 Stück durch die oberösterreich. Statthalterei zur Versorgung der Linzer Bevölkerung. Besürchtung, daß in den nächsten Wochen das oberösterreichische Kontingent nicht einlangen wird.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß in der Zeit vom 1. bis 20. Mai 1916 zirka 170.000 l Milch in sauerem Zustande in Wien einlangten.

Magistratsbericht über die von der Gemeinde unternommenen Schritte, betreffend die Beistellung von Kühlwaggons für den Milchtransport. (Bemühungen bereits im Jahre 1915; Eingabe an Ministerpräsidenten und Eisenbahnministerium am 14. Februar 1916. Bis heute keine meritorische Erledigung.)

Kenntnisnahme einer am 22. Mai 1916 an das Armeekorpskommando gerichteten Eingabe, in der unter ausführlicher Darlegung der Verhältnisse auf dem Milchmarke um die Beistellung einer entsprechenden Anzahl von Kühlwaggons durch die Militärverwaltung dringendst gebeten wurde.

Genehmigung der unentgeltlichen Abgabe von Lebensmitteln vor Pfingsten im Werte von zirka 43.000 K an die arme Bevölkerung.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß er vor Jahresfrist von der Regierung 50.000 Säcke Valorisationskaffee angefordert habe; es seien ihm 10.000 Säcke zugesagt worden, doch habe er bis heute nichts erhalten.

Ärgerung des Gemeinderates Leitner auf entsprechende Erhöhung der Verpflegungsgebühren für die magistratischen Kostkinder.

## 48. Obmänner-Konferenz vom 16. Juni 1916.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die öffentliche Auspeisung. (Ausgabe von zirka 3 Millionen Kronen in einem Jahre. Klaglose Abwicklung.)

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, betreffend die Einführung von Kriegsküchen für den Mittelstand. (Durchführung der Aktion durch die Frauenhilfskomitees. Billiger Mittagstisch gegen Entgelt. Erklärung der Regierung, die erforderlichen Lebensmittel zur Verfügung zu stellen. Zahlreiche Anmeldungen.)

Genehmigung des Projektes für die Schaffung eines Heldenhains im XVI. Bezirke zur Erinnerung an gefallene Wiener. (Waldcharakter.)

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Errichtung einer Kriegergrabstätte im Wiener Zentralfriedhofe. (Stadtratsbeschluß vom 3. September 1914, Pr.-B. 12528/14.)

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Verewigung der Namen der gefallenen Wiener auf ehernen oder steinernen Tafeln im Arkadenhofe des Wiener Rathauses.

Magistratsbericht über die Kartoffelverföorgung Wiens. (Eigensechung seit Herbst 1915: in Leopoldau 1,156.195 kg, in der Lobau 186.119 kg. Anlieferung seit September 1915 bis 10. Juni 1916 62,543.264 kg, d. i. 6255 Waggons. Abgabe in der gleichen Zeit 56,414.276 kg, d. i. 5641·5 Waggons. Schwund nicht ganz 9%. Anlieferungen in den letzten sechs Wochen zufriedenstellend. Ruhige Abwicklung des Kartoffelverkehrs. Aufspeicherung von Reservevorräten. Verringerung der Zufuhr in der letzten Woche. Steigen der Nachfrage. Überlassung des Frühkartoffelgeschäftes an den legitimen Handel. Beschaffung von Frühkartoffeln aus Südbungarn. Schwierigkeiten bei Erlangung der Ausfuhrbewilligung. Abwicklung der Ausfuhr von Frühkartoffeln nach Österreich besorgt Kartoffeleinkaufsstelle des Budapester Magistrates unter Kontrolle des ungarischen Ackerbauministeriums.)

Genehmigung der unentgeltlichen Abgabe von 10 Waggons Kartoffeln vor Pfingsten 1916 an die arme Bevölkerung.

Magistratsbericht über die Beschaffung von Gemüse und Obst aus dem Küstenlande. (Nahezu gänzliches Ausbleiben der Zufuhren aus dem Küstenlande. Friaul, der Hauptproduktionsort, teils vom Feinde besetzt, teils in der Feuerzone. Ausschließliche Verwendung der Ernte des anbaumöglichen Gebietes für das Militär. Vereinbarung, daß 20% der Hälfte der Gemüse- und Obsternte mehrerer Gebiete des Küstenlandes der Stadt Wien zufallen. Täglich ein Waggon Obst und Gemüse zu erwarten.)

Magistratsbericht über die Maßnahmen der Gemeinde zur Behebung der Fettnot. (Verlust der Gemeinde beim Verkaufe von 27 Waggons ausländischen Fettes zum Preise von 8 K per Kilogramm [Kaufpreis 11 K 90 h] 1,080.000 K. Antrag: Vorübergehende Erhöhung des Verkaufspreises ab 19. Juni 1916 auf 10 K und schließlicher Übergang auf den Verkaufspreis von 12 K zur Verringerung des Verlustes. — Eingabe an den Ministerpräsidenten und das Armeekorommando um Zuweisung von 100 Waggons Fett aus den Vorräten der Militärverwaltung. Überlassung von 80.000 kg Rindspeisefett seitens des Kriegsministeriums an die Gemeinde Wien. Antrag: Festsetzung des Verkaufspreises mit 10 K.)

Genehmigung der Festsetzung des Verkaufspreises für ausländisches Schweinefett ab 19. Juni 1916 mit 10 K.

Genehmigung der Festsetzung des Preises für das von der Heeresverwaltung zur Verfügung gestellte Rindspeisefett mit 8 K per Kilogramm.

Magistratsbericht über den Ankauf von Fettschweinen aus Ungarn. (Gefestungskosten des Fettes sehr hoch [zirka 15 K per Kilogramm], daher nur Verwendung im Haushalte der Gemeinde. Abgabe des Fleisches unter Preisbindung durch die Großschlächterei-A.-G. Einfrieren von 300 Stück dieser Schweine.)

Ablehnung des Offertes der „Hungaria-Bank A.-G.“ in Budapest auf Lieferung von 5—10.000 Mastschweinen zum Preise von 7 K 80 h per Kilogramm Lebendgewicht. (Wegen zu hohen Preises und Unsicherheit der Verhältnisse.)

Ablehnung des Offertes „Rathoff von Seeberg“ auf Lieferung von 30.000 Fettschweinen. (Different verlangte von der Gemeinde eine Empfehlung an erstklassiges Bankinstitut, damit er den nötigen Kredit selbst beschaffen könne.)

Annahme des Offertes der Firma „Bennekom & Comp.“ in Holland auf Lieferung von 10 Waggons Butter zum Preise von 2.20 holl. Gulden (7 K 20 h).

Magistratsbericht über die Anlieferung von 267 Waggons Zucker auf den Schluß 1916 von 300 Waggons Zucker.

Annahme des Offertes des Bürgermeisters von Budapest auf Überlassung von 48 Waggons Bohnen zum Preise von 60 K an die Gemeinde Wien.

Magistratsbericht über den beabsichtigten Ankauf von 400 Stück holländischer Röhre. (300 Stück sollen an die Milchmeier abgegeben werden.)

Magistratsbericht über die Mehlerversorgung der Stadt Wien. (Außerst knappe Zuweisung von Edelgetreide und Brotmehl in den letzten drei Wochen seitens der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt. Reduzierung der Mehluweisungen an die Groß- und Kleinbäcker seitens der Gemeinde. Zuschrift des Ministers des Innern, nach welcher für Wien Zuweisungen von rumänischem Mehl vorgenommen wurden, die in Wien und Gänserndorf einlangenden Weizenmengen am Wiener Plage zur Vermahlung gelangen und mit Deutschland eine Vereinbarung getroffen wurde, wonach Mais aus Österreich gegen Mehl aus Deutschland ausgetauscht werden soll. Gesamtausfuhr aus Rumänien für Österreich-Ungarn und Deutschland bis 16. Juni 1916 17.9 Millionen q, hievon hat Österreich 7.7 Mill. q erhalten. Vertrag zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland mit Rumänien auf Lieferung von 50.000 Waggons Edelgetreide. Vertrag der Entente mit Rumänien. Zweiter Vertrag zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland mit Rumänien auf Lieferung von 100.000 Waggons Mais und den entbehrlichen Überschuß an Edelgetreide. Lieferung bezüglich des ersten Vertrages erfüllt. Bezüglich des zweiten Vertrages steht Rumänien auf dem Standpunkte, Mais liefern zu können, Edelgetreide aber erst dann, wenn die für die Vertragserfüllung der Entente erforderliche Getreidemenge sichergestellt ist. Verhandlungen mit Rumänien bezüglich der neuen Ernte. Zusicherung eines Vorzugsrechtes Österreich-Ungarns und Deutschlands vor der Entente seitens Rumäniens.)

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die von ihm bisher wegen Sicherung des Importes von Argentinischem Fleisch nach Friedensschluß unternommenen Schritte. (Kalendarium siehe Nr. 76 des Amtsblattes vom Jahre 1916, Seite 2029.)

Magistratsbericht über die Eierversorgung Wiens. (Handel und Ausfuhr von Eiern in Galizien nicht frei, sondern in der Hand der „Ovom“ zentralisiert. Transportscheine wurden von der galizischen Statthaltereier nur der „Ovom“ erteilt. Eierüberschuß in Galizien in den nächsten Monaten 100 Waggons monatlich, davon 30 Waggons monatlich für Deutschland

[Kontingent], 10 Waggons monatlich für militärische Anstalten und Triest und 60 Waggons monatlich für Wien. Davon gelangen 20 Waggons in der Großmarkthalle und 40 Waggons durch die befugten Eierhändler in Wien zum Verkaufe. Erteilung der Eierausfuhrbewilligung aus Galizien an eine neugegründete Einkaufsgenossenschaft von Wiener Eierhändlern. Erklärung der „Ovum“, daß ihr Privileg durchbrochen sei und sie ihre übernommene Verpflichtung zur Eierlieferung nach Wien nicht erfüllen werde können. Erhebungen wegen Klarstellung des Sachverhaltes und Lösung der Frage, in welcher Weise in Hinkunft Eier aus Galizien bezogen werden können.)

#### 49. Obmänner-Konferenz vom 20. Juli 1916.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die öffentliche Auspeisung. (Zwei Arten: die unentgeltliche für Personen, deren Dürftigkeit nachgewiesen ist, und die entgeltliche in den Kriegsküchen. Erstere wichtiger Faktor zur Aufrechterhaltung der Ruhe. Gute Qualität der Speisen.)

Mitteilung des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller, daß anlässlich der letzten Räumung der Butowina nur um 300 Köpfe mehr in der Zentralstelle der Flüchtlingsfürsorge gezählt wurden, da der Hauptstrom der Flüchtlinge von Wien abgeleitet worden sei.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Fettversorgung der Stadt Wien. (Kunstspeisefettvorräte der Gemeinde erschöpft. Große Schwierigkeiten in der Beschaffung neuer Fettvorräte. Schlechte Beschickung der Schweinemärkte. Erteilung der Ermächtigung seitens der drei Parteiobmänner, Fett um jeden Preis zu kaufen.)

Magistratsbericht über die Fettversorgung der Stadt Wien. (Festsetzung von Höchstpreisen für lebende Schweine und für Schweineprodukte durch die Verordnungen des Handelsministeriums vom 6. Juli 1916 und der Statthalterei vom 14. Juli 1916. Mitteilung seitens der „Miles“, daß der Bezug von Fett aus Ungarn um jeden Preis nicht mehr zweckmäßig sei, da das Handelsministerium für über dem Höchstpreis gekaufte Fett keine Transportzertifikate ausstellt. Standpunkt des Handelsministeriums, durch strenge Handhabung der Höchstpreisverordnung in Österreich, Ungarn zu veranlassen, Fett und Schweine zu den Höchstpreisen ausführen zu lassen. Vorkehrungen des Handelsministeriums im eigenen Wirkungskreise. Einkauf von holländischen und dänischen Fettschweinen durch die „Ozeg“. Einstellung von 24.500 Stück Fettschweinen in Ungarn durch die „Ozeg“. Beginn der Anlieferungen in den nächsten Wochen. Sicherstellung von 15 Waggons Fett aus Dänemark durch die „Ozeg“. Überlassung von 10 Waggons Ausland-Butter und von 5 Waggons ausländ. Schweinefett seitens der „Ozeg“ an die Gemeinde Wien. Beschickung des Schweinemarktes am 18. Juli 1916 mit 870 Schweinen. Zuweisung eines Schweines an jeden Selcher. Ersuchen der Gemeinde an das Handelsministerium und das Armee-Oberkommando, auf Ungarn einen Druck auszuüben, daß im Wege der Beschlagnahme wöchentlich mindestens 2000 Stück Schweine auf den Wiener Markt gebracht werden. Bereitschaft der Gemeinde, in Ungarn jedes Quantum zum Höchstpreis zu kaufen. Vorrat der Gemeinde noch auf zirka zwei Wochen, und zwar 15 Waggons Schweinefett, 2 Waggons „Rex“, 3 1/2 Waggons Militärfett und 1450 kg Molleol.)

Anerkennung des Entgegenkommens der „Dzeg“ anlässlich der Fettversorgung der Stadt Wien seitens des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner.

Angregung des Gemeinderates Leitner, eine Abänderung der Kaffeearte in der Richtung zu erwirken, daß ihre Abschnitte auf ein geringeres Quantum als  $\frac{1}{8}$  kg gestellt werden.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über ein Ausführverbot des Statthalters von Böhmen auf Vieh und Fleisch. (Laut Telegramm des Statthalters von Böhmen bleibt die Lieferung von 700 Stück Schlachtvieh wöchentlich für die Fleischapprovisionnement Wiens durch Ausführverbot unberührt.)

Magistratsbericht über die Verordnung vom 15. Juli 1916, mit welcher die Übernahmepreise für einige Getreidegattungen und Hülsenfrüchte festgesetzt werden. (Die Regierung hat den Forderungen der Landwirte nach Erhöhung der Höchstpreise Folge gegeben. Fallenlassen des Prämien-systems. Zubilligung von höheren Preisen für Lieferungen vor dem 15. September 1916. Dem Handel ist es schon jetzt unmöglich, sein Auslangen zu finden. Beim rumänischen Mehle zahlen die Händler effektiv drauf. Gemeinde hat auf die Übelstände beim Bezug des rumänischen Mehles durch die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt und auf die schlechte Beschaffenheit der Säcke in einer Petition aufmerksam gemacht und um Rücknahme der leeren Säcke gegen Vergütung ersucht. — Infolge Verringerung der rumänischen Lieferungen Mehlnappheit in Aussicht. Schwierige Lage der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt. Gemeinde Wien für die nächsten zwei Wochen gedeckt.)

Besprechung der Übelstände beim Bezug von rumänischem Mehl durch die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt.

Genehmigung eines Protestes gegen die Erstellung der Getreidepreise durch die Verordnung vom 15. Juli 1916, da sich dieselbe als eine einseitige Begünstigung der landwirtschaftlichen Kreise gegenüber der städtischen Bevölkerung darstellt. (Antrag Reumann.)

Genehmigung einer deputativen Vorststellung der Parteiobmänner unter Führung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner gegen die Allerhöchste Entschliebung vom 15. April 1916, betreffend die Entziehung des Rechtes auf den Genuß der militärischen Familiengebühren beim Kriegsminister. Überreichung einer bezüglichen Denkschrift und Überendung einer Abschrift dieser Denkschrift an das Armeekorpskommando.

Kenntnisnahme eines Erlasses des Ministeriums des Innern vom 30. Juni 1916, betreffend die Höhe und künftige Verwendung des von der „Miles“ angesammelten Eierkonservierungsfondes. (Höhe des Fonds 345.312 K; Verwendung desselben, um die von der bulgarischen Regierung zur Ausfuhr freigegebenen 100 Doppelwaggons Eier zu konservieren und im Herbst und Winter zu den Gesteungskosten dem Konjume zuzuführen.)

Genehmigung des Ankaufes von Schuhen für Weihnachtsbeteiligungen und für Gemeindeangestellte um 1 Million Kronen.

## 50. Obmänner-Konferenz vom 11. August 1916.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die am 17. August 1916 erfolgende Eröffnung von drei weiteren Kriegsküchen. (12 Kriegsküchen bereits im Betrieb, 5 weitere in Vorbereitung.)

Kenntnisnahme des Erlasses des Kriegsministeriums vom 8. August 1916 in Angelegenheit der Einstellung der militärischen Familiengebühren für Familien von Landes- und Gemeindebeamten. (Keine Rücknahme der Allerhöchsten Entschliessung vom 15. April 1916, betreffend die Entziehung des Rechtes auf den Genuß der militärischen Familiengebühren für Familien der Landes- und Gemeindebeamten.)

Ermächtigung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, den Gemeindeangestellten mit Rücksicht auf die Einstellung der militärischen Familiengebühren durch die kais. Entschliessung vom 15. April 1916, in dringenden Fällen Aushilfen gewähren zu dürfen.

Ermächtigung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, im Falle der seitens der Regierung erfolgenden Genehmigung einer Lebensmittelzentrale für Oberösterreich, jedes Quantum Lebensmittel bei derselben für Wien anmelden zu dürfen.

Magistratsbericht über die Mehloverjorgung Wiens. (Kürzung der Mehluweisungen an die Bäcker um 20% infolge äußerst knapper Zuweisungen an Brotmehl seitens der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt. Folge: Brotmangel in der Woche vom 7. Juli bis 3. August 1916. Verschärfung der Situation durch Gerüchte über einen bevorstehenden Bäckerstreik. Bewilligung eines vorzeitigen Bezuges für die kommende Woche an die notleidenden Bäcker seitens des Mehlabgabeamtes. Mitteilung des Statthalters, daß mit Rücksicht auf die bedrängte Lage des Kleinhandels die Verfügung der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt, daß die Säcke, in welchen das rumänische Mehl zugewiesen wird, nicht mehr zurückgenommen werden, aufgehoben werden müßte. Forderung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner in einer Audienz beim Minister-Präsidenten (9. August 1916) nach Zusage eines eisernen Vorrates aus der neuen Ernte für die Stadt Wien. Größere Abhebungen von den Vorräten der Gemeinde seitens der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt bereits im Oktober 1915 ohne Überweisung eines entsprechenden Ersatzes. Lagerstand des eisernen Vorrates Mitte Februar 1916 250 Waggons, Ende Mai erschöpft. Übereinkommen zwischen der österr.-ungar. Regierung, nach welchem sich die ungarische Regierung zu einer Vorlieferung von einer Million Meterzentner Mehl verpflichtete.)

Kenntnisnahme der Bestellung des Gemeinderates Oberleuthner zum Bezirks-Getreideinspektor für Wien durch die k. k. n.-ö. Statthalterei.

Magistratsbericht über die Fettversorgung der Stadt Wien. (Schwierigkeiten bei der Beschaffung. Überlassung von 1000 Stück Schweinen für den Wiener Markt seitens der Heeresverwaltung. Überweisung von 5 Waggons holländischer Margarine seitens des Handelsministeriums. Erwerb von 2 Waggons Speisefett von der Schicht A.-G. Restquantum von 5 Waggons Fett dänischer Herkunft. Diese 12 Waggons müssen bis Ende des Monats ausreichen. Beratungen im Handelsministerium über Vorjorge für die kommenden Wochen. Zunahme der Außermarktbezüge der Selcher. Genehmigung einer 2%igen Provison an den Kommissionär seitens des Handelsministeriums. Abschluß von Konsortialgeschäften durch Kommissionäre und Selcher mit den Produzenten auf dem Wiener Markte. Vorläufige Tolerierung dieser Usance seitens der Regierung.)

Magistratsbericht über den Ankauf von Quantitäten zum Preise von 19 bis 20 K per Kilogramm. (6000 kg Olivenöl zum Preise von 700 K per 100 kg von der österr. Öl- und Fettzentrale A.-G.)

Abstandnahme vom Ankaufe des seitens des Kriegsministeriums der Gemeinde angebotenen Kühlfleisches. (Wegen zu hohen Preises. 8 K 10 h per Kilogramm.)

Magistratsbericht über den Ankauf von Kondensmilch. (Vorrat 50 Waggons. Ankauf von 6 Waggons Kondensmilch von einer Innsbrucker Firma zum Preise von 1 K 78 h per Dose und von 2 Waggons von der Firma „Sana“ zum Preise von 5 K 45 h per Kilogramm.)

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über seine Absicht, eine Haushaltungs-Kontrollkarte für Fett einzuführen, um eine gerechte Verteilung der vorhandenen Fettvorräte zu erzielen.

Genehmigung der Abhaltung einer Interessentenbesprechung vor der eventuellen Einführung einer Haushaltungs-Kontrollkarte für Fett.

## 51. Obmänner-Konferenz vom 23. August 1916.

Magistratsbericht über die Fettversorgung der Gemeinde Wien. (Keine Besserung in der Fettversorgung in den letzten 14 Tagen. Schweineauftrieb am 15. August 1916 323 Stück, Absatz außer Markt 3703 Stück. Am 22. August 1916 Auftrieb 278 Stück Schweine, bei Außermarktbezügen ein Ausfall von 1827 Stück. Fortsetzung der Bemühungen der Gemeinde, ausländisches Fett zum Höchstpreis zu erwerben. Starke Inanspruchnahme der Fettvorräte der Gemeinde. Neuerliche Vorstellung an die Regierung, die Fettvorräte der Gemeinde zu ergänzen. Zur Verfügung stehen 10 Waggons Margarine und 3 Waggons „Ceres“. Anforderung von 4 Waggons Fett täglich für die Gemeinde Wien bei der „Dzeg“ [„Miles“.] Verlust der Gemeinde beim Verkaufe von ausländischem Schweineschmalz 30.000 K per Wagon, Einkaufspreis 12 K, Verkaufspreis 9 K 60 h per Kilogramm. Anregung auf eine Vorstellung beim Minister des Innern, daß der Verlust von der Regierung der Gemeinde ersetzt werde.)

Anregung des Gemeinderates Reumann auf deputative Vorsprache der Parteiobmänner unter Führung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner beim Minister des Innern in der Fettfrage.

Genehmigung einer deputativen Vorsprache der Parteiobmänner unter Führung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner beim Minister des Innern in der Fettfrage.

Magistratsbericht über den Ankauf von Lebensmitteln aus Russisch-Polen. (Zuweisung von drei Kreisen in Russisch-Polen an die Gemeinde Wien seitens des Armeekorps-Oberkommandos zum Einkauf von Lebensmitteln. Entsendung eines Vertrauensmannes der Gemeinde Wien nach Russisch-Polen. Ansuchen an das Armeekorps-Oberkommando um Freigabe von 10.000 Stück russisch-polnischer Gänse und 12 kg Gerste per Stück zur Mästung.)

Magistratsbericht über die Konservierung von Eiern. (Bis jetzt, 23. Aug. 1916, wurden 2400 Kisten Eier, d. i. 3½ Millionen Stück, konserviert. Absicht, ab Mitte September Eier am Produktionsorte für die Gemeinde konservieren zu lassen.)

Magistratsbericht über die Kartoffelversorgung der Stadt Wien und über die Vorsorge für die Periode 1916/17. (Einkauf vom 10. Juni bis 13. August 1916 709 Waggons. Stürmische Nachfrage. Anfangs Juli kritische Lage. Zuweisung von 260.000 kg Kartoffel seitens des Kriegsministeriums aus mehreren Kriegsgefangenenlagern über Eruchen der Gemeinde Wien. Von Mitte September 1915 bis Mitte August 1916 standen der Gemeinde 6960 Waggons zur Verfügung. Lieferung von

420 Waggons Frühkartoffeln seitens der Kartoffelstelle in Budapest in der Zeit von Mitte Juni bis 22. August 1916. Ursache der geringen Anlieferung aus Ungarn: Überschätzung der Ernte, große Hitze, Ausfuhr nach Deutschland. Geringe Anlieferung von Frühkartoffeln aus Niederösterreich. Ursache: Käufe von Wiener Händlern, Gastwirten u. ab Feld. Bemühungen, aus russisch-Polen durch Vermittlung der „Ozeg“ Kartoffeln zu erhalten. Seit acht Tagen Besserung infolge Einlangens holländischer Kartoffeln und zeitweiser Zuschübe aus Mähren. Vorsorge für die Periode 1916/17. Bedarf 30 Waggons täglich, bzw. unter Schaffung einer kleinen Reserve 1000 Waggons monatlich. Programm der Gemeinde, nach welchem im Herbst 8500 Waggons Kartoffeln für die Zeit von Ende September bis Ende April nach Wien angeliefert werden sollen, dem Minister des Innern am 1. Juli 1916 vorgelegt. Erörterung des Programms der Gemeinde Wien im Ministerium des Innern. Wien — eigenes Kartoffelversorgungsgebiet. Betrauung der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt mit der Aufbringung und Verladung von Kartoffeln nach Wien. Militärische Instradierung der Kartoffelzüge durch Militär-Transportleitung. Zwischen 20. September und Mitte November sollen täglich 280 Waggons Kartoffeln in Wien einlangen, hievon 3000 Waggons eingemietet werden. Ansuchen an das Kriegsministerium um Beistellung von Mannschaft und Fuhrwerk.)

Magistratsbericht über die Verordnung des Ministeriums des Innern vom 12. August 1916, mit welcher Höchstpreise und Übernahmepreise für Kartoffeln festgesetzt werden. (Übernahmepreis vom 1. bis 15. September 1916 mit 12 K dürfte größere Mengen Kartoffeln auf den Markt bringen. Da die ungarischen Höchstpreise höher, dürften aus Ungarn keine Kartoffeln kommen. Anlieferung durch die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt nicht vor dem 20. September, daher dringende Maßnahmen für Kartoffelbeschaffung für die Zeit bis zum 20. September nötig. Fehlung in der Lobau erst zu späterem Zeitpunkt möglich, verbleiben also nur Zuschübe aus den Wien benachbarten Bezirkshauptmannschaften und aus Ungarn. Bezüglich ersterer, Aktion der Statthaltereie im Zuge, bezüglich letzterer Verhandlungen mit Budapester Kartoffelstelle auf Lieferung von täglich 20 Waggons.)

Genehmigung der Entsendung des Magistratsrates Dr. Ehrenberg nach Budapest in Angelegenheit der Kartoffelversorgung Wiens für den Monat September 1916.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Einlagerung größerer Mengen von Sauertraut und Rüben für den Winter 1916.

Beschluß, eine der Regierung überreichte Eingabe der Fleischelergengenossenschaft bei der Regierung wärmstens zu befrworten, in welcher dieselbe Vereinbarungen beider Regierungen fordert, wonach die Höchstpreise für Schweine entsprechend den Handelsbedürfnissen sowohl für den Wiener- als auch für den Budapester Markt erhöht werden sollen.

Magistratsbericht über die Abstandnahme von der Einführung einer Haushaltungskontrollkarte für Fett. (Gleichmäßige Verteilung des Fettes nur durch Fettkarte möglich. Das Recht der Verbrauchsregelung steht nur dem Ministerium des Innern zu. Gemeinde könnte bloß eine Haushaltungsbefähigungskarte als Legitimation für den Fettkauf durch die Brotkommissionen ausgeben. Vorteil: Ausschluß der Nichtwiener, Ankauf durch nur ein Mitglied jedes Haushaltes. Nachteil: Nachahmung durch andere Gemeinden, gegenseitige Absperrung. Regelung des Verbrauches von unentbehrlichen Lebensmitteln seitens der Regierung in Aussicht, daher Antrag des Magistrates, vorläufig von der Einführung der Haus-

haltungskontrollkarte für Fett Abstand zu nehmen und die Regierung zu erjuchen, die Regelung des Fettverbrauches ehestens vorzunehmen.

Genehmigung einer Eingabe an die Regierung, in welcher die Herabminderung des Einheitsgewichtes der Kaffeekarte verlangt wird. (Antrag des Gemeinderates Leitner.)

Anregung des Gemeinderates Reumann, mit Rücksicht auf die herrschende Milchknappheit und die stetige Steigerung der Milchpreise die Frage zu erwägen, ob nicht eine bestehende große Milchgesellschaft in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden könnte, in der die Gemeinde als Aktionär vertreten wäre.

Marktamtbericht über die Milchversorgung der Stadt Wien. (Einkauf am 22. August 1916 460.000 l per Bahn, 19.940 l per Achse und 34.330 l von den Wiener Milchmeiern. Ausfall gegenüber dem gleichen Tage des Vorjahres 28,7%. Einlangen von zirka 35—80.000 l täglich in saurem Zustande. Preis im Ausschank 42—48 h per Liter, bei den Milchmeiern 54 h.)

## 52. Obmänner-Konferenz vom 2. September 1916.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über den Einfluß der Kriegserklärung Rumäniens auf die wirtschaftliche Lage Österreichs.

Kenntnisnahme eines Briefes eines in dem russischen Gefangenenlager in Antipicha internierten Österreichers an Bürgermeister Dr. Weiskirchner, in welchem die Zustände in diesem Lager geschildert werden.

Magistratsbericht über die Kartoffelversorgung der Stadt Wien. (Versorgung Wiens in der letzten Zeit vollkommen zureichend. Vom 23. August bis 1. September kamen täglich durchschnittlich 28 Waggons auf die Wiener Märkte. Durch das Inleben treten der Kartoffelverordnung vom 12. August 1916 Verschlimmerung der Lage infolge Einstellung der Anlieferung seitens der Händler. Überhäufung der Produzenten mit landwirtschaftlichen Arbeiten und weil Volksteife der Kartoffeln noch nicht eingetreten ist. Um diese Zeit ist alljährlich der Wiener Markt auf ungarische Zufuhren angewiesen. Bereitschaft der Budapester Kartoffelstelle auf Lieferung von täglich 20 Waggons Kartoffeln an den Wiener Magistrat. Telegraphische Nachricht am 30. August, daß die Lieferungen gänzlich eingestellt seien. Vorstellungen beim Statthalter und Minister des Innern, daß im Anfordungswege für die Wiener Märkte vorgesorgt werde.)

Mitteilung des Vize-Bürgermeisters Rain, daß zum Abtransporte der 3000 in Schwchat und Rannersdorf eingemieteten Waggons Kartoffeln die Bespannungen der Stellwagenunternehmung herangezogen werden, wodurch die Einstellung mehrerer Linien erfolgen müsse.

Genehmigende Kenntnisnahme des Stadtratsbeschlusses vom 31. August 1916, mit welchem mit Rücksicht auf die Notwendigkeit der Bespannungen der städtischen Stellwagenunternehmung zur Kartoffelabfuhr die Stellwagenlinien Hernals—Stephansplatz, Margareten—Stephansplatz, Landstraße—Stephansplatz und Süd(Ost-)bahnhof—Favoritenstraße—Stephansplatz sowie die Linie Volksober—Stephansplatz vom 20. September bis auf weiteres im Tagesbetrieb allmählich nach Bedarf des Kartoffeltransportes einzustellen sind.

Magistratsbericht über die Verordnung der Statthalterei vom 31. August 1916, L.-G.-Bl. 119, mit welcher in Durchführung der Ministerialverord-

nung vom 12. August 1916, R.-G.-Bl. Nr. 256 (Kartoffelhöchstpreis-Verordnung), die Kleinhandelshöchstpreise festgesetzt werden. (Spannung zwischen Erzeugerhöchstpreis und Kleinhandelshöchstpreis wird in dieser Verordnung mit 9 h per Kilogramm festgesetzt. Erzeugerhöchstpreis 9 h loco Versandstation, 2 h Fracht nach Wien, Spannung für den Kleinver schleißer nach obiger Statthaltereiverordnung 4 h. Daher bloß 3 h zur Deckung der Spejen der Gemeinde, die faktisch per Kilogramm 5.2 h betragen. Daher Verlust der Gemeinde 2.2 h per Kilogramm. Festsetzung von höheren Preisen als die Höchstpreise für Auslandskartoffeln durch das Ministerium des Innern für die Zeit bis 30. September 1916.)

Genehmigung des beim Kartoffelgeschäfte 1916/17 infolge der von der Regierung zu gering eingeräumten Spannung zwischen Einkaufs- und Verkaufspreis eingetretenen Verlustes und der Anforderung des Verlustes von der Regierung.

Magistratsbericht über die durch den Krieg mit Rumänien neugeschaffenen Verhältnisse in der Mehlversorgung der Stadt Wien. (Keine Zufuhren aus Rumänien. Schlechte Ernte. Aus Ungarn nichts zu bekommen, da ein großer Teil Ungarns Kriegsgebiet. Weder Getreide- noch Mehlvorräte im Lagerhaus der Stadt Wien. Vorschläge: Erwirkung eines Beschlagnahmrechtes für die Gemeinde. Beschleunigung des Drujches.)

Magistratsbericht über die Versorgung der Stadt Wien mit Petroleum. (Größere Knappheit wie im Vorjahre zu befürchten wegen Ausfuhr nach Deutschland. Sicherstellung einer Reserve für die Gemeinde. Vertrag mit der „Cetinja“ auf Lieferung von 40 Zisternen. Zusage der „Austria“ Petroleum-Industrie A.-G., 400 Fässer Petroleum für die Gemeinde bereit zu halten. Eiserner Vorrat der Gemeinde für zirka einen Monat.)

Beschluß, daß das Brauhaus der Stadt Wien mit dem Bierpreise nicht über die Produktionskosten hinausgehe.

Magistratsbericht über die Kohlenversorgung der Stadt Wien im Winter 1916/17. (Stand der Vorräte ungünstiger wie im Vorjahre. Verhandlungen des Magistrates mit dem Arbeitsministerium. Schlechtere Kohlenversorgung für den Winter 1916/17 zu befürchten infolge des Krieges mit Rumänien und Sinkens der Produktion. Bestmögliche Deckung des eigenen Bedarfes der Gemeinde durch das städtische Wirtschaftsamt. Versorgung der Gaswerke günstiger wie im Vorjahre. Vorrat der Elektrizitätswerke 7000 Waggons, etwas ungünstiger wie im Vorjahre, doch ist auf die Verwertung von Zillingdorf zu rechnen. Anforderung von 54.000 t westböhmischer Braunkohle. Reichliche Eindedung der Bevölkerung für den Winter. Braunkohlenabsatz vom 1. Jänner bis 30. Juni 1916 344.639 q an 896.147 Parteien. Rückgang des Kleinkohlenverkaufes, Steigen der fuhrenweisen Abgabe. Mechanische Kohlenausgabe auf dem Kohlenlagerplatz Westbahnhof. Vorteile: Personalsparnis und genaue Gewichtskontrolle.)

Magistratsbericht über die Verordnung des Ministers des Innern vom 30. August 1916, betreffend die Regelung des Verkehrs mit Rohfetten, Fettprodukten und Speiseölen. (Erläuterung der Verordnung.)

Magistratsbericht über die Fettversorgung der Stadt Wien. (Nachteil der Verordnung vom 30. August 1916, R.-G.-Bl. Nr. 276, betreffend die Regelung des Verkehrs mit Rohfetten, Fettprodukten und Speiseölen, daß sie nicht auch für Ungarn erlassen wurde. Tagesbedarf Wiens an Fett 3.6 Waggons. Beistellung von 1 Wagon Fett durch die Gemeinde täglich notwendig. Fettvorrat der Gemeinde für zirka 14 Tage.)

Antrag des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller, betreffend Einführung einer Familien-Einkaufskarte an die Regierung heranzutreten.

Antrag des Gemeinderates Reumann, betreffend Organisation der Verteilung der Lebensmittel an Kleinhändler und Konsumentenvereinigungen an die Regierung heranzutreten.

Prinzipielle Ermächtigung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, mit der Austro-Americana, ohne die Entscheidung der Regierung abzuwarten, wegen Abschluß eines Vertrages auf Lieferung amerikanischen Gefrierfleisches nach dem Kriegsende Verhandlungen einleiten zu dürfen.

### 53. Obmänner-Konferenz vom 12. September 1916.

Magistratsbericht über die eventuelle Einführung einer Familienhaushaltungskarte und über die Einleitung von Schritten zur Organisation der Verteilung der Lebensmittel an die Kleinhändler und Konsumenten zur Beseitigung des Doppelbezuges und des Anstellens. (Zuschrift der Kriegskommission für Konsumenteninteressen mit Vorschlägen gegen das Anstellen vor Geschäftslokalen. Stimmen in der handelspolitischen Kommission über die Einführung der Rationierung geteilt und Forderung nach Dezentralisierung des Lebensmittelhandels. — Familienhaushaltungskarte müßte mit Rationierung Hand in Hand gehen. Ausschluß der Nichtwiener vom Einkauf in Wien. Vielleicht möglich, im Verordnungswege das Verbot des Doppelbezuges und die Schaffung einer Zentralabgabestelle zu erreichen. Vorschläge von verschiedenen Seiten zur Beseitigung des Anstellens. Vorschläge des Magistrates: 1. Die Regierung sei zu ersuchen, dahin zu wirken, daß mit dem Inslebentreten einer neuen Kartenverbrauchsperiode das betreffende Lebensmittel in einem möglichst großen Vorrat schon bei den Abgabestellen vorhanden ist, um durch einen oder höchstens zweimaligen Einkauf die für die Zeitperiode zulässige Quantität erhalten zu können. Sollte sich ergeben, daß die voraussichtlich zu verausgabende Menge zur vollen Deckung der ausgegebenen Kartenabschnitte nicht langt, so hätte, wie dies beim Fett der Fall ist, jeweils die Quote verlautbart zu werden, mit welcher ein Abschnitt zu honorieren ist, um Ungleichmäßigkeiten zu vermeiden. Es sei zu gestatten, daß allen Großbetrieben und sonstigen Betrieben mit einer zu fixierenden Bedienstetenzahl seitens der befugten Händler die an die Karten gebundenen Lebensmittel, auf die ihre Bediensteten und deren Haushaltungen Anspruch haben, gegen eine Konsignation und gegen Ablieferung der entsprechenden Abschnitte an den Betriebsort gestellt werden können, woselbst sie an die Bezugsberechtigten zur Abgabe gelangen. Diese Art der Abgabe wäre auch allen bestehenden und noch zu errichtenden Konsumentenvereinigungen zu gestatten.)

Anträge des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller, betreffend die Organisation der Lebensmittelverteilung an die Kleinhändler und Konsumenten: 1. Die Regierung möge verordnen, daß die Ausgabe von wichtigen unentbehrlichen Lebensmitteln nur von einer Stelle unter staatlicher Kontrolle erfolgen solle, 2. daß eine Familieneinkaufs-Legitimationskarte eingeführt werde, vorläufig ohne Bestimmung von Rationen; 3. daß die Wachorgane berechtigt werden, von den Angestellten stichprobenweise die Legitimationskarte zu verlangen und 4. daß der Verkauf von Lebensmitteln nicht zu bestimmten Stunden, sondern in den normalen Verkaufsstunden stattfinden habe.

Beschlüsse in Angelegenheit der eventuellen Einführung einer Familienhaushaltungskarte und der Regelung der Organisation der Verteilung der Lebensmittel an die Kleinhändler und Konsumenten zur Beseitigung des Doppelbezuges und des Anstehens: 1. Die Obmänner-Konferenz erklärt, daß bei der bestehenden Knappheit an den wichtigsten und unentbehrlichsten Bedarfsartikeln Maßnahmen erforderlich erscheinen, welche eine systematische und gerechte Verteilung der Vorräte zur Folge haben. Zu diesem Behufe richtet die Obmänner-Konferenz an die Regierung das Ersuchen, die Ausgabe aller wichtigsten unentbehrlichen Bedarfsartikel des täglichen Verbrauches nur von einer Stelle aus durchzuführen, welche unter der Kontrolle einer gemischten Kommission steht, der Vertreter der Gemeinde Wien, der Konsumenten und der befugten Geschäftsleute anzugehören haben. 2. Die Obmänner-Konferenz fordert von der Regierung die Einführung einer Familieneinkaufskarte für die wichtigsten, in einer Verordnung zu bestimmenden Artikel des täglichen Verbrauches. 3. Ferner wird an die Regierung neuerdings das dringendste Ersuchen gerichtet, vor Erlassung wichtiger, tief in das Wirtschaftsleben der Bevölkerung einschneidender Regierungsmaßnahmen die Wiener Gemeindevertretung rechtzeitig zu hören. 4. Die Regierung möge verordnen, daß die Geschäftsinhaber nicht berechtigt sind, den Verkauf von unentbehrlichen Bedarfsartikeln auf bestimmte Tagesstunden zu beschränken, sondern daß sie verpflichtet werden, so lange der Vorrat reicht, Lebensmittel und Bedarfsartikel zu den üblichen Geschäftsstunden feilzuhalten. 5. Der Magistrat wird beauftragt, bezüglich der Frage der Abgrenzung des Groß- und Kleinhandels mit Lebensmitteln Bericht zu erstatten. 6. Die Konferenz fordert bei dem Umstande, als die Futtermittelabgabe durch die Gemeinde aufgehört hat und nunmehr von einer Stelle (Landesfuttersammelstelle) besorgt wird, dafür zu sorgen, daß Besitzer von Pferden, Kühen, Schweinen und Kleintieren, sowie jene Milchproduzenten der Umgebung Wiens, welche die Stadt mit Milch versorgen, mit Futtermitteln entsprechend beteiligt werden. 7. Die Obmänner-Konferenz ersucht den Bürgermeister, eine Amtsstelle zu bezeichnen, bei welcher Klagen über unzulängliche Futtermittelzuweisungen entgegengenommen, daselbst gesammelt und an die Futtermittelzentrale weitergeleitet werden.

Auftrag des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner an den Magistrat, Beschwerden betreffend die Futtermittelversorgung entgegenzunehmen und weiterzuleiten.

Magistratsbericht über den Ankauf von Milchkühen aus Holland (400 Stück zum Preise von 4 K 60 h per Kilogramm Lebendgewicht, Ergänzung der Bestände der Wiener Milchmeier und Auswechslung der Kühe auf dem Gute Sachjengang. Verhandlungen wegen Ankauf weiterer 1000 Stück Kühe aus Holland im Zuge.)

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über den Ankauf bedeutender Posten Kondensmilch. (Preis 1 K 80 h per Dose.)

Magistratsbericht über die Mehlversorgung der Stadt Wien. (Statthaltererlaß vom 4. September 1916 stellt fest, daß die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt den vollen Mehlbedarf der Gemeinde nicht decken kann. Gesamte Zuweisung seitens der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt in der letzten Woche 20 Waggons aus Ungarn. Absicht der Regierung, ein Kriegsmehl herzustellen; 83% Gleichmehl, 3% Grieß, 11·5% Kleie, 2·5% Verstaubung. Gemeinde für die kommende Woche halbwegs gedeckt.)

Magistratsbericht über die Kartoffelversorgung der Stadt Wien. (Einlauf in der Zeit vom 1. bis 11. September 1916 100 Waggons, per

Achsfuhren 5—6 Waggons, als Stückgut 53 Waggons. Vorjorge durch Vereinbarungen für die Anlieferung von täglich 18 Waggons für die weitere Zeit bis Ende September. Mitteilung des ungarischen Ackerbau-ministers, daß er mit Rücksicht auf die schlechte Kartoffelernte Ungarns [50—60% der gewöhnlichen Ernte] nicht in der Lage sein wird, die Aus-fuhr von Kartoffeln aus Ungarn zu bewilligen.)

Magistratsbericht über den Ankauf von Zwetschken. (Ungeheures Steigen der Zwetschkenpreise in der zweiten Hälfte August 1916. Schlüsse auf Zwetschken aus Böhmen, Preis 42 K per Meterzentner. Abgabe der Ware in Körben an die Händler. Verkaufspreis der Händler 56 h per Kilo-gramm. Schluß auf 100 Waggons in loser Schüttung zum Preise von 18 K per Meterzentner. Preise niedriger als die kommenden Höchstpreise. Verarbeitung von Zwetschken zu Pomidl durch die Gemeinde. Druck auf die Preisbildung.)

Genehmigung einer Eingabe an die Statthalterei mit dem Ersuchen, die Einschränkung des Bierauschankes auf die Zeit von 7 bis 10 Uhr abends aufzuheben und unter Aufrechterhaltung der Beschränkung der Bierzu-weisung an die Gastgewerbetreibenden diesen die Festsetzung der Aus-schankstunden je nach den Bedürfnissen ihres Betriebes selbst zu überlassen.

---

#### 54. Obmänner-Konferenz vom 29. September 1916.

Erklärung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner mit Beziehung auf einen in der „Arbeiter-Zeitung“ vom 29. September 1916 unter dem Titel „Die Eierfrage“ erschienenen Artikel, in welchem der Vorwurf erhoben wird, er habe die Interessen der Eierhändler offen gefördert, daß er in der Eierfrage keinen Schritt ohne einmütige Zustimmung der Obmänner der Gemeinderatsparteien unternommen habe.

Magistratsbericht über das Kartoffelgeschäft der Gemeinde Wien bis Ende Juni 1916. (Gesamtsumme der Auslagen 8,197.832 K. Einnahmen für verkaufte Kartoffel [6026 Waggons] 7,657.319 K. Vorläufiges Defizit jöhin 540.000 K. Schwund 9.23%. Geltendmachung der Erbschaftsprüche bei der Regierung nach Abschluß der definitiven Bilanz.)

Magistratsbericht über die Kartoffelversorgung der Stadt Wien ab 1. September 1916. (Vorlieferungen im September 397 Waggons, d. i. durchschnittlich 14 Waggons per Tag gegenüber einem Mindesttagesbedarf von 30 Waggons. Lieferung von 4 Waggons seitens der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt auf Grund des Versorgungsplanes der Regierung. Nach dem Regierungsprogramme sollen der Gemeinde Wien durch die Kriegs-getreide-Verkehrsanstalt 12.000 Waggons geliefert werden; Anlieferung soll in geschlossenen Zügen ab 2. Oktober 1916 erfolgen, vorher 30—40 Waggons täglich ab 25. September 1916. Faktisch außerordentlich geringe Kartoffelzuschübe von 5—7 Waggons täglich. Dringende Ersuchen an kompetente Behörden um Abhilfe. Selbsthilfe durch Ankäufe der Gemeinde ausgeschlossen, da Lieferungen für Wien nur im Wege der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt durchführbar. Schritte der Gemeinde, Kartoffeln aus Rußisch-Polen zu erhalten. Dringliche Depeschen an das General-gouvernement Lublin und Armees-Oberkommando mit Hinweis auf die Kartoffelnot in Wien. Einlangen von bloß 135 Waggons aus Rußisch-Polen. Mitteilung des Generalgouvernements Lublin, Gemeinde Wien

wolle sich wegen weiterer Kartoffelforderungen ausschließlich an die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt wenden. Bemühungen des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, Kartoffeln aus Ungarn zu bekommen. Nach fast einwöchigem Telegrammwechsel mit dem ungarischen Ackerbauminister und der „Obfi“ [Landeskartoffelvermittlungsstelle in Budapest] endlich Nachricht vom ungarischen Ackerbauminister, daß er 150 Waggons Kartoffeln für Wien angewiesen habe. Entsendung eines Vertreters der Gemeinde nach Ungarn, um die 150 Waggons Kartoffeln einzukaufen und nach Wien zu bringen. — Einlangen von 119 Waggons aus Niederösterreich über Auftrag der Statthalterei. Höhepunkt der Kartoffelkrise um den 20. September 1916. Telegramm des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner an den Ministerpräsidenten, tägliche Berichte über Kartoffelstand an Statthalterei, Ministerium des Innern mit Ersuchen um schleunige Anlieferung. Mitteilung der Statthalterei am 27. September, daß Ministerium des Innern alles veranlaßt habe, daß mehr Kartoffeln nach Wien kommen, daß 120 Waggons nach Wien anrollen. Bereitstellung von 1200 Landsturmmännern für Ausladen und Transport und von 1200 russischen Kriegsgefangenen für Arbeit in der Miete. Diese sind seit acht Tagen in Wien, und haben nichts zu tun. Besser situierte versorgen sich mit Stückgutware. Einlangen von 261 Waggons Kartoffeln als Stückgut vom 1. bis 27. September. Besserung der Verhältnisse nicht in Aussicht.)

Genehmigung der Erhöhung der Anzahl der Verkaufsstände für Kartoffeln auf den Märkten. (Antrag Skaret.)

Genehmigung einer Eingabe an die Statthalterei, mit welcher die Aufhebung der Kartoffel-Absperrmaßnahmen der Bezirkshauptmannschaften verlangt wird. (Antrag Steiner.)

Anregung des Gemeinderates Dr. Hein, den Kartoffeltransporten der Gemeinde Wien einen städtischen Zugbegleiter beizugeben.

Genehmigung der Vermehrung des Verkaufspersonales auf den städtischen Märkten beim Kartoffelverkauf. (Antrag Dr. Hein.)

Genehmigung einer Eingabe an die Statthalterei, in welcher gegen die Beschlagnahme der Kartoffel-Stückgüter Vorstellung erhoben wird. (Antrag Skaret.)

Genehmigung der Forderung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner an das Kriegsministerium nach Beistellung von Landsturmmännern zur Forcierung der Kartoffelernte in Leopoldau, sowie Beistellung von Militärautos zum Transport der Kartoffeln in die Stadt.

Magistratsbericht über die Ministerialverordnung vom 11. September 1916, R.-G.-Bl. Nr. 300, betreffend die Regelung des Verkehrs mit Milch und über die Durchführungsverordnung der Statthalterei vom 26. September 1916, L.-G.-Bl. Nr. 138. (Die Verordnung enthält: 1. Regelung des Verkehrs mit Kinder- und Säuglingsmilch. 2. Festsetzung von Milchhöchstpreisen. 3. Einsetzung einer Milchversorgungsstelle in Wien. Erläuterung der beiden Verordnungen. Festsetzung von Höchstpreisen nur für Wien durch die Statthalterei ist eine Gefahr für die Milchversorgung Wiens. Schwierigkeiten für die Milchversorgungsstelle: Erfassung und Evidenzhaltung der einlangenden Milchmengen, Aufteilung der Gesamtmengen, nach sachmännischer Schätzung ein Zehntel Liter per Tag und Kopf.)

Anträge des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller gelegentlich der Beratung der Ministerialverordnung vom 11. September 1916, R.-G.-Bl. Nr. 300, betreffend die Regelung des Verkehrs mit Milch: 1. Die Verabreichung von Milch in Kaffeehäusern (eventuell mit Ausnahme von Volkskaffeehäusern) sei gänzlich einzustellen. 2. Die Verabreichung von Milch

in Heilanstalten und Sanatorien sei strenge zu überwachen. 3. Die Abgabe von Milch an Kranke außerhalb der Heilanstalten sei zu erwirken. 4. Die Einstellung von Milchkühen in Wien und Umgebung sei zu heben. 5. Die Ausschcheidung der Milch ausländischer Provenienz von den Bestimmungen über den Höchstpreis sei durchzuführen.

Resolution in Angelegenheit der Statthaltereiverordnung vom 26. September 1916, L.-G.-Bl. Nr. 138, betreffend die Regelung des Verkehrs mit Milch: 1. Mit der Verordnung vom 26. September 1916 hat die niederösterreichische Statthaltereie entgegen allen Erfahrungen und entgegen allen wohlervogenen Beschlüssen der Obmänner-Konferenz lokale Höchstpreise für Milch festgesetzt. Die Obmänner-Konferenz verwahrt sich gegen diese Verordnung, da sie mit Grund in der Festsetzung eines lokalen Höchstpreises eine Gefährdung der Milchzufuhr nach Wien erblickt und fordert daher eine entsprechende Abänderung dieser Verordnung. 2. Die Obmänner-Konferenz fordert die Regierung auf, im Sinne der kaiserlichen Verordnung vom 21. August 1916, betreffend die Versorgung mit unentbehrlichen Bedarfsgegenständen, alle in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen zu treffen und die Milchversorgung Wiens zu sichern.

Antrag des Gemeinderates Dr. Hein, daß der Milchbezug in Sanatorien nur auf Grund eines amtsärztlichen Zeugnisses erfolgen solle.

Kenntnisnahme eines Erlasses der k. k. n.-ö. Statthaltereie, betreffend die Durchführung von Maßnahmen gegen das Anstellen bei Lebensmittelgeschäften. (Ganztägiges Offenhalten, gleichzeitiger Verkauf aller Artikel, Verpflichtung der Großhändler, die keine Filialen besitzen oder solche nicht sofort errichten, ihre Waren nur an Detaillisten, nicht direkt an Verbraucher abzugeben.)

Genehmigung einer Magistratskundmachung, mit welcher die Beschränkung des Verkaufes von Lebensmitteln und Bedarfsartikeln auf bestimmte Tage oder Tagesstunden unterjagt wird.

Magistratsbericht über die Fettversorgung der Stadt Wien. (Auf dem letzten Markte nicht ein Schwein. Außerordentlich große Außermarktbezüge zu hohen Preisen. Entspannung in der Fettversorgung infolge der Fettkarte. Mit der Dotierung der Stände der Großschlachtereie wird das Fettgeschäft einzig und allein von der Gemeinde besorgt. Täglicher Bedarf 1—1.2 Waggons. Verschärfung der Fettnot um die Jahreswende zu befürchten.)

Auregung des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller, die Ausschcheidung des Oles von der Fettkarte zu erwirken.

Beschluß in Angelegenheit der Fettversorgung der Stadt Wien: Die Obmänner-Konferenz erklärt sich im Prinzipie damit einverstanden, daß für die Gemeinde Wien ein eiserner Vorrat von 100 Waggons Schweinefett zu einem den Höchstpreis übersteigenden Preise sichergestellt werde. Vor Ausführung dieses Beschlusses wolle der Bürgermeister mit den Obmännern der Gemeinderatsparteien bei der Regierung vorsprechen und mit Rücksicht darauf, daß die Gemeinde Wien durch das seinerzeitige Verbot der Regierung, Schweinefett über den Höchstpreis einzukaufen, zu Schaden gekommen sei, von der Regierung die gänzliche oder teilweise Refundierung des hiedurch entstehenden Defizites fordern.

---

### 55. Obmänner-Konferenz vom 3. Oktober 1916.

Magistratsbericht über die Milchversorgung der Stadt Wien. (Milchgroßhändler können Ende September die Milchverschleißer nicht mehr

dotieren. Zur Verhinderung der Schließung der Verschleißstellen Verfügung des Magistrates, mit der die Großhändler beauftragt werden, die Detaillisten wie bisher zu dotieren. Ursache: Auskauf einer Anzahl Händler, d. h. Übernahme der Schlüsse derselben gegen Entschädigung seitens der Milch-Industrie-A.-G. [„Mia“]. Veranlassung, daß die Händler wieder in die alten Verträge eintreten oder daß die „Mia“ die Versorgung der Verschleißstellen übernimmt. Ursache der geringen Milchlieferung: geringer Bezug aus Ungarn. Bis jetzt keine größere Störung in der Dotierung der Verschleißstellen, bloß Zuweisung eines geringeren Quantum. Absicht der Statthalterei, die Höchstpreise für ungarische Milch zu erhöhen.)

Anregung des Gemeinderates Dr. Hein, einzelne Milchverschleißstellen in den kaufkräftigeren Bezirken ausschließlich mit ausländischer Milch mit höherem Verkaufspreise zu dotieren.

Genehmigung einer Eingabe an die Regierung, mit welcher die Einleitung von Verhandlungen verlangt wird, daß die bisher aus Ungarn angelieferte Milch auch weiterhin nach Wien gelange.

Anregung des Gemeinderates Schmid auf Einführung einer Kundenliste durch die kleinen Geschäftsleute zur Beseitigung des „Anstellens“.

Abstandnahme von der Erlassung einer Kundmachung, mit welcher den Großhändlern, die über eine nicht genügende Anzahl von Filialen verfügen, der direkte Verkauf von Lebensmitteln an die Verbraucher unterjagt werde.

Magistratsbericht über die Kartoffelversorgung der Stadt Wien. (Besserung des Einlaufes seit 29. September 1916, täglich durchschnittlich 30 Waggons. Mitteilung der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt, daß ab 6. Oktober Kartoffeln in geschlossenen Zügen anrollen werden.)

Magistratsbericht über die Versorgung der Stadt Wien mit Zwetschken. (Ungünstige Wirkung der mit Ministerialverordnung vom 2. Oktober 1916, betreffend die Regelung des Verkehrs mit frischen Zwetschken, eingeführten Transportbescheinigungen, zu deren Ausstellung die politischen Bezirksbehörden berechtigt sind. Freihändiger Einkauf von Zwetschken in Böhmen. Nach dem Erscheinen der Höchstpreisverordnung keine Zwetschken mehr auf dem Wiener Markte. Bewilligung der Ausfuhr von 1000 Waggons Zwetschken nach Deutschland seitens der Regierung. Infolge Waggonmangel keine Ware nach Wien. Schaffung eines Rohpflaumenjndifates in Prag zur Regelung der Zwetschkenabgabe. Dieses erteilt den Händlern in Böhmen die Ausfuhrbewilligung nach Deutschland nur dann, wenn sie sich verpflichten, ein bestimmtes Quantum nach Wien zu liefern.)

Beschwerde des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller über die säumige Ausstellung von Straßenbahn-Monatskarten.

Beschwerde des Gemeinderates Reumann über die säumige Ausstellung von Straßenbahn-Schülerkarten.

Anregung des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller, gegen den Export von Fett aus Wien bei der Statthalterei Vorstellungen zu erheben.

Magistratsbericht über die Eierversorgung der Stadt Wien. (Nach Auflassung der „Miles“ Einführung von Transportbescheinigungen und Weisung an die Bezirkshauptleute, dieselben unter allen Umständen auszustellen. Ausnahme bildet Galizien; für Transporte aus Galizien Bewilligung der Statthalterei erforderlich. Vom Eierüberschuß Galiziens per monatlich 100 Waggons wurden im August 50 Waggons durch die „Ovom“ nach Wien gebracht. Preissteigerung von 240 K auf 345 K per Kiste nicht umbillig, da der Preis in Ungarn bereits 503 K per Kiste betrage. Ursachen der Eierknappheit: Aussehen des Importes aus Ungarn infolge der

rumänischen Invasion, Bezug von Eiern durch Kronländer, die früher Eier produzierten, wie Oberösterreich, Steiermark. — Einkaufung von 40 Waggons Eier durch die „Ovom“. Vereinbarung mit der „Ovom“, bis Ende Oktober 2000 Kisten Eier zu konservieren. 900 Kisten bereits im Kühlhause eingelagert. Befürchtung einer Eiernot ab Mitte Oktober 1916.)

Magistratsbericht über die Fettversorgung der Stadt Wien. (Auftrag an die Großschlächterei A.-G., sämtliche Vorräte in Verkehr zu bringen. Gleicher Auftrag an die Firma Wotroubek. Beschwerde dieser Firma gegen den Auftrag des Magistrates, da sie ihr Fett der Militärverwaltung zur Verfügung stellen müsse.)

Anregung des Gemeinderates Dr. von Dorn, wegen Freigabe des Saccharins mit Rücksicht auf die Erhöhung der Zuckerpreise an die Regierung heranzutreten.

## 56. Obmänner-Konferenz vom 10. Oktober 1916.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Aktion: „Frühstück für arme Wiener Schulkinder“. (Vorarbeiten im Gange, monatliche Kosten zirka 90.000 K.)

Magistratsbericht über die Mehlerversorgung der Stadt Wien. (Am 18. September Brotrummel in Wien. Vorstellung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner beim Ministerpräsidenten und beim Minister des Innern. Zusage, daß täglich 20 Waggons Kochmehl aus Ungarn an Gemeinde Wien abgegeben werden und Mehlanlieferungen aus Böhmen und Mähren zu erwarten seien. Über Verfügung des Ministeriums des Innern direkte Belieferung der Kriegsindustriebetriebe durch die Brotfabriken, wodurch Reduktion des für Wien bestimmten Kontingentes um 26 Waggons wöchentlich eingetreten ist. Unterjagung der Brotabgabe in Gast- und Speisewirtschaften durch die Statthalterei. Abermalige Vorstellungen seitens des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner an den Ministerpräsidenten, mit dem Ersuchen um ausreichende Mehldotierung ohne Verzug.)

Magistratsbericht über die Zuckerversorgung der Stadt Wien. (Besprechung der Ministerialverordnung vom 29. September 1916, R.-G.-Bl. Nr. 335, über die Regelung des Verkehrs mit Rübenzucker. Ursache des Zuckermangels der letzten Zeit Transportschwierigkeiten. Auftrag des Handelsministeriums an die Gemeinde, Zucker aus ihren Vorräten auf den Markt zu bringen. Abgabe von 143 Waggons.)

Magistratsbericht über den Ankauf von holländischen Kühen. (400 Kühe, 20 Stiere; Einstellung eines Teiles auf dem Gute Sachsgang, Wallhof und Kobenzl, Abgabe eines Teiles an Milchmeier. Täglicher Milcherttrag von zirka 3600 l zu erwarten. Absicht, noch weitere 1000 Kühe zu erwerben.)

Magistratsbericht über den Ankauf von serbischen Rindern. (Ersuchen an das Armeekorps-Oberkommando, den Überschuß Serbiens an Wien abzugeben. Freigabe von 330 serbischen Ochsen für Wien seitens des österr. Generalgouvernements in Serbien und Zusage auf weitere Lieferungen. Abgabe an die Bevölkerung zum Preise von 5 K 20 h bis 5 K 60 h samt Zuwage begonnen.)

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß der in der letzten Zeit aufgetretene Salzangel nur auf das „Hamstern“ zurückzuführen sei.

Antegung des Gemeinderates Leitner, mit Rücksicht auf die herrschende Not das Brennen von Kerzen auf den Friedhöfen zu unterjagen.

Antegung des Gemeinderates Steiner, die an die Regierung gerichtete Eingabe wegen Einfuhr von argentinischem Fleisch zu urgieren.

Antegung des Gemeinderates Steiner, vom Marktamt einen Bericht über den Abtransport von in Wien gekaufter Waren nach Galizien einzuholen.

Beschwerde des Gemeinderates Skaret über die ungünstige Ansetzung der Verkaufsstunden für verschiedene Artikel, die der Arbeiterchaft den Bezug dieser Artikel unmöglich machen.

Antegung des Gemeinderates Dr. von Dorn auf sachmännische Darstellung des Ernteergebnisses in der Obmänner-Konferenz.

Antegung des Gemeinderates Dr. von Dorn, ähnlich wie in Amerika, auch in Osterreich Mehlziegel herzustellen.

Magistratsbericht über die Einführung einer Mehleinkaufskarte (Rayonierung). (Vorschläge zur Beseitigung der Uebelstände bei der Mehilverteilung und zur Beseitigung des Anstehens: Errichtung städtischer Mehlabgabestellen bei den bestehenden Händlern, Zuweisung einer Anzahl Haushaltungen zu jeder Mehlabgabestelle, Ausgabe von Mehleinkaufskarten für die Haushaltungen, Ersichtlichmachung des Einkaufes auf der Mehleinkaufskarte durch den Verkäufer [Durchlochung], Ausgabe andersfarbiger Karten an Mitglieder von Konsumvereinen, keine Änderung der Mehlabgabe an Gewerbetreibende, Anstalten u. — Voraussetzung der Durchführung: erstmalige reichere Dotierung der Abgabestellen zur Vermeidung von Stodungen. — Die Mehleinkaufskarte kann auch als Familien-einkaufskarte fungieren. Auf eine Abgabestelle entfallen zirka 180 Parteien pro Tag. Voraussetzung für die Einführung der Mehleinkaufskarte ist, daß für die erstmalige Dotierung genügend Mehl seitens der Regierung zugewiesen werde. Zusage der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt auf Zuweisung eines Quantums für zwei Wochen vor Einführung der Karte. Schwieriger Verteilungsapparat.)

Vertagung der Beschluffassung über die Einführung einer Mehleinkaufskarte (Rayonierung).

Magistratsbericht über die von der Regierung über Wunsch der Gemeinde Wien beabsichtigte Schaffung einer Lebensmittelzentralabgabestelle. (Zweck: Übersicht über die zur Verteilung gelangenden Lebensmittel. Der Staat behält sich die direkte Dotierung bestimmter Organisationen vor. Absicht der Regierung, eine Kommission zu bilden, in die auch die Gemeinde Vertreter entsendet.)

Vertagung der Beschluffassung über die Stellungnahme zu der von der Regierung beabsichtigten Schaffung einer Lebensmittelzentralabgabestelle.

Magistratsbericht über die Kartoffelversorgung der Stadt Wien. (Besserung der Zuschübe. Anlieferung von 725 Waggonen in der Zeit vom 29. September bis 9. Oktober 1916. Abgabe von 695 Waggonen an den Konsum. Vorräte noch gering. Ueberreiche Anlieferung in den letzten Tagen, Verstopfung der Bahnhöfe.)

Magistratsbericht über die Milchversorgung der Stadt Wien. (Keine Änderung in der Anlieferung in letzter Zeit. Ausfall von 8000 l gegenüber dem September 1915.)

Genehmigung der Erhöhung des Preises des Bieres vom Brauhaus der Stadt Wien, und zwar beim Abzugbiere um 20 K und beim Lagerbier um 24 K per Hektoliter.

## 57. Obmänner-Konferenz vom 13. Oktober 1916.

Magistratsbericht über die Kartoffelversorgung. (Einkauf seit 10. Oktober 1916 507 Waggons, Abgabe 355 Waggons, d. i. zirka 120 Waggons täglich. Zunahme des Anstellens um Kartoffel, da andere Lebensmittel knapp. Kartoffeleinkauf in Wien aus der weitesten Umgebung. Vorrat der Gemeinde höchstens 120 Waggons, Vorsorge für Reserve bisher nicht möglich.)

Anregung des Gemeinderates Neumann, durch das Marktamt Erhebungen über den Grund des Gemüse mangels anstellen und der Obmänner-Konferenz einen Bericht über die Zufuhren und die Preisbildung von Gemüse vorlegen zu lassen.

Anregung des Vize-Bürgermeisters Rain auf Veröffentlichung einer Belehrung der Bevölkerung über die Konservierung von Kartoffeln.

Anregung des Gemeinderates Neumann auf Einbeziehung der im Industriegebiete Wiens liegenden Gemeinden in den Geltungsbereich der Mehleinkaufskarte und auf Überlassung der Wahl der Mehlabgabestelle an den Käufer.

Anregung des Gemeinderates Skaret auf direkte Mehldotierung der Konsumvereine, Konsumentenorganisationen und des Kriegsverbandes seitens der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt im Falle der Einführung einer Mehleinkaufskarte.

Prinzipielle Genehmigung der Rayonierung und des Prinzipes der variablen Portion für die Einführung einer Mehleinkaufskarte.

Anregung des Gemeinderates Steiner auf Erhebungen bei den Gärtnern im Hinblick auf einen für das Frühjahr zu gewärtigenden Gemüse mangel.

Beschwerde des Gemeinderates Neumann über Unzukömmlichkeiten beim Verkaufe von serbischem Rindfleisch auf dem Markte am Eugenplaz im X. Bezirke.

Magistratsbericht über den Verkauf von serbischem Rindfleisch. (Preis: Vorderes 5 K 20 h, Hinteres 5 K 60 h. Getrennte Lagerung und Deklaration. Abgabe von höchstens 1 kg.)

---

## 58. Obmänner-Konferenz vom 18. Oktober 1916.

Erklärung des Gemeinderates Steiner namens des Bürgerklubs, den Vorschlägen des Magistrates bezüglich der Einführung einer Mehleinkaufskarte zuzustimmen.

Erklärung des Gemeinderates Dr. Hein namens der freiheitlich-bürgerlichen Partei, den Vorschlägen des Magistrates bezüglich der Einführung einer Mehleinkaufskarte zuzustimmen.

Erklärung des Gemeinderates Skaret namens der sozialdemokratischen Partei, den Vorschlägen des Magistrates bezüglich der Einführung einer Mehleinkaufskarte mit der Einschränkung zuzustimmen, daß seine Partei auf der direkten Dotierung des Kriegsverbandes und der Konsumvereine durch die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt bestehe, die sich voll und ganz den Bestimmungen über die Einkaufskarte und der variablen Portionierung unterwerfen.

Genehmigung der Magistratsvorschläge bezüglich der Einführung einer Mehleinkaufskarte mit der Einschränkung, daß für Konsumvereine und den Kriegsverband die direkte Mehldotierung durch die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt erfolge.

Zustimmung zu der von der Regierung beabsichtigten Errichtung einer Lebensmittelzentralabgabestelle, Forderung nach Entsendung von drei Gemeindevertretern in dieselbe und weitere Forderung, daß die Lebensmittelzentralabgabestelle nicht bloß die Übersicht über den Markt, sondern auch ein Kontroll- und Verfügungsrecht erhalte und daß auch ein Vertreter der Fürsorgestelle für Kriegslüchtlinge in dieselbe entsendet werde.

Anregung des Gemeinderates Leitner auf Zentralisierung des Eierhandels in Wien.

Genehmigung eines Auftrages an den Magistrat, darüber zu berichten, ob nicht eine Zentralisierung des Eiergeschäftes in Wien, die Einführung der Fütterungspflicht für Eier, sowie die Einführung einer Eierkarte zweckmäßig erscheine und des weiteren Auftrages, die Eingabe, betreffend die Beschlagnahme der in Wien eingelagerten konservierten Eier zu urgieren, sowie die Behebung der für die Eierausfuhr aus Galizien bestehenden Schwierigkeiten von der Regierung zu fordern.

Magistratsbericht über den Auftrag des Ministeriums des Innern, verschiedene Maßnahmen gegen das Anstellen bei den Lebensmittelverkäufern in Angriff zu nehmen. (Vorschläge des Ministeriums des Innern: 1. Bereitstellung gedeckter Lokalitäten. 2. Fahrbare Verkaufsstände. 3. Heranziehung der Schulkinder zur Deckung des Lebensmittelbedarfes der Haushalte. 4. Verteilung von Nummern durch die Wachleute an die Angestellten, nach Maßgabe der vorhandenen Portionen. Punkt 1 und 2 nicht durchführbar. Punkt 3 dem Bezirksschulrate zur Begutachtung. Bezüglich Punkt 4 entsprechendes Ersuchen an die Polizeidirektion.)

Beschlüsse in Angelegenheit des Auftrages des Ministeriums des Innern an den Magistrat, verschiedene Maßnahmen gegen das Anstellen bei den Lebensmittelverkäufern in Angriff zu nehmen: 1. Die Forderung der Regierung nach einer vorübergehenden Bereitstellung größerer gedeckter Lokalitäten, in welchen die Angestellten vor den Unbilden der Witterung geschützt werden, muß mit Rücksicht auf die gegebenen Verhältnisse als kaum durchführbar und bedenklich erklärt werden. 2. Der Anregung der Regierung bezüglich der fahrbaren Verkaufsstände für Lebensmittel kann wegen ungenügenden Fuhrwerkes und aus anderen triftigen Gründen nicht nähergetreten werden. 3. Der Vorschlag der Regierung, zur Deckung des Bedarfes an Lebensmitteln für die einzelnen Haushaltungen Schulkinder zu verwenden, wäre dem k. k. Bezirksschulrate zur Begutachtung vorzulegen. 4. Die Polizeidirektion sei zu ersuchen, daß die Wachleute behufs Abkürzung des Anstellens und Verminderung der Zahl der bei den Lebensmittelverkäufern Angestellten dahin angeleitet werden, daß sie die Geschäftsinhaber befragen, wie groß der vorhandene Vorrat ist, und bei gleicher Dosierung desselben für jeden Angestellten gleich aufmerksam darauf machen, daß nur bis zu einer bestimmten Reihe der Angestellten Ware vorhanden ist und die übrigen sich daher entfernen wollen, um irgendwo anders eventuell ihren Bedarf decken zu können.

Beschwerde des Vize-Bürgermeisters Hierhammer über das von der Futtermittelzentrale abgegebene Pferdefuttermittel und Verfügung des Bürgermeisters, ein Gutachten über dasselbe durch die Lebensmitteluntersuchungsanstalt einzuholen.

Beschwerde des Gemeinderates Steiner über das von der Futtermittelzentrale abgegebene Hühnerfutter und Verfügung des Bürgermeisters, ein Gutachten über dasselbe einzuholen.

Auftrag des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner an den Magistrat, über die eventuelle Erstellung von Höchstpreisen für Wein Bericht zu erstatten. (Antrag Steiner.)

Auftrag des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner an den Magistrat, über die Butterpreise in Oberösterreich Bericht zu erstatten.

Beschwerde des Gemeinderates Reumann über den herrschenden Brotmangel und die Einführung von Bäcktagen (2—3 in der Woche) bei den Kleinbäckern.

---

## 59. Obmänner-Konferenz vom 7. November 1916.

Anregung des Gemeinderates Dr. Hein auf strenge Überwachung des Verkehrs aus den Konzentrationslagern nach Wien.

Erklärung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß neuerlich an das Ministerium des Innern wegen strenger Überwachung des Verkehrs aus den Konzentrationslagern nach Wien herangetreten werde.

Genehmigung der Absendung von Liebesgaben für die Soldaten im Felde zu Weihnachten 1916.

Magistratsbericht über die Kohlenversorgung der Stadt Wien. (Zunahme des Absatzes, Abnahme der Anlieferung. Ursache: Kohlenmangel. Inanspruchnahme der Gemeindevorräte im September und Oktober. Scheitern der Bemühungen, stärkere Zufuhr zu erreichen. Restringierung, bezw. Einstellung der Abgabe auf einzelnen Kohlenlagerplätzen. Krise überwunden, Anwachsen der Vorräte. Steigerung der Abgabe um 60% gegenüber dem Vorjahre. Absicht der obererschlesischen Kohlenkonvention auf Erhöhung der Preise. Eine Erhöhung der Wiener Preise würde die Großhändler veranlassen, Kohle nach Wien zu bringen. Vorkehrungen des Magistrates, um den Bedarf für den Winter sicherzustellen. Versorgung der Gaswerke nicht ungünstig, die der Elektrizitätswerke weniger günstig.)

Magistratsbericht über die Kartoffelversorgung der Stadt Wien. (Einkauf von Ende August 1916 bis 4. November 1916 4653 Waggons. Einmietung 997 Waggons, Einlagerung von 300 Waggons. Besorgniserregendes Sinken der Zufuhren ab 17. Oktober 1916. Täglich rund 99 Waggons, gegenüber 283 Waggons nach dem mit der Regierung vereinbarten Programme. Bisher nur ein Drittel [4000 Waggon] der von der Regierung für Wien in Aussicht genommenen Menge seitens der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt angeliefert. Ursache: Mangel an Arbeitskräften und Fuhrwerk, Waggonmangel und Abtransport der für Wien bestimmten Kartoffeln an andere notleidende Verbrauchsorte. Wiener Kartoffelversorgung derzeit ungenügend, wozu die Sperrung der Kartoffelzufuhr als Stückgut beiträgt. Aussicht für die Wintermonate besorgniserregend. Absicht der Regierung, Kartoffelzufuhr nach Wien auch während des Winters durchzuführen. Wiederholte Vorstellungen des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner und des Magistrates bei den kompetenten Stellen. Schlechte Beschaffenheit der einlaufenden Ware, nicht überklaut, oft bis zu 50% mit Erde vermischt. Klagen seitens der Bevölkerung. Vorstellung hierüber bei der Regierung.)

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß seine Forderung nach Freigabe des Transportes von Kartoffeln als Stückgut seitens des Ernährungsamtes abgewiesen wurde.

Erklärung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß er gegen die eventuelle Einführung einer Kartoffelkarte mit der in Aussicht genommenen Kopfsquote von 30 dkg pro Kopf und Woche Bedenken habe, da hiedurch das einzige Lebensmittel portioniert würde, welches geeignet ist, die herrschende Knappheit der anderen Konsumartikel auszugleichen.

Beschlüsse in Angelegenheit der Kartoffelversorgung der Stadt Wien:

1. An die Regierung ist das Ersuchen zu richten, zur Besorgung der Kartoffelzufuhr zu den Bahnen und zur Verladung der Kartoffeln Militärautos, bzw. Mannschaft beizustellen.
2. An die Regierung ist das Ersuchen zu richten, die Ausstellung von Transportbewilligungen für die Sendung von Kartoffeln nach Wien als Stückgüter aufzuheben.
3. Die Regierung ist aufzufordern, neuerliche Verhandlungen wegen Einfuhr von Kartoffeln aus Ungarn einzuleiten.
4. Die Obmänner-Konferenz ist nicht in der Lage, die Einführung einer Kartoffelkarte zu empfehlen, da die in Aussicht genommene Kopquote zu gering bemessen und trotz dieser geringen Zurechnung der entsprechende Vorrat nicht vorhanden sei, abgesehen davon, daß es nicht angehe, ein Lebensmittel zu portionieren, welches allein geeignet ist, die vorherrschende Knappheit der anderen Konsumartikel auszugleichen.
5. Die Obmänner-Konferenz richtet an die Regierung das Ersuchen, mit Rücksicht darauf, daß Böhmen und Mähren das im Regierungsprogramm vorgesehene Kontingent von 5000 Waggons Kartoffel nicht aufbringen, vorzujorgen, daß das auf Galizien entfallende Reservekontingent herangezogen werde.
6. Dem Gemeinderate ist ein ausführlicher Bericht in der Frage der Kartoffelversorgung vorzulegen und zur Debatte zu stellen.

Magistratsbericht über die Mehlerversorgung der Stadt Wien. (Infolge ungünstiger Ernteschätzung auf Grund von Probepflügen Aufstellung eines provisorischen Versorgungsplanes, nach welchem sich Niederösterreich mit Einschluß von Wien selbst zu versorgen hätte, was nicht einmal in normalen Zeiten möglich war. Rückgang der Zuweisungen von Woche zu Woche. Heranziehung anderer Kronländer zur Mehlerversorgung Niederösterreichs, und zwar Böhmen für Gerste, Ungarn für Roggenmehl. Verringerung der Zuweisungen an die Gemeinde infolge Schaffung des direkt dotierten Kriegsverbandes. Sicherstellung des für die Mehlerportionierung erforderlichen Quantums von 120 Waggons. Schaffung einer Abteilung „Wien“ in der Kriegsergetreide-Verkehrsanstalt. Absicht der Regierung, für Broterzeugung kein Weizenmehl mehr zur Verfügung zu stellen. Neue Mischung für Brot aus Roggen, Gerste und Hafer. Als Roggenmehl wird ein zu 78% ausgemalenes Weizengleichmehl und ein 20% Gerstetrockmehl in Verkehr gebracht werden.)

Magistratsbericht über die Petroleumversorgung der Stadt Wien. (Abgabe großer Petroleumquantitäten seitens Österreichs an Deutschland seit der Kriegserklärung Rumäniens. Abgabe von 5 Waggons Petroleum an die Bevölkerung über Auftrag des Handelsministeriums. Fortsetzung der Bemühungen der Gemeinde auf Sicherstellung eines Vorrates. Anlage einer Reserve von 50 Zisternen.)

Magistratsbericht über den Ankauf von Schafen aus Albanien. (5000 Stück zum Preise von 2 K per Kilogramm Lebendgewicht.)

Magistratsbericht über die Fettversorgung der Stadt Wien. (Einstellung der ungarischen Lieferungen von Schweinen infolge Überschreitung des Kontingentes. Rückgang der Außermarktbezüge. Voraussichtliche Herabsetzung des Kontingentes von 65.000 Stück Schweinen auf 12.000 Stück per Monat.)

Beschwerde des Gemeinderates Skaret über die Ausfolgung von Mehlbezugskarten für die städtischen Mehlabgabestellen an Mitglieder von Konsumvereinen.

Magistratsbericht über die Eierversorgung der Stadt Wien. (Magistrat spricht sich gegen die Zentralisierung des Eierhandels in Wien, gegen die Einführung einer Fätiungspflicht für Eier und gegen Einführung

einer Eierkarte aus. Bezugskarten nur gerechtfertigt, wenn verfügbare Menge feststeht und staatliche Bewirtschaftung eingeführt ist. Mitteilung des Ministeriums des Innern, es werde der Gemeinde die in Wien eingelagerten konservierten Eier zur Abgabe an die Bevölkerung gegen Vorweisung der Mehlbezugskarte zum Preise von 20 h pro Stück zur Verfügung stellen.)

Magistratsbericht über die eventuelle Erstellung von Höchstpreisen für Wein. (Magistrat spricht sich dagegen aus, da Höchstpreise sich nur dann bewähren, wenn genügend Ware zur Verfügung steht, Requisitionszrecht und staatliche Bewirtschaftung besteht und gleiche Regelung in Ungarn durchgeführt würde. Differenzierte Höchstpreise unter Berücksichtigung der Verschiedenartigkeit der Weinsorten unmöglich. Wein ist weiters kein unentbehrlicher Bedarfsartikel, sondern Genußmittel.)

Genehmigung der Mehrausgaben aus Anlaß des Krieges im Verwaltungsjahre 1915/16 per 3,650.000 K und Verweisung des Mehrerfordernisses auf das Gebahrungsergebnis des Verwaltungsjahres und im Falle der Unzulänglichkeit desselben auf die Rassenbestände der Eigenen Gelder.

## 60. Obmänner-Konferenz vom 17. November 1916.

Magistratsbericht über die Einführung der Brotzählung. (Einführung der Brotzählung deshalb, weil die Brotzählung mit Rücksicht darauf, daß voraussichtlich nicht genügend Mehl zur Verfügung stehen wird, Schwankungen unterworfen sein wird. Gleichmäßige Verteilung ein Gebot der Gerechtigkeit. Voraussetzungen: Gleiche Portionierung und Vorhandensein genügender Brotmehlmengen. System der Kundenliste. Kundenliste stellt die Grundlage für die Mehluweisung dar. Ausgabe einer besonderen Brotbezugskarte. Ausschluß der Ortsfremden vom Brotbezug in Wien. Verhinderung des Einkaufes des gesamten Wochenquantums auf einmal erforderlich.)

Anregung des Gemeinderates Skaret, bei Einführung der Brotzählung nur den Tagesbedarf an die Konsumenten abzugeben.

Anregung des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller auf Errichtung von Brotreservestellen in jedem Bezirke anlässlich der Einführung der Brotzählung.

Beschlüsse in Angelegenheit der Einführung der Brotzählung:

1. Die Obmänner-Konferenz spricht sich einmütig für die Einführung der Brotzählung unter Anwendung des Prinzipes der Kundenliste aus, die durch die Leistungsfähigkeit des Unternehmers (Bäckers, Brotfabrik) begrenzt ist.
2. Die Obmänner-Konferenz spricht sich weiters dafür aus, daß für den Brotbezug eine besondere Karte eingeführt und an die Besitzer der Brotbezugskarten nur der für den einzelnen Haushalt erforderliche Tagesbedarf abgegeben werden soll.

Magistratsbericht über die Ausgabe einer Brotbezugskarte anlässlich der Einführung der Brotzählung. (Erläuterung der Brotbezugskarte.)

Magistratsbericht über die Kartoffelversorgung der Stadt Wien. (Verschlechterung der Zufuhren seit dem 7. November 1916. Täglicher Einlauf: 27 bis 100 Waggons statt des von der Regierung zugesagten Quantums von täglich 283 Waggons.)

Anregung des Gemeinderates Neumann auf Besprechung der Kartoffelfrage in öffentlicher Gemeinderatssitzung.

Beschlüsse in Angelegenheit der Kartoffelversorgung (Petition): 1. Die Regierung wird neuerdings dringendst ersucht, die Ausstellung von Transportbescheinigungen für die Beförderung von Kartoffeln als Stückgüter, wenigstens temporär zur Zeit der Kartoffelknappheit aufzuheben. 2. Die Verhandlungen mit Ungarn, eventuell mit Deutschland mit allem Nachdrucke durchzuführen, damit eine Versorgung der Stadt Wien mit Kartoffeln aus diesen Ländern möglich werde, und 3. die Regierung wird ersucht, zu gestatten, daß Vertrauensmänner der Gemeinde in die Kartoffel-Produktionsgebiete reisen dürfen, um dortselbst im Einvernehmen mit den Sub-Kommissionären der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt Kartoffelankäufe für die Gemeinde Wien bewerkstelligen zu können.

Vertagung der Beschlusfassung über die Rückwirkung der Dritten Teilnovelle zum a. b. G.-B. auf Dienstverträge der Gemeinde mit ihren Angestellten.

Mitteilung des Gemeinderates Schmid über die Fertigstellung des Naschmarktes.

Genehmigung der Abänderung des Marktgebührentarifes für den Naschmarkt. (Gemeinderatsbeschuß vom 17. November 1916, Pr.-Z. 10750/16.)

---

## 61. Obmänner-Konferenz vom 1. Dezember 1916.

Magistratsbericht über das Kartoffelgeschäft der Gemeinde Wien von Mitte September 1915 bis Ende August 1916. (Aus eigener Fehchung 153 Waggons, Anlieferung 6872 Waggons. In den Verkehr gebracht 6288 Waggons, Schwund 9.15%; eingemietet 837 Waggons, abgegeben aus der Miete 768 Waggons, Schwund 8½%. — Dieser Bericht erschien als Beilage der Nr. 99 ex 16 des Amtsblattes der Stadt Wien.)

Mitteilungen des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Kundmachung des Ministerpräsidenten vom 30. November 1916, betreffend den Beginn der Wirksamkeit des Amtes für Volksernährung und betreffend das Statut des Amtes für Volksernährung, R.-G.-Bl. 401 und 402 ex 16.

Anregung des Gemeinderates Dr. Hein auf Schaffung einer Wiener Kommission im Ernährungsamte.

Anregungen des Gemeinderates Neumann anlässlich der Schaffung des Ernährungsamtes: Bessere Organisierung der Aufbringung und Verteilung der Lebensmittel. Erzielung eines Zusammenarbeitens zwischen Militär- und Zivilverwaltung. Änderung in bezug auf die Transportverhältnisse. Sicherung eines größeren Einflusses der Gemeinde im Ernährungsrate.

Anregung des Gemeinderates Staret auf Feststellung, daß der Gemeinde der Wirkungsbereich des Ernährungsamtes nicht entspricht, und daß zur Verpflegung Österreichs auch Ungarn herangezogen werden solle.

Beschluß anlässlich der Schaffung des Ernährungsamtes: (Überreichung dieses Beschlusses durch die Obmänner der Gemeinderatsparteien unter Führung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner an den Ministerpräsidenten und den Präsidenten des Ernährungsamtes.) „I. Die Gemeinde begrüßt die Errichtung des Amtes für Volksernährung und gibt der Erwartung Ausdruck, daß dieses Amt endlich der Desorganisation im Lebensmittel-

verkehre ein Ende bereitet, das Verhältnis zwischen Militär- und Zivilverwaltung in der Beschaffung von Bedarfsartikeln planmäßig ordnet, die Transportorganisation für rechtzeitige und ausreichende Zuschübe zweckmäßig und verlässlich sicherstellt und in vollem Maße den berechtigten Interessen der Stadt Wien Rechnung trägt. II. Die Gemeinde Wien ist von dem im § 3 der Kundmachung des Ministerialerlasses vom 30. November 1916, L.-G.-Bl. Nr. 401 und 402, dem Ernährungsrate zugewiesenen Wirkungskreise nicht befriedigt und verlangt in Festhaltung bereits gefaßter Beschlüsse, daß demselben volle Einsicht in die Aufzeichnungen der vorhandenen Vorräte und die Art ihrer Verteilung eingeräumt werde. Die Gemeinde Wien verlangt eine stärkere Vertretung im Ernährungsrate. — III. Mit Rücksicht auf die Knappheit an den wichtigsten und unentbehrlichsten Lebensmitteln und sonstigen Bedarfsgegenständen verlangt die Gemeinde Wien ehestens Maßnahmen, welche eine planmäßige und gerechte Verteilung der Vorräte und Zuschübe gewährleisten, insbesondere ist ein gerechtes Verhältnis zwischen Österreich und Ungarn hinsichtlich der Aufbringung der Lebensmittel, der Festsetzung gleichmäßiger Rationen für die Bevölkerung diesseits und jenseits der Leitha zu vereinbaren und das gemeinsame Wirtschafts- und Versorgungsgebiet endlich zu verwirklichen. — IV. Die Gemeinde Wien verlangt endlich energische Maßnahmen gegen Lebensmittelwucher jeder Art und gegen spekulative Ausschreitungen, welche auf Zurückhaltung von Lebensmitteln und sonstigen Bedarfsartikeln und künstliche Steigerung der Preise abzielen. — V. Die Regierung wird neuerlich aufgefordert, alles zu veranlassen, daß die in Wien bestehende Kartoffelnot raschestens behoben wird und zu diesem Zweck: a) bei den k. u. k. Militärbehörden dahin zu wirken, daß zur Versorgung der Kartoffelzufuhren zu den Verladestationen die erforderliche Militärmannschaft und militär-ärarischen Fuhrwerke beigelegt werden; b) die Ministerialverordnung vom 30. September 1916, R.-G.-Bl. Nr. 336, mit welcher in Abänderung des § 20 der Ministerialverordnung vom 4. August 1916, L.-G.-Bl. Nr. 224, auch Kartoffelsendungen in Mengen bis zu 100 kg einer Transportbescheinigung unterworfen wurden, sofort außer Wirksamkeit zu setzen; c) neuerliche Verhandlungen über die Einfuhr von Kartoffeln aus Ungarn und Deutschland einzuleiten.“

Magistratsbericht über die Kartoffelversorgung. (Einlauf vom 7. bis 30. November 1916 1164 Waggons, Einmietung von 275 Waggons. Für die Abgabe an den Konsum täglich nur 50 Waggons. Notwendigkeit, zur Deckung des Bedarfes die ohnehin geringen Lagerbestände der Gemeinde heranzuziehen. Bisherige Anlieferung durch die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt 5491 Waggons. Telegramme des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner um dringende Abhilfe an den Ministerpräsidenten, Minister des Innern, Statthalter von Böhmen und Mähren. Ursachen des geringen Einlaufes: Mangel an Arbeitskräften und Transportmitteln. Aufstellung eines neuen Versorgungsprogrammes für Wien seitens der Regierung, nach welchem Böhmen täglich 47, Mähren 38 Waggons für Wien stellen sollen. Galizien und Rußisch-Polen kommen nach diesem Programm für Wien nicht in Betracht.)

Magistratsbericht über die Durchführung der Mehlschonung. (Voller Erfolg; Ausgabe von 338.596 gelber Mehlbezugskarten [für städtische Mehlabgabestellen] und von 203.844 blauen Mehlbezugskarten [für Konsumentenorganisationen]. Zuweisung von 1.062.123 kg Mehl an die städtischen Mehlabgabestellen und Abgabe von 627.536 kg Mehl an die Bevölkerung in der Woche vom 12. bis 18. November 1916. Mindere Qualität des Brotes, zurückzuführen auf Umstände bei der Herstellung des Hafermehles.)

Magistratsbericht über die Fettversorgung der Stadt Wien. (Fettversorgung Wiens fast ausschließlich aus den Vorräten der Gemeinde mit Rücksicht auf die völlige Unterbindung der ungarischen Schweinezufuhren.)

Magistratsbericht über die Fleischversorgung der Stadt Wien. (Überschwemmung des Wiener Marktes mit Rindfleisch in den letzten 14 Tagen. Einlangen von serbischen Rindern und Schafen.)

Magistratsbericht über die Zuckerverversorgung. (Abgabe von 60 Waggons Zucker aus den Vorräten der Gemeinde zur vollen Honorierung der Zuckerkarte. Bereitstellung größerer Zuckerquantitäten seitens der Regierung als Exportzucker.)

Magistratsbericht über den Ankauf von 1500 Melkkühen.

Magistratsbericht über die Petroleumversorgung der Stadt Wien. (Einleitung der Regelung der Petroleumabgabe durch die Statthalterei-Verordnung über die Anmeldepflicht. Fortsetzung der Bemühungen der Gemeinde, ihren eisernen Vorrat zu vergrößern. Einlagerung von 70 Waggons.)

Anregung des Gemeinderates Leitner, im Falle der Einführung einer Petroleumkarte den städtischen Mehlabgabestellen den Verschleiß von Petroleum nicht zu entziehen.

Anregung des Gemeinderates Dr. Hein, von der Regierung die Ergreifung von Maßregeln zur Herabsetzung der Fleischpreise zu fordern.

Genehmigung folgender Petition an die Regierung: Die Regierung ist aufzufordern, mit Rücksicht auf die erhebliche Besserung der Vieh- und Fleischezufuhren ohne jeden weiteren Verzug Maßregeln zu ergreifen, durch welche die Preise für Fleisch mit der eingetretenen Besserung in Einklang gebracht werden.

Anregung des Gemeinderates Dr. v. Dorn, an die Regierung wegen Freigabe des Saccharin abermals heranzutreten.

Genehmigung einer Eingabe an die Regierung, mit welcher abermals die Freigabe des Saccharins gefordert wird.

Magistratsbericht über die Kohlenversorgung der Stadt Wien. (Zufuhren an Braunkohle nicht dem Bedarfe entsprechend. Erhöhung der Anforderung von Braunkohle für die Gemeinde Wien durch das Arbeitsministerium auf Lieferung von 80 Waggons täglich seitens der Bergwerksunternehmungen. Tatsächlicher Einlauf höchstens 37 Waggons täglich. Droffselung des Abfahes durch Herabsetzung der abgegebenen Menge und Einstellung des fuhrweisen Verkaufes. Ersuchen des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner an das Arbeitsministerium um Überlassung von täglich 150 Waggons Steinkohle aus dem Ostrau-Karwiner Reviere mit Rücksicht auf die Einstellung der Steinkohlenzufuhr aus Oberschlesien. Preiserhöhung in Aussicht.)

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß er Gesuche von verschiedenen Industrien um Bezug von Kohle aus den städtischen Gaswerken rundweg abgelehnt habe.

## 62. Obmänner-Konferenz vom 14. Dezember 1916.

Genehmigung der Erhöhung der Kriegsteuerzulage für die Angefaltten der Gemeinde Wien. (Vorlage des Magistrates.)

Anregung des Gemeinderates Dr. Hein, die Gemeinde solle bei Gewährung der Kriegsteuerzulage an die städtischen Angestellten auch die Pensionsbeiträge zur Zahlung übernehmen.

Anregung des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller, bei Gewährung der Kriegsteuerzulage für die städtischen Angestellten der Gemeinde Wien die Zulage in den unteren Rangsklassen proportionell höher zu bemessen wie in den oberen.

Anregung des Gemeinderates Schmid, daß bei Gewährung der Kriegszulage für die Angestellten der Gemeinde Wien die Personaleinkommensteuer nicht von der Gemeinde zur Zahlung übernommen werden soll, sondern daß im Interesse der sozialen Stellung des Beamten der Steuerbetrag zur Kriegszulage hinzugeschlagen und vom Beamten selbst entrichtet werden soll.

Anregung des Gemeinderates Dr. v. Dorn, pro futuro ein Gehaltsschema auszuarbeiten, nach welchem die notwendigsten Ausgaben eines Haushaltes mit dem Einkommen in Einklang gebracht werden.

### 63. Obmänner-Konferenz vom 28. Dezember 1916.

Genehmigung eines Übereinkommens mit der Deutschen Bank, betreffend Deckung des Mark-Bedarfes der Gemeinde Wien für die Einlösung der Zännerfälligkeiten.

Magistratsbericht über die Meholverzorgung der Stadt Wien. (Ansuchen der Gemeinde Wien an das Armeekorps-Obkommando am 7. Dezember um Zuweisung von 5000 Waggons Mehl oder Frucht aus der rumänischen Beute zur Verzorgung Wiens. Verordnung der Statthalterei, daß Schwerarbeiter ab 4. Dezember als Zusatzbezug nur „Brot“ erhalten, dagegen der bisher zugestandene Mehrbezug von 550 g Mehl pro Woche entfällt. Folge: größerer Brotmehl- und kleinerer Kochmehlbedarf. Mitteilung der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt, daß Brotmehlzuweisung von 110 auf 100 Waggons und Verschleißmehlzuweisung von 76 auf 66 Waggons pro Woche gekürzt wird. Einstellung der Hafermehlzuweisung. Erwägungen im Ernährungsamte über eventuelle vorübergehende Kürzung der Verschleißmehlquote. Standpunkt des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner: Kürzung nur im Falle der äußersten Not und unter Gewährung eines Ersatzes. Fallweise Verlautbarung über die Art der Honorierung der Mehlfarte durch Plakate in den Mehilvererschleißstellen. Bestreben der Gemeinde, bezüglich der Mehlsorte eine gleiche Behandlung der Konjumenten zu erreichen. Da die Zuweisungen der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt in 30 bis 40 kleinen Teilpartien erfolgen, ist dem städtischen Mehllamte eine gleichmäßige Zuweisung an die Mehlabgabestellen unmöglich.)

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die von ihm eingeleitete Schaffung einer Beratungsstelle für Krankenernährung, in welcher die Frage der Diätkost geregelt und durch ein Arztekollegium die vorgelegten Gesuche und Zeugnisse der Privatärzte überprüft werden.

Abstandnahme von der Bekanntgabe der der Gemeinde Wien aus den Ankäufen in Rumänien entstandenen Schadensansprüche (zirka 3-3 Millionen Kronen) gegen Rumänien an den Verband für wirtschaftliche Interessen in Rumänien und Genehmigung der seinerzeitigen Geltendmachung der Forderungen der Gemeinde Wien im Wege des Ministeriums des Außern.

Anregung des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller auf Ergreifung von Maßregeln seitens der Gemeinde Wien gegen die immer mehr zutage tretende Verwahrlosung der halbwüchigen Jugend.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über seine Absicht, ein Elaborat über Jugendfürsorge dem Gemeinderate vorzulegen.

Anregung des Gemeinderates Skaret, anlässlich der Erhöhung der Kriegsteuerungszulagen auch die Gnadengaben zu erhöhen.

Anregung des Gemeinderates Leitner auf Abgabe eines größeren Quantums Petroleum aus den Vorräten der Gemeinde an die Bevölkerung mit Rücksicht auf die herrschende Petroleumknappheit.

#### 64. Obmänner-Konferenz vom 4. Jänner 1917.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Beseitigung der Wien bedrohenden Hochwassergefahr.

Magistratsbericht über die Petroleumvorräte der Gemeinde Wien und ihre Verwendung. (Beschaffung von Petroleumvorräten im Sommer und Herbst 1916 über Auftrag des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner. Vorrat der Gemeinde 7500q. Normaler Bedarf im November und Dezember zirka 168, bzw. 210 Zisternen. Belieferung seitens der Petroleumzentrale betrug im November zirka 74, im Dezember 88 Zisternen. Normaler Wochenbedarf im Jänner zirka 50 Zisternen. Antrag: Verwendung der Vorräte in den Monaten Jänner, Februar und März 1916 zur Verminderung der Petroleumknappheit und Sicherstellung des städtischen Bedarfs aus den Vorräten der Gemeinde.)

Beschluß in Angelegenheit der Abgabe von Petroleum aus den Vorräten der Gemeinde Wien an die Bevölkerung: 1. Die von der Gemeinde angekauften Vorräte an Petroleum sind in den Monaten Jänner, Februar und März zur Minderung der Petroleumknappheit zu verwenden. Mit der Ausgabe von Petroleum ist jedoch zuzuwarten, bis die Entscheidung über die Frage der Rahonierung gefallen ist. 2. Die für den städtischen Bedarf nötige Menge an Petroleum ist aus den Vorräten sicherzustellen.

Genehmigung von Kriegsteuerungszulagen für die städtischen Angestellten einschließlich der Lehrpersonen, dann für Angestellte (Lehrpersonen) im Ruhestande, Witwen und Waisen. (Stadtratsbeschluß vom 4. Jänner 1917, Pr.-Z. 12060 ex 1916; siehe Amtsblatt Nr. 3 ex 1917, Seite 37 u. 38.)

Anregung des Gemeinderates Dr. Hein, anlässlich der Erhöhung der Kriegsteuerungszulagen der Angestellten der Gemeinde Wien, Pensionisten und Witwen zu berücksichtigen, in deren Haushalte unverförgte Kinder leben.

Anregung des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller, die Gemeinde solle eine Aktion unternehmen, die Abhilfe gegen die bei den Gerichten herrschende ungleiche Judikatur in Fällen der Preistreiberei schafft.

Mitteilung des Gemeinderates v. Steiner über den durch eine Krise im Ernährungsamte hervorgerufenen Stillstand in der Tätigkeit dieses Amtes.

Anregung des Gemeinderates Dr. Hein auf ein Ersuchen an den Ministerpräsidenten um Abhilfe gegen den durch eine Krise im Ernährungsamte hervorgerufenen Stillstand dieses Amtes unter Hinweis darauf, daß hiedurch die Approvisionierung Wiens beeinträchtigt werde.

#### 65. Obmänner-Konferenz vom 31. Jänner 1917.

Anregung des Gemeinderates Neumann, das Stadtphysikat möge der Verbreitung der „Krätze“ unter der Zivilbevölkerung sein Augenmerk zuwenden.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß in der nächsten Gemeinderatsitzung ein Referat über die Vornahme einer Wohnungszählung und über die Errichtung eines allgemeinen öffentlichen Nachweises für Wohnungen, Geschäftslokalitäten und Werkstätten erstattet werde.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über einen dem Statthalter vorgelegten Magistratsbericht, in dem auf die Notwendigkeit der Verordnung über den Mieterschutz für Wien hingewiesen wird.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die infolge von Verkehrsschwierigkeiten erfolgte Einstellung des Stellwagenbetriebes auf den Linien Stephansplatz—Altegasse—Süd- und Ostbahn, Stephansplatz—Mariahilferstraße—Westbahn sowie über die Einstellung des gesamten Nachtverkehrs bis 30. Jänner 1917.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Notwendigkeit, im Straßenbahnbetriebe mit Rücksicht auf die Betriebsunfähigkeit einer großen Anzahl von Motorwagen Einschränkungen vorzunehmen, und zwar: Auflassung von Haltestellen, früherer Betriebschluß, Verkürzung der Radiallinien und in letzter Linie die Auflassung einzelner Linien.

Anregung des Gemeinderates Dr. v. Dorn, den Radialverkehr der städtischen Straßenbahnen vom Ringverkehr abzutrennen.

Ansuchen des Gemeinderates Keumann, vor Einführung von Einschränkungen im Straßenbahnverkehr die Obmänner-Konferenz zu befragen.

Magistratsbericht über die Kartoffelversorgung der Stadt Wien. (Erschreckender Rückgang der Zufuhren. Ursache: Erschöpfung der der Gemeinde zugewiesenen Bezirke in Böhmen und Mähren. Zuweisung neuer Bezirke an die Gemeinde. Schwierigkeiten bei der Aufbringung der Kartoffeln in Galizien und Polen. Dringende Telegramme des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner an den Ministerpräsidenten und den Ernährungsminister. Zufuge der Regierung auf Lieferung von 40 Waggons täglich aus Böhmen und von 1300 Waggons aus Galizien. Bei Einhaltung dieses Programmes Möglichkeit, mit den Vorräten bis Ende März auszukommen. Eintritt des Frostes. Einlauf im Jänner 110 Waggons, d. i. durchschnittlich täglich  $3\frac{1}{2}$  Waggons, davon 69 Waggons erfroren. Notwendigkeit, die Mieten früher als beabsichtigt zu öffnen. Förderung von höchstens 12 bis 15 Waggons täglich infolge des Frostes. Eingemietet waren 1479 Waggons, entmietet wurden 670 Waggons, heutiger Lagerstand 808 Waggons. Vorrat reicht bis Ende Februar. Notwendigkeit der Reduzierung der Marktbeschickung und Einführung von drei „Brudentagen“, an denen keine Kartoffeln abgegeben werden. Abgabe von 85 Waggons per Woche auf die Märkte. Gesamteinlauf in der heurigen Periode 8492 Waggons gegenüber den von der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt bis Ende zugesicherten 12.000 Waggons. Ungünstige Gestaltung der Verhältnisse im Monate März, da die Zufuhren von Grüngemüsen beinahe ganz aufhören werden. Bemühungen der Gemeinde, durchzusetzen, daß in Galizien und Polen ein höherer Preis bezahlt werden dürfe, und die Bewilligung zu erlangen, direkte Einkäufer in die Produktionsgebiete entsenden zu dürfen.)

Magistratsbericht über den Ankauf von Bruden. (Sicherstellung von 500 Waggons Bruden im November 1916. Täglicher Verbrauch zirka 10 Waggons.)

Magistratsbericht über den Ankauf von Kraut und Rüben. (Ankauf von 173 Waggons Rohkraut und von 133 Waggons Sauerkraut; Ankauf von 120 Waggons ungarischer Wasserrüben.)

Anregung des Gemeinderates Skaret auf Abgabe von Hülsenfrüchten aus den Vorräten der Gemeinde im Falle einer Kürzung der Mehlration.

Beschlüsse in Angelegenheit der Kartoffelversorgung der Stadt Wien.

1. Die Regierung ist neuerlich aufzufordern, die Kartoffelzufuhren für die Gemeinde Wien aus Polen und Galizien zu forcieren,
2. die Regierung wird ersucht, zu gestatten, daß direkte Käufer der Gemeinde Wien in die Kartoffelproduktionsbiere entsendet werden dürfen,
3. die Regierung wird neuerlich aufgefordert, die Ausstellung von Transportbescheinigungen für Kartoffelstückerzeugnisse ehestens aufzuheben und
4. die Obmänner-Konferenz spricht sich mit aller Entschiedenheit gegen die Nichtthonorierung der Mehlskarte in irgend einem Zeitraume ihrer Gültigkeit aus.

Anregung des Gemeinderates Schmid, aus Bruckmehl Brot herzustellen.

Magistratsbericht über die Mehlerversorgung der Stadt Wien. (Reduktion der Brotmehlzuweisungen an die Gemeinde Wien von 140 auf 86 Waggon pro Woche. Schwieriges Stadium der Kochmehlerversorgung. Mitteilung der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt, daß sie nicht in der Lage sei, für die Woche vom 29. Jänner bis 3. Februar und vom 4. Februar bis 10. Februar der Gemeinde das Gleichmehl zuzuweisen. Notwendigkeit, den Verschleißmehlbedarf aus den Vorräten der Gemeinde zu decken. Dringendes Ersuchen des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner an den Ernährungsminister um Abhilfe.)

Magistratsbericht über die Einführung der Brotmahlung. (Anmeldungen der Parteien bei den Brotkommissionen erfolgt, amtliche Revision der Kundenlisten in den nächsten Wochen. Regelung der Voraussetzungen für die Brotmahlung seitens der Statthalterei, und zwar Festsetzung eines einheitlichen Brotes in Form von Laiben mit dem Gewichte von 84 dkg, Verbot der Herstellung von Wasserzwieback und Grahambrot, Bindung des Bezuges von Diätbrot an die Beibringung eines ärztlichen Zeugnisses.)

Magistratsbericht über die Kohlerversorgung der Stadt Wien. (Verslechterung der Braunkohlerzufuhr; Ursache: Witterungsverhältnisse, mangelhafte Verladung bei den Gruben und Transportschwierigkeiten. Derartiges Anwachsen der auf den städtischen Kohlerladeplätzen erschienenen Käufer [z. B. am Westbahnhof 6000 Personen], daß volle Befriedigung unmöglich. Einschränkung der Abgabe auf 50 kg. Lager auf dem Nordbahnhof 57.000 t, schlechtes Ergebnis der über Auftrag des Handelsministeriums bei den größeren Händlern außerhalb des Nordbahnhofes vorgenommenen Vorratserhebung, keine Vorräte. Enorme Steigerung des fuhrtenweisen Abjages auf den städtischen Kohlerlagerplätzen, das dreifache gegenüber dem Vorjahre. Größter Absatz eines Tages am Lager Westbahnhof 40 Waggon. Vermehrung der Verkaufsstände auf den Kohlerlagerplätzen.)

Anregung des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller auf Einführung einer Familienhaushaltungskarte mit Einbeziehung der Kohle.

Anregung des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller, vom Arbeitsministerium eine strenge Überwachung der Kohlerpreisbildung zu verlangen.

Anregung des Gemeinderates Dr. Hein auf Abtransport der Kohle in die äußeren Bezirke durch die städtische Straßenbahn.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß er für die Kohlerzufuhr 40 militärische Lastenautos beansprucht habe.

Beschlüsse in Angelegenheit der Kohlerversorgung der Stadt Wien:

1. Der Magistrat wird beauftragt, der Obmännerkonferenz einen Bericht über die eventuelle Einführung einer Kohlerkarte vorzulegen.
2. Die Obmännerkonferenz fordert vom Arbeitsministerium eine strenge Überwachung der Kohlerpreisbildung.
3. Die Obmännerkonferenz wird unter

Führung des Herrn Bürgermeisters Dr. Weiskirchner in den nächsten Tagen bei Seiner Excellenz dem Herrn Arbeitsminister in der Kohlenfrage vorstellig werden.

Magistratsbericht über die Eierversorgung der Stadt Wien. (Besserung der Zufuhren, gegenwärtiger Preis von 450 K per Kiste wird in der nächsten Woche herabgesetzt werden. Bezug von Eiern aus Galizien, aus Polen durch Einkauf seitens eines Vertrauensmannes der Gemeinde Wien in den ihr zugewiesenen drei Kreisen; günstigste Art des Einkaufes, Preis per Kiste 325 K, Detailpreis 25 h. Anlieferung aus Polen seit Mitte Juli 1916 3566 Kisten, Steigerung der Anlieferung ab März zu gewärtigen, Absicht der Gemeinde, ein großes Quantum dieser Eier zu konservieren, Möglichkeit der Konservierung von 40 Millionen Eiern in Wien. Keine ungarischen Eier nach Wien, da die Ausfuhr durch Transportbescheinigungen fast ganz unterbunden ist. Schaffung von Zentralstellen für das Eiergeschäft ungünstig. Einführung einer Eierkarte nicht empfehlenswert, höchstens Abgabe von Eiern auf Grund der Brotzugskarte bei Mangel.)

Mitteilung des Vize-Bürgermeisters Hierhammer, daß in der nächsten Gemeinderatssitzung ein Referat über die Erhöhung der staatlichen Unterhaltsbeiträge erstattet werde.

---

## 66. Obmänner-Konferenz vom 12. Februar 1917.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Notwendigkeit, mit Rücksicht auf die gegenwärtig herrschende große Kohlennot einschneidende Einschränkungen im Betriebe der städtischen Straßenbahnen vorzunehmen.

Bericht der Direktion der städtischen Elektrizitätswerke in Angelegenheit der durch die herrschende Kohlennot notwendig gewordenen Betriebs-einschränkung auf den städtischen Straßenbahnen. (Kohlenvorrat im August 1916 70.000 t; Belieferung bis zum September 1916 zufriedenstellend, Verminderung der Kohlenzufuhren infolge der Zerstörung der siebenbürgischen Bergwerke durch die Rumänen. Wiederholte Interventionen des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner und der Direktion der städtischen Elektrizitätswerke mit dem dringenden Ersuchen um Maßnahmen zur Hebung der Kohlenanlieferung beim Minister für öffentliche Arbeiten, beim Kriegsminister, beim königl. preußischen Kriegsamt [Kohlenausgleichsstelle Berlin], beim k. u. k. Armeekorps-Oberkommando und beim Inspektor der technischen Artillerie. Keine Besserung der Belieferung. Aufrechterhaltung des Betriebes nur dadurch möglich, daß vom Gaswerke ein Quantum von täglich 400 t Kohle entlehnt wurde. Betreibung des Ausbaues des Ebenfurther Kraftwerkes und der Einrichtung der dazugehörigen Braunkohlenbergbaue in Zillingdorf und Neufeld. Besürchtungen für die Kohlenanlieferung des Winters 1917/18. Ergebnis bei der Beleuchtung nicht möglich, nur bei der Stromabgabe bei der städtischen Straßenbahn und für motorische Zwecke. Ergebnis bei Sperrung sämtlicher Etablissements, Theater, Cafés, Varietés usw. 1 Waggon Kohle. Gegenwärtiger Vorrat des Elektrizitätswerkes nur mehr für 4 Tage. Antrag der Direktion: 1. Der Betrieb der städtischen Straßenbahnen ist in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags sowie nach halb 9 Uhr abends gänzlich einzustellen. 2. Der Bezug von elektrischer Energie für motorische Zwecke wird in der Zeit von 6 Uhr abends bis 7 Uhr früh untersagt. Ausgenommen von diesem letzteren Verbot sind jene elektrischen Anlagen, welche zum Betrieb des Telegraphen- und Telephondienstes, der Wasserleitungen, der Gaswerke und

der Heil- und Pflegeanstalten und Zeitungsdruckereien unbedingt notwendig sind, sowie die elektrischen Anlagen der Schlachthäuser und Markthallen, der Kühlanlagen, Bäckereien und Molkereien und jene Betriebe, welche ihrer Natur nach nicht unterbrochen werden dürfen, weil sonst ein Verderben des Rohstoffes oder des Produktes erfolgen würde. Tägliche Ersparnis durch diese beiden Maßnahmen 20 bis 24 Waggons Kohle.)

Bericht der Gaswerksdirektion in Angelegenheit der durch die herrschende Kohlennot notwendig gewordenen Betriebseinschränkungen auf den städtischen Straßenbahnen. (Kohlenvorrat der städtischen Gaswerke zirka 80.000 t. Befürchtung einer schlechteren Kohlenversorgung für den Winter 1917/18, Erklärung der Gaswerksdirektion, dem Elektrizitätswerke höchstens noch durch 10 bis 14 Tage mit Kohle auszuhelfen zu können.)

Bericht der Direktion der städtischen Straßenbahnen in Angelegenheit der durch die herrschende Kohlennot notwendig gewordenen Betriebseinschränkung der städtischen Straßenbahnen. (Stromersparnis der zur Schonung der Motoren bereits eingeführten Einschränkungen im Betriebe der städtischen Straßenbahn 10 bis 15%; wirkliche Ersparnis nur durch Einstellung des ganzen Verkehrs durch Stunden hindurch zu erzielen. Antrag, den Betrieb der städtischen Straßenbahnen in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags, sowie nach halb 9 Uhr abends gänzlich einzustellen, Einrichtung eines Rundverkehrs nach dieser Zeit zur Verbindung der Bollbahnhöfe bis 1/2 1 Uhr nachts nach Bedarf.)

Anregung des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller anlässlich der Einschränkungen im Straßenbahnbetriebe auf Schaffung eines Friedhofverkehrs.

Anregung des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller, die Ausgabe von Vorverkaufskarten für die städtischen Straßenbahnen zu popularisieren.

Anregung des Gemeinderates v. Steiner auf eine Vorstellung bei der Regierung, eventuell bei Seiner Majestät dem Kaiser, in Angelegenheit der durch die herrschende Kohlennot notwendig gewordenen Betriebseinschränkung auf den städtischen Straßenbahnen.

Anregung des Gemeinderates Schmid, mit Rücksicht auf die herrschende Kohlennot den Schulbetrieb zu reduzieren.

Antrag des Gemeinderates Reumann, anlässlich der geplanten Einschränkungen im Betriebe der städtischen Straßenbahnen einen Mittagverkehr von 2 Stunden zu belassen.

Antrag des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller auf Verschiebung der geplanten Verkehrseinschränkung im Betriebe der städtischen Straßenbahnen um 2 bis 3 Tage.

Kenntnisnahme eines Erlasses der k. k. u.-ö. Statthalterei vom 10. Februar 1917 an das Präsidium der k. k. Polizeidirektion, mit welchem angeordnet wird: 1. Schluß der Theatervorstellungen um 9 Uhr abends. 2. Unterjagung der Veranstaltung von Konzerten. 3. Sofortige Einstellung des Betriebes der Kinos und aller Tanz- und Vergnügungsortlichkeiten, Sperrung der Nebenräume in Gast- und Schankgewerben, wie Spielzimmer, Kegelbahn, Klubzimmer usw. Erhebung der Kohlenvorräte in den Theatern, Kinos usw.

Umgangnahme von einer Beschlusfassung in Angelegenheit der Durchführung von Einschränkungen im Betriebe der städtischen Straßenbahnen.

---

## 67. Obmänner-Konferenz vom 14. Februar 1917.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Audienz der Obmänner der Gemeinderatsparteien beim Arbeitsminister am

13. Februar 1917 in Angelegenheit des Gemeinderatsbeschlusses vom 12. Februar 1917, Pr.-Z. 1748, betreffend die Einstellung des Straßenbahnverkehrs zwischen 9 Uhr vormittags und 5 Uhr abends. (Vorsprache der Obmänner gemeinschaftlich mit dem Arbeitsminister beim Kriegsminister, Auftrag des Kriegsministers, daß den Elektrizitätswerken ein entsprechendes Kohlenquantum zugeschoben werden müsse. Mitteilung des Arbeitsministers, daß sich der Ministerrat mit der Angelegenheit beschäftigt hat und daß der Gemeinde das verlangte Kohlenquantum zugeschoben werde. (1180 t täglich.)

Kenntnisnahme eines Erlasses des Ministeriums für öffentliche Arbeiten, nach welchem die städtischen Elektrizitätswerke in die erste Gruppe der bevorzugten Kohlenbezieher eingereiht werden.

Anregung des Gemeinderates Neumann, in der verkehrsstärkeren Zeit, insbesondere zur Mittagszeit, bei den städtischen Straßenbahnen eine Verkürzung der Intervalle einzuführen.

Beschluß in Angelegenheit der durch die Kohlennot notwendig gewordenen Einschränkungen auf den städtischen Straßenbahnen: Der Vollzug des Beschlusses des Wiener Gemeinderates, betreffend die Betriebseinstellung auf der städtischen Straßenbahn in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags wird bis auf weiteres aufgeschoben und dem Gemeinderat in der nächsten Sitzung ein diesbezüglicher Bericht zur genehmigenden Kenntnisnahme vorgelegt. Der frühere Betriebschluß um halb 9 Uhr abends bleibt aufrecht. Ebenso wird die Direktion der städtischen Straßenbahnen ermächtigt, in der verkehrsschwachen Zeit größere Intervalle einzuführen.

Bericht der Bauamtsdirektion über die Vermehrung der Kohlenverkaufsplätze der Gemeinde Wien. (Vermehrung der Kohlenverkaufsplätze über Verfügung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner. Betrieb von 10 Kohlenverkaufsplätzen.)

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Kartoffelversorgung der Stadt Wien. (Unverändert schlechte Zufuhren. Vorrat in den Mieten noch 600 Waggons, seit Wochen keine Kartoffelzuschübe eingelangt. Notwendigkeit, die Vorräte der Gemeinde aus den Mieten auf den Markt zu geben. Erschöpfung der Vorräte in einem Monat, wenn täglich nur 20 Waggons aus den Mieten auf den Markt gebracht werden.)

Genehmigung der Abgabe der Kartoffelvorräte der Gemeinde Wien aus den Mieten an die Bevölkerung.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über den Beginn der Ausgabe der Sauertrautvorräte der Gemeinde Wien an die Bevölkerung.

Beschwerde des Gemeinderates Leitner über den Preis des in Wien zum Verkaufe gelangenden Sauertrautes.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß er gegen die strenge Zensurierung des Berichtes der Rathaus-Korrespondenz über die Gemeinderatsitzung vom 12. Februar 1917 bei der Regierung Vorstellung erheben werde.

## 68. Obmänner-Konferenz vom 20. Februar 1917.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Kohlenversorgung der städtischen Elektrizitätswerke. (Geringer Kohleneinlauf

macht es noch immer notwendig, daß die Gaswerke den Elektrizitätswerken Kohle überweisen. Dringende Telegramme an den Ministerpräsidenten. Rücknahme der Ersparungsmaßnahmen derzeit ausgeschlossen.)

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Kündigung der 100 Millionen Kronen-Kassenscheine vom Jahre 1916 und über die Aufnahme einer amortisablen Schuld von 250 Millionen Kronen. (Siehe Nr. 17 und 18 des Amtsblattes der Stadt Wien vom Jahre 1917.)

Beschwerde des Gemeinderates Reumann, daß die durch die Brotbezugskarte festgesetzte Wochenbrotmenge in zerteiltem Zustande abgegeben wird, wodurch die Käufer zu Schaden kommen.

Anregung des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller auf Ergreifung von Maßnahmen bezüglich einer gerechten Verteilung von Lebensmitteln.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Absicht des Ernährungsamtes, eine Volkswurst (Fleisch- und Blutwurst) zu erzeugen und an die minderbemittelte Bevölkerung zum Preise von 6 K, beziehungsweise 2 K pro Kilogramm abzugeben.

Magistratsbericht über die Durchführung der Milchrationierung. (Milchrationierung schwieriger als Mehl- und Brotrationierung, da die Belieferung der Abgabestellen mit einer bestimmten Menge nicht von einer Zentralstelle erfolgen kann. Geringe Milchproduktion in Wien. 90% der Milch kommt von auswärts. Glatte Abwicklung des Milchverkaufes am 1. Tage der Rationierung, trotzdem dieser Tag der schwächste Milch-anlieferungsstag des heurigen Winters war (350.000 l).)

Magistratsbericht über die Durchführung der Brotrationierung. (Klageloses Funktionieren der Rationierung. Kleine Mängel sind auf innere Schwierigkeiten in den Verkaufsstellen zurückzuführen. Erforderliche Brotmehlquantität für Wien zirka 225 bis 300 Waggons pro Woche, auf die Brotkarten entfallen zirka 206 Waggons, der Rest auf die Abgabe von Brot ohne Brotmarken in den Auspeisestellen, Bahnhofrestaurationen, Schlafwagengejellschaft usw.)

Magistratsbericht über die Mehlversorgung der Stadt Wien. (Versorgung von heute auf morgen. Reserven der Gemeinde erschöpft. Niederösterreichische Bestände aufgebraucht. Anlieferung von 315 Waggons Roggenmehl aus Deutschland. Verkürzung der Mehlration in der nächsten Woche um die Hälfte. Hoffnung der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt auf Besserung anfangs März, da zu diesem Zeitpunkte schon genügend Mehlmengen in Rumänien bereitliegen werden, um den Donauweg zu benutzen.)

Magistratsbericht über die Kartoffelversorgung der Stadt Wien. (Seit 14 Tagen keine Kartoffeln eingelangt, bloß ein Waggon Bruden. Versorgung der Wiener Märkte mit Kartoffeln ausschließlich aus den Mieten. Geringe Förderung aus den Mieten infolge des Frostes. Auflassung der Brudentage infolge mangels an diesem Gemüse und Ausgabe von Kartoffeln an Stelle derselben. Aussichten bezüglich der Kartoffelbeschaffung sehr ungünstig. Böhmen und Mähren erschöpft. Aus Galizien und Polen 12.000 Waggons Kartoffeln zu erwarten, wovon 9000 als Saatgut angefordert und 3000 für den Konsum bestimmt sind. Vorrat der Mieten zirka 500 Waggons, reicht bis Mitte März, jedoch nur zur Versorgung der Märkte. Einwendungen der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt gegen die Forderung der Gemeinde, durch eigene Einkäufer in den Kartoffelproduktionsgebieten sich versorgen zu dürfen.)

Magistratsbericht über den Ankauf von Bruden. (Bestellung von 500 Waggons im November 1916, 400 Waggons eingelangt. Neuerliche Bestellung von 500 Waggons Bruden.)

## 69. Obmänner-Konferenz vom 6. März 1917.

Bericht der Gaswerksdirektion über die Kohlenversorgung der städtischen Gaswerke. (Die Gaswerke Simmering und Leopoldau sind bis an die äußerste Grenze ihrer Leistungsfähigkeit beansprucht; Ausbau der Werke derzeit ausgeschlossen; unbedingte Verhinderung der weiteren Ausdehnung der Raumheizung mit Gas bis auf weiteres notwendig. Erwirkung einer Verordnung, die den Anschluß von Gasheizkörpern verbietet; dieses Verbot sei auch durch den Stand der Kohlenversorgung bedingt. Kohlenversorgung der Gaswerke bis November 1917 sichergestellt. Weitere Sicherstellung müsse durch Neuankauf von 120.000 t Kohle erfolgen. Antrag: 1. Erwirkung einer Verordnung, die den Anschluß neuer Gasheizkörper verbietet. 2. Zukauf von 120.000 t Kohle im heurigen Jahre im Anforderungswege.)

Einmütige Genehmigung folgender Anträge der Direktion der städtischen Gaswerke: 1. Erwirkung einer Verordnung, die den Anschluß neuer Gasheizkörper im Versorgungsgebiete der städtischen Gaswerke verbietet. 2. Im Anforderungswege durchzuführender Ankauf von 120.000 t bis Ende des Jahres 1917 zu liefernder Gaskohle.)

Magistratsbericht über die Kohlenversorgung der Stadt Wien. (Keine wesentliche Änderung, da in den Zufuhrverhältnissen keine wesentliche Besserung eingetreten ist. Absicht des Arbeitsministeriums, durch Anforderung von Kohle zugunsten der Gemeinde Wien täglich 1000 t Steinkohle durch 3 Wochen nach Wien zu bringen. Übernahme der Verteilung der Kohle auf die einzelnen Kutschenbesitzer durch die Gemeinde Wien, wesentliche Verbesserung der Versorgung der für den städtischen Kohlenverkauf angeforderten Kohle. Verfügung der Nordbahndirektion, die Kohlenabgabe an die Vorweisung des Brotbezugscheines zu binden.)

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß in der Belieferung der städtischen Elektrizitätswerke mit Kohle eine Besserung eingetreten sei. (Vorrat für eine Woche.)

Erklärung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß die Aufhebung der Einschränkungen im Straßenbahnbetriebe und der elektrischen Beleuchtung erst dann erfolge, bis die städtischen Elektrizitätswerke einen Kohlenvorrat von 4 Wochen besitzen.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß er neuerlich bei der Statthalterei dahin vorstellig werden wird, daß sich staatliche Ämter rechtzeitig mit Kohle versorgen.

Anregung des Gemeinderates v. Steiner, der Magistrat wolle der sprunghaften Erhöhung der Holzpreise sein Augenmerk zuwenden.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Holzvorräte der Gemeinde. (Versorgung der Gemeinde mit Holz für das nächste Jahr sichergestellt; Zurückhaltung der Holzvorräte für den äußersten Notfall, eventuell zur Aufrechterhaltung der Bäckereibetriebe.)

Beschluß, im nächsten Winter eine möglichste Dezentralisation der Kohlenabgabe durchzuführen.

Magistratsbericht über die Kartoffelversorgung. (Einlauf seit 20. Februar 7 Waggon; Vorrat der Miete Schwechat nur mehr für 8 Tage. Inaussichtnahme der Einführung einer Kartoffelkarte seitens des Volksernährungsamtes. Eingabe an das Volksernährungsamt, betreffend die Einführung einer Kartoffelkarte.)

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß er den Ministerpräsidenten auf die Erschöpfung der Kartoffelvorräte in den Mieten aufmerksam gemacht habe und daß der Ernährungsminister durch tägliche Rapporte über den Stand Kartoffelvorräte informiert sei.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über den Ankauf von Zuckerrüben als Ersatz für Kartoffel.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß er dem Ernährungsminister den Vorschlag unterbreiten werde, zur Förderung der Kartoffelversorgung der Stadt Wien eine dreiwöchentliche Amnestie für Verheimlichung von Kartoffelvorräten zu erlassen.

Anregung des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller, durch Vermittlung des Ernährungsministers Hülsenfrüchte aus Ungarn zu erlangen.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über sein an den Bürgermeister von Budapest gerichtetes Ersuchen um Überlassung von Bohnen. (Vergeblich, da Ausfuhrverbot.)

Magistratsbericht über die Vorräte an Kraut. (150 Waggons.)

Magistratsbericht über die Sicherstellung von Saatkartoffeln. (Anforderung von 440 Waggons deutscher Herkunft und von 120 Waggons österreichischer Herkunft.)

Genehmigung einer Eingabe an das Ernährungsamt, betreffend die Einföhrung einer Kartoffelkarte.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die beim Ministerpräsidenten stattgehabte Besprechung in Angelegenheit der von der Regierung geplanten Hilfsaktion zur Erleichterung der Lebensföhrung der mindestbemittelten Volksschichten.

Magistratsbericht über die Ausspeiseaktion der Gemeinde Wien. (Gegenwärtig 80.000 Portionen; 131 unentgeltliche Ausspeisestellen, 34 Volksküchen, Suppen- und Teeanstalten und 35 Kriegsküchen. Materiale für 15 weitere neue Kriegsküchen sichergestellt. Gegenwärtig also 200 Auspeisestellen, die täglich zirka 150.000 Menschen eine Mahlzeit verabfolgen.)

Genehmigung folgender der Regierung in Angelegenheit der geplanten Hilfsaktion zur Erleichterung der Lebensföhrung der mindestbemittelten Volksschichten zu unterbreitender Vorschläge. (Überreichung derselben durch eine Deputation der Obmänner-Konferenz beim Ministerpräsidenten und beim Ernährungsminister Höfer.) 1. Ist die geplante Aktion als provisorische Maßnahme gedacht, die sofort in Kraft tritt, spricht sich die Obmänner-Konferenz für die Verwendung des für Wien bestimmten Betrages, beziehungsweise Fleisches für die öffentliche, unentgeltliche Auspeisung und die Kriegsküchen unter Ausgestaltung beider Einrichtungen nach Maßgabe der Möglichkeit aus. 2. Ist die geplante Aktion als definitive gedacht, spricht sich die Obmänner-Konferenz unter Festhaltung an dem Linzer Muster für die Festlegung der oberen Einkommensgrenze mit 6000 K aus. Gleichzeitig wird auf die Schwierigkeiten der Durchführung, auf das Erfordernis an Geld und Vieh hingewiesen. Für die notwendigen Erhebungen wird ein Zeitraum von 14 Tagen gefordert. 3. Die Obmänner-Konferenz ersucht um Bekanntgabe der auf Wien entfallenden Quote an Geld und Vieh. Die Verwendung wäre der Gemeinde zu überlassen.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über das von der Regierung bereitgestellte Saccharinquantum. (Der vorhandene Saccharinvorrat entspricht einem Quantum von 150.000 q Zucker.)

Magistratsbericht über die Durchführung der Brottrahonierung. (Beginn 18. Februar 1917. Erfordernis an Brotmehl zirka 227 Waggons wöchentlich. Erfahrungen mit der Brottrahonierung in jeder Hinsicht zufriedenstellend. Störungen sind nicht auf das System der Brottrahonierung zurückzuführen, sondern auf die Mehllieferungen durch die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt.

Magistratsbericht über die Mehlerverforgung. (Zuweisungen durch die Kriegsgetreide-Berkehrsanstalt von einem Tag auf den andern. Referve der Gemeinde seit Jahresfrist erschöpft und Bemühungen, eine neue Referve anzulegen, vergeblich. Verkürzung der Mehration über Auftrag des Volksernährungsamtes auf ein Viertelkilogramm pro Kopf in der Woche vom 25. Februar bis 3. März 1917. Größe der Erparung infolge der mit Verordnung vom 22. Februar 1917 eingeführten Abgabe von halben Mehlab schnitten bei Verabreichung von Mehlspeisen vorläufig nicht feststellbar. Kürzung des freien Mehfontingentes der Gastwirte seitens der Statthalterei von 6 Waggons auf 3 Waggons.)

Magistratsbericht über den Ankauf von Kondensmilch. (Beginn des Ankaufes von Kondensmilch Mitte 1915. Allgemeine Ausgabe von Kondensmilch auf Grund der Mehlsbezugskarte vor Weihnachten 1916. Fortsetzung des Einkaufes gehindert durch eine Verordnung des Ernährungsamtes, die den Import der Milch der „Dezeg“ übertrug. Offert der Zentraleinkaufsgesellschaft auf Ankauf von 15 Waggons dänischer Milch, 11 = K 4.08.)

Genehmigung des Ankaufes von 15 Waggons dänischer Milch zum Preise von K 4.08 per Liter. (Abgabe an Sanatorien, Apotheken usw.)

Ablehnung des Offertes der Firma A. Neumann auf Ankauf von Stoffen aus Holland mit Rücksicht auf die mindere Qualität, die enorme Höhe des holländischen Kurses und das große Risiko der Gemeinde. (Kaufpreis zirka 12 Millionen Kronen.)

## 70. Obmänner-Konferenz vom 23. März 1917.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Erhöhung der Unterhaltsbeiträge für Wien. (Für Erwachsene um 25%, d. i. von K 1.32 auf K 1.65 und für Kinder unter 8 Jahren auf K 1.32.)

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Forderung des Ernährungsministers nach vorläufiger Regelung der Kartoffelabgabe bis zur Einführung der Kartoffelkarte, und zwar bereits für die nächste Woche (ab 26. März 1917).

Kenntnisnahme eines Magistratsberichtes über die Regelung der Kartoffelabgabe mit Rücksicht auf die Forderung des Ernährungsministers nach vorläufiger Regelung der Kartoffelabgabe bis zur Einführung der Kartoffelkarte (ab 26. März 1917) Vorweisung der Mehlsbezugskarte. Heranziehung der Lagerbestände der Gemeinde. Festsetzung der Kopfquote pro Woche mit  $\frac{1}{2}$  kg mit Rücksicht auf die geringen Lagerbestände. Wochenbedarf hiefür 105 Waggons. Vorteil: Hintanhaltung des Hamsterns, Vermeidung der Anstellungen. Nachteil: Beunruhigung der Bevölkerung infolge der geringen Quote; bedenklich das Fehlen anderer Lebensmittel als Ersatz für Kartoffel. Errichtung von 218 Abgabestellen für die 525.000 Haushaltungen. Abgabe an die Bevölkerung nach Buchstaben. Mitwirkung von Polizeiorganen bei der Ausgabe.)

Kenntnisnahme einer Zuschrift des k. k. Amtes für Volksernährung vom 21. März 1917. (Verkürzung der Verschleißmehlquote unbedingte Notwendigkeit. Erwartung einer Besserung in den Zuschüben, die Kürzungen ausschließt.)

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über zahlreiche an ihn gerichtete Zuschriften mit der Forderung nach Einführung der Kartoffelkarte.

Mitteilung des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller, daß er der Gemeinde Heringe zur Verfügung stellen könne.

Mitteilung des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller, daß er der Gemeinde Mazzes zur Verarbeitung für die öffentliche Auspeisung zur Verfügung stellen könne.

Annahme des Anerbietens des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller, der Gemeinde Heringe zur Verfügung zu stellen.

Annahme des Anerbietens des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller, der Gemeinde Mazzes zur Verarbeitung für die öffentliche Auspeisung zur Verfügung zu stellen.

Anregung des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller, die Kartoffelausgabe in der Zeit der größten Not auf die minderbemittelte Bevölkerung im weiteren Sinne zu beschränken.

Anregung des Gemeinderates v. Steiner, eine Besichtigung der für den Kartoffelanbau in Betracht kommenden Gründe an der Peripherie Wiens durch den Magistrat durchführen zu lassen.

Beschluß in Angelegenheit der Forderung des Ernährungsministers nach vorläufiger Regelung der Kartoffelabgabe bis zur Einführung der Kartoffelkarte (ab 26. März 1917): Die Obmänner-Konferenz stimmt unter dem Drucke und Zwange der Verhältnisse der Abgabe von  $\frac{1}{2}$  kg Kartoffel pro Kopf und Woche gegen Vorweisung der Mehlsbezugskarte und Kennzeichnung einer Nummer derselben in der nächsten Woche (ab 26. März 1917) unter der Annahme zu, daß das k. k. Ernährungsamt die Zustreifung von Bruden forcire und der Gemeinde Wien 20 Waggons Hirse und irgend eine Gattung von Speiserüben oder Gemüse zur Verfügung stelle.

Mitteilung des Bürgermeisters über seine Befürchtung, daß nach Einführung der Kartoffelkarte die Anstellungen um Bruden beginnen werden.

Mitteilung des Vize-Bürgermeisters Rain, daß über Verfügung des Ernährungsamtes Eierlieferungen aus Oberösterreich nicht mehr an die Stadt Wien erfolgen dürfen, sondern daß sie der „Dezeg“ abzuführen sind.

Beschwerde des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller über die Revisionen nach Lebensmitteln in den Privathaushaltungen.

Ersuchen des Gemeinderates v. Steiner an den Vertreter des Ernährungsamtes, dem Bürgermeister das Statut der „Dezeg“ zur Verfügung zu stellen.

Kenntnisnahme eines Magistratsberichtes über die Kaffeeversorgung. (Erfolg der Vorstellung der Gemeinde gegen die Abicht des Ernährungsamtes, die Kaffeevorräte der Gemeinde zur Erzeugung eines Kaffee-surrogates für ganz Osterreich heranzuziehen. Ermächtigung der Gemeinde seitens der Regierung, aus ihren Kaffeevorräten bis Mitte April vorläufig an die Bevölkerung abgeben zu dürfen. Bedarf eines Monats 2083 Säcke, d. i. 125.000 kg Kaffee. Abgabe durch die Kaffeezentrale.)

Beschluß in Angelegenheit der Kaffeeabgabe aus den Borräten der Gemeinde im April 1917: Die Abgabe eines Quantums von rund 2000 Säcken Kaffee aus den Borräten der Gemeinde an die Bevölkerung in der Zeit bis Mitte April wird genehmigt und hiefür die Verwendung der Stämme der Zuckerkarten für April festgesetzt. Die etwa noch vorhandenen Kaffeearten der vergangenen Periode sind für ungültig zu erklären.

Genehmigung der Vergebung von Lieferungen für die Herstellung einer mechanischen Flazbefohlungsanlage der Übernahmzentrale Ebenfurth. (Stadtratsbeschluß vom 23. März 1917.)

Genehmigung der Vergebung der Transformatorenlieferung für die Fernleitung Ebenfurth-Wien. (Stadtratsbeschluß vom 23. März 1917.)

Genehmigung des Ankaufes von 12 Freischürfen in den Gemeinden Ebenfurth und Landegg. (Stadttratsbeschuß vom 23. März 1917.)

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über den Kohlenvorrat der städtischen Gaswerke (50.329 t).

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über den Kohlenvorrat der städtischen Elektrizitätswerke (11.932 t).

Kenntnisnahme eines Magistratsberichtes über die Einführung der Petroleumkarte. (Beginn 4. Februar 1917. Vertrauung von 621 bestehenden Geschäftsleuten mit der Abgabe. Ausstellung der Karten auf die zu beleuchtende Räumlichkeit, tadelloses Funktionieren der Bezugsregelung, Verschwinden des Anstellens. Allgemeine Befriedigung.)

---

## 71. Obmänner-Konferenz vom 29. März 1917.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über seine Absicht, mit Rücksicht auf die Besserung der Kohlenzufuhr für die städtischen Elektrizitätswerke die Betriebszeit der städtischen Straßenbahnen ab 1. April auf 10 Uhr abends und ab 1. Mai l. J. auf 11 Uhr abends zu verlängern.

Bericht der Direktion der städtischen Elektrizitätswerke in Angelegenheit der Verlängerung der Betriebszeit der städtischen Straßenbahnen. (Besserung der Kohlenzufuhr für das städtische Elektrizitätswerk. Kohlenvorrat 12.000 t. Ersparnis von monatlich 500 Waggon Kohle durch die Stromlieferung des Ebenfurther Kraftwerkes. Erzeugung desselben gegenwärtig pro Tag 140.000 Kilowattstunden. Keine Einwendung gegen die Verlängerung.)

Bericht der Direktion der städtischen Straßenbahnen in Angelegenheit der Verlängerung der Betriebszeit der städtischen Straßenbahnen. (Zustimmung zur beabsichtigten Verlängerung des Straßenbahnbetriebes auf 10 Uhr abends ab 1. April 1917 unter Aufrechterhaltung der üblichen Einschränkungen.)

Beschluß in Angelegenheit der Verlängerung der Betriebszeit der städtischen Straßenbahnen. (Die Betriebszeit der städtischen Straßenbahnen wird ab 1. April l. J. von ½9 Uhr abends auf 10 Uhr abends ausgedehnt und der Herr Bürgermeister ermächtigt, diesen Beschluß gegen nachträgliche Genehmigung durch den Gemeinderat durchzuführen. Ab 1. Mai 1917 wird der Betriebschluß der städtischen Straßenbahnen mit 11 Uhr nachts festgesetzt. Letzterer Beschluß wird in einer nach Ostern einzuberufenden Gemeinderatsitzung zur Beratung und Beschlußfassung gestellt.)

Anregung des Gemeinderates Skaret, anlässlich der Verlängerung der Betriebszeit der städtischen Straßenbahnen bis 10 Uhr abends über diesen Zeitpunkt hinaus in größeren Intervallen den Betrieb der zur Peripherie führenden Linien aufrecht zu erhalten.

Anregung des Gemeinderates Skaret, die Linie „18“ und „118“ der städtischen Straßenbahn zu verdichten.

Anregung des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller, die Vorverkaufskarten der städtischen Straßenbahnen zu propagieren.

Anregung des Gemeinderates v. Steiner, an Sonn- und Feiertagen bei Eintritt von Regenwetter um die Mittagsstunde die Dirigierung von direkten Zügen der städtischen Straßenbahnen nach allen Richtungen aufzuheben.

Anregung des Gemeinderates Dr. Hein, der Herr Bürgermeister möge eine Abänderung der bestehenden Einschränkungen bezüglich der Beleuchtung erwirken, da durch dieselben das Vereins- und Versammlungsleben illusorisch gemacht wird.

Anregung des Vize-Bürgermeisters Rain, der Herr Bürgermeister möge eine Abänderung der bestehenden Einschränkungen bezüglich der Beleuchtung, mit Rücksicht auf die Verhältnisse im Gast- und Kaffeehausgewerbe erwirken.

Kenntnisnahme eines Erlasses der niederösterreichischen Statthalterei vom 23. März 1917, betreffend den äußeren Ernährungsdienst, Organisation von Behörden und Aufstellung von Wirtschaftsräten. (Ausbau der den Ernährungsdienst regelnden Organisation. Errichtung von Bezirkswirtschaftsämtern (BWA.) bei jeder politischen Bezirksbehörde. Direktes Einberufen zwischen dem Bezirkswirtschaftsreferate und dem Landeswirtschaftsamt (LWA.). Errichtung eines Gemeindevirtschaftsamtes oder Bestellung eines Gemeindevirtschaftskommissärs bei den Gemeinden. Daneben Errichtung von Gemeindevirtschaftsräten (GWR.), Bezirkswirtschaftsräten (BWR.) und Landeswirtschaftsräten (LWR.). Dem Wirtschaftsreferenten (BWA.) der politischen Behörde ist ein Bezirkswirtschaftsrat (BWR.) beizugeben und dem Landeswirtschaftsamte ein Landeswirtschaftsrat (LWR.).)

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß dem Erlasse der k. k. niederösterreichischen Statthalterei vom 23. März l. J., betreffend den äußeren Ernährungsdienst seitens der Gemeinde durch die Einrichtung der 6 Lebensmittelstellen des Magistrates unter der Oberleitung des Magistratsdirektors Rechnung getragen wurde und dieser von nun an als Bezirkswirtschaftsamt fungieren werde. (Vorschlag des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, die Obmänner-Konferenz als Bezirkswirtschaftsrat zu konstituieren.)

Anregung des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller, die Verordnung des Gesamtministeriums vom 24. März 1917, betreffend die Versorgung der Bevölkerung mit Bedarfsgegenständen, auf die Tagesordnung der Obmänner-Konferenz zu setzen.

Beschwerde des Gemeinderates v. Steiner über die Nichteinhaltung der Höchstpreise für Schinken.

Anregung des Gemeinderates v. Steiner auf Stellungnahme des Wiener Gemeinderates zur Gebatung und zu den Bilanzen der Großbanken.

Genehmigung der Errichtung einer städtischen Gemüsetrocknerei im Gebäude der städtischen Kartoffeltrocknungsanstalt, XIII., Hütteldorferstraße 142, Kosten zirka 240.000 K.

Anregung des Gemeinderates v. Steiner, den Magistrat zu beauftragen, auf die Bevölkerung in der Richtung belehrend einzuwirken, daß Trockengemüse in jedem Privathaushalte leicht hergestellt werden können.

Anregung des Gemeinderates Skaret, der Herr Bürgermeister wolle auf einen allmählichen Abbau der Gemüsepreise hinwirken.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über ein Anbot des Bundes deutscher Bauern in Ungarn auf Lieferung von 1000 Waggons Frühkartoffeln. (Entsendung des Magistratsreferenten nach Ungarn zur Erwirkung der Ausfuhrbewilligung.)

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über den Erfolg der provisorischen Kartoffelabgabe auf Grund der Mehlbezugstarre, ½ kg pro Kopf und Woche. (Besorgnisse unbegründet. Befriedigung.)

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß er mit Rücksicht auf das Sinken der Kohlenvorräte der städtischen Gaswerke beim Arbeitsminister 120.000 t Gas Kohle angefordert habe.

Genehmigung eines Zuschußkredites von 220.000 K zur Rubrik IV 18 d Instandhaltung und Betriebskosten der städtischen Dienstkraftwagen. (Stadttratsbeschuß vom 29. März 1917, Pr.-Z. 2683.)

Genehmigung der Bestellung von 80 Anhängelastwagen für die städtischen Straßenbahnen zum Preise von 7500 K per Stück. (Stadttratsbeschuß vom 29. März 1917, Pr.-Z. 3033.)

Genehmigung der Bestellung von 2 Dampfkesseln für die Zentrale Engerthstraße der städtischen Elektrizitätswerke zum Preise von 148.740 K. (Stadttratsbeschuß vom 29. März 1917, Pr.-Z. 3304.)

Genehmigung der Vergabung von elektrischen Einrichtungen für Anhängewagen der städtischen Straßenbahnen, Gesamtkosten 70.798 K. (Stadttratsbeschuß vom 29. März 1917, Pr. Z. 3109.)

## 72. Obmänner-Konferenz vom 11. April 1917.

Kenntnisnahme des in der Sitzung des Zentralausschusses vom 16. März 1917 genehmigten Rechnungsabschlusses der Zentralstelle für das 2. Halbjahr 1916. (Einnahmen 60,178.551 K 63 h, Ausgaben 57,017.163 K 38 h.)

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß er abermals an die Regierung über den Wunsch der Obmänner-Konferenz nach Erlassung einer Verordnung, die den Impfwang einführt, berichten werde.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß der Kohlenvorrat des städtischen Gaswerkes seit Februar 1917 von 64.000 t auf 34.000 t gesunken ist.

Bericht der Gaswerksdirektion über die Versorgung der städtischen Gaswerke mit Kohle. (Verzögerung der Erledigung des Ansuchens der Gemeinde betreffend Anforderung von 120.000 t Kohle. Intervention des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner beim Minister für öffentliche Arbeiten unter Hinweis auf die bedrohliche Lage der Kohlenversorgung der städtischen Gaswerke. Mündliche und schriftliche Vorstellungen der Direktion an das Kriegsministerium, unter Hinweis auf die mit einer Einschränkung der Gas-erzeugung für die Landesverteidigung verbundenen Folgen und Ersuchen, 1. an zuständiger Stelle in Berlin die Erfüllung der Kohleneschlüsse der städtischen Gaswerke mit den obererschleisischen Firmen zu erwirken, 2. den Einfluß des Kriegsministeriums auf die Ostrau-Karwiner Kohlenkonvention wegen Kohlenbelieferung der städtischen Gaswerke geltend zu machen und 3. zu verfügen, daß für die im Anforderungswege von den städtischen Gaswerken anzukaufenden 120.000 t Kohle den Ostrau-Karwiner Gruben die nötigen Waggons beige stellt werden. Trotz günstigen Erfolges dieser Schritte besteht die Notwendigkeit der Einschränkung der Gasabgabe im kommenden Winter, und zwar durch ein Verbot auf die Verwendung von Gas zur Raumheizung. Stand der Kohlenversorgung und wahrscheinlich geringere Leistungsfähigkeit der Werkanlagen erfordern rechtzeitige Vorkehrungen, die ein Sinken des Gasverbrauches im Winter 1917/18 unter dem des Winters 1916/17 bewirken. Anträge: Erwirkung eines Verbotes der Verwendung des Gases zur Raumheizung im Winter 1917/18 und

Sicherstellung der Lieferung der bei den Ostrau-Karwiner Gewerken geschlossenen Kohlen durch Anforderung im Wege des Arbeitsministeriums.

Kenntnisnahme eines Erlasses der k. k. Statthalterei vom 10. April 1917, in welchem mitgeteilt wird, daß bei der Straßenbeleuchtung auch während des Sommers nicht über das aus Sicherheitsgründen unbedingt notwendige Ausmaß hinausgegangen werden soll.

Erfuchen des Gemeinderates Reumann, die Beschlußfassung über den Antrag der Gaswerksdirektion auf Erwirkung eines Verbotes der Raumheizung mit Gas auf 8 Tage zu verschieben.

Anregung des Vize-Bürgermeisters Rain, die Einschränkung der Beleuchtung von Wohnräumen und Stiegenhäusern mit Gas, sowie die Einschränkung der Benützung von Bädern in Erwägung zu ziehen.

Beschlüsse in Angelegenheit der Kohlenversorgung der städtischen Gaswerke: Sicherstellung der Lieferung der bei den Ostrau-Karwiner Gewerken geschlossenen Kohlen durch Anforderung im Wege des Arbeitsministeriums. Vertagung der Beschlußfassung über die Erwirkung des Verbotes der Raumheizung mit Gas auf 8 Tage.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über eine Zuschrift des Gemeinderates Skaret, in welcher dieser seinem Vorschlage, daß die Obmänner-Konferenz in Zukunft als der von der Statthalterei geforderte Bezirkswirtschaftsrat fungieren solle, zustimmt und über eine Zuschrift des Gemeinderates Dr. Hein, nach welcher dessen Partei mit dem Vorschlag nicht einverstanden ist.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß der Gemeinderat in seiner nächsten Sitzung gegen die kaiserliche Verordnung vom 13. März 1917, R.-G.-Bl. Nr. 149, betreffend die Einhebung von Steuerzuschlägen zur teilweisen Deckung der mit dem Betriebe der Wiener k. k. Krankenanstalten und des k. k. allgemeinen Krankenhauses in Prag verbundenen Auslagen in einer Resolution Stellung nehmen werde.

Magistratsbericht über die Kartoffelversorgung der Stadt Wien. (Befriedigung über die Ausgabe der Kartoffel auf Grund der Mehlbezugskarte, Quote  $\frac{1}{2}$  kg pro Kopf und Woche, Erhöhung dieser Quote bis auf weiteres kaum möglich. Frühjahrsanlieferung ab März bis 10. April 716 Waggons. Rückgang der Zufuhren in der letzten Woche. Nach dem Versorgungsplan des Ernährungsamtes sollen vom 1. April bis 1. Juni der Gemeinde 2576 Waggons Kartoffel zur Verfügung gestellt werden. Gesamtanlieferung seit dem Herbst 1916 statt der zugesagten 12.000 Waggons nur 9000 Waggons. Zubilligung einer Amnestie für die Verheimlichung von Kartoffelvorräten an Grundbesitzer, die Kartoffel vor dem 15. April als Stückgüter abliefern; Wirkung gleich Null.)

Magistratsbericht über die Beschaffung von Saatkartoffel. (Rechtzeitige Anforderung von 120 Waggons. Größerer Bedarf für Kriegsgemüsegärtner wie im Vorjahre. 2000 neue Ansuchen zu den 2830 Losen des Vorjahres. Unmöglichkeit der Befriedigung aller Bewerber. Beginn der Verhandlungen mit der Regierung wegen Beschaffung des Saatgutes bereits Ende Jänner. Da aus den südlichen Ländern nichts zu bekommen, habe die Gemeinde ihr Augenmerk auf Ungarn gerichtet. Zusage von 50 Waggons für Wien seitens der ungarischen Regierung. Zusage des Ernährungsamtes auf 400 Waggons aus Deutschland. Zustimmung des Ernährungsamtes zum Einkaufe von Saatkartoffeln in Mähren durch einen Einkäufer der Gemeinde Wien. Aus Mähren dürften höchstens 50 bis 60 Waggons zu erhalten sein. Bedarf der Gemeinde für eigene Zwecke 120 Waggons, für die Anbauverträge 300 bis 400 Waggons.)

Magistratsbericht über die Versorgung der Gemeinde, betreffend die Kartoffelversorgung für das Jahr 1917/18. (Verhandlung mit der ungarischen Regierung. Möglichkeit, größere Mengen von Frühkartoffel durch den Bund der deutschen Bauern in Ungarn zu erhalten. Keine Einwendung der ungarischen Regierung. Einverständnis der österreichischen Regierung, jedoch Ablehnung einer direkten Intervention. Abschluß von größeren Lieferungsverträgen mit Landwirten. Ermächtigung der Gemeinde seitens der Regierung zum Abschluß solcher Lieferungsverträge. Möglichkeit bei günstigen Verhältnissen einer Ernte von 1100 bis 1500 Waggons. Ausnahme dieser auf solche Weise beschafften Kartoffel von der Beschlagnahme. Erläuterung der Bedingnisse der Kartoffelanbauperträge der Gemeinde Wien.)

Anregung des Gemeinderates v. Steiner auf strenge Kontrolle bei der Abgabe von Saatkartoffeln, damit nicht an den einzelnen mehr abgegeben werde, als er benötigt.

Magistratsbericht über die Mehlversorgung der Stadt Wien. (Abgabe von Haferreis an die Bevölkerung. Aufgeben der Zuderbäckerei in den meisten Bäckereibetrieben infolge des durch das Ernährungsamt unterjagten Betriebes von Zuderbäckereiwaren in Bäckereibetrieben. Keine Störung der Rationierung. Änderung der Vermahlungs Vorschriften durch das Ernährungsamt, und zwar 90% Ausmahlung; dadurch sinken der Futtermittel.)

Magistratsbericht über die Vollendung der zweijährigen Tätigkeit der Amtsstelle zur Regelung der Mehlversorgung. (Versorgung von 10 Großbäckereibetrieben, 600 Kleinbäckereien, sämtlicher Kochmehlverschleißstellen, humanitärer Anstalten, aller städtischen Institute und Fürsorgeeinrichtungen. Abgabe von insgesamt 90.000 Waggons Mehl, d. i. 2,963.000 Säcke.)

Magistratsbericht über die kaiserliche Verordnung vom 24. März 1917, K.-G.-Bl. Nr. 131, über die Versorgung der Bevölkerung mit Bedarfsgegenständen. (Preistreiberverordnung. Erläuterung und Kritik der Verordnung.)

### 73. Obmänner-Konferenz vom 18. April 1917.

Magistratsbericht über die Kartoffelversorgung. (Verschlechterung der Zuschübe in den letzten 8 Tagen. Einlauf 41 Waggons aus Böhmen. Lagerstand für den 19. April knapp 20 Waggons, für den 20. April keine Vorräte mehr. Absicht des Ernährungsamtes, in der nächsten Woche keine Kartoffel abzugeben. Infolge schlechter Qualität mußten einige Waggons der eingelangten Kartoffel der Trocknung zugeführt werden. Seit 8 Tagen keine Zufuhren aus Russisch-Polen. Intervention des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner im Ernährungsamte und beim Statthalter von Prag. Mitteilung des letzteren, daß Böhmen selbst auf den Import aus Galizien und Russisch-Polen angewiesen sei. Ersatz für die Kartoffel für die kommende Woche: Burgunderrüben, Sauerkraut und Dörrgemüse. Vollständiges Scheitern einer Reise eines Vertreters der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt nach Westgalizien zur Kartoffelaufbringung. Bemühungen der Gemeinde, aus Mähren Kartoffel zu erhalten, nicht sehr aussichtsreich.)

Auftrag des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner an den Magistrat, eine Denkschrift an Seine Majestät den Kaiser auszuarbeiten, in welcher die gegenwärtigen Zustände der Wiener Approvisionnement unter Hinweis

auf das völlige Versagen der Kartoffelversorgung dargestellt werden. (Antrag v. Steiner.)

Anregung des Gemeinderates Dr. v. Dorn auf Aussendung eines Kommuniqués über die Obmänner-Konferenz vom 18. April 1917 folgenden Inhaltes: Die Obmänner-Konferenz hat mit Freude vernommen, daß nach dem beim Minister des Äußern abgehaltenen Beratungen sich ergeben hat, daß die Zentralmächte mit Lebensmitteln vollauf gedeckt sind, muß aber mit Bedauern feststellen, daß für Wien im gegenwärtigen Augenblicke diese Deckung nicht vorhanden ist und daß die Regierung ihre früher übernommene Verpflichtung, für die Deckung der Bedürfnisse Wiens zu sorgen, nicht erfüllt. Demzufolge habe die Obmänner-Konferenz beschlossen, eine Deputation zum Herrn Ministerpräsidenten zu entsenden, um ihn auf die Pflicht aufmerksam zu machen, aus den vorhandenen Vorräten die Bedürfnisse der Gemeinde Wien zu decken.

Beschluß in Angelegenheit der Approvisionierung Wiens, insbesondere im Hinblick auf die mangelhafte Kartoffelversorgung: Die Obmänner-Konferenz beschließt einmütig, eine Abordnung zum k. k. Ministerpräsidenten zu entsenden, um ihn unter Hinweis auf das verlautbarte Regierungskommunique über die Sicherung des Lebensmittelbedarfes der Zentralmächte auf die Pflicht aufmerksam zu machen, aus den vorhandenen Vorräten die Bedürfnisse der Stadt Wien zu decken.

Bericht der Gaswerksdirektion über die Erwirkung einer Verordnung, mit welcher die Raumheizung mit Gas verboten wird. (Trotz voller Belieferung vom Ostrau-Karwiner Revier und 50% Belieferung von Oberschlesien wird der Kohlenvorrat der Gaswerke bei Beginn des Winters 1917/18 um zirka 99.000 t geringer sein, als beim Winterbeginn 1916/17; ohne Einschränkung der Gasabgabe werden die Kohlenvorräte im Jänner 1918 erschöpft sein. Einschränkung der Gasabgabe auch notwendig infolge der Schwierigkeiten bei den Instandsetzungsarbeiten der Werksanlagen. Einschränkung der Raumheizung das Zweckmäßigste, da nur 23.000 Abnehmer betroffen werden. Entwurf einer Verordnung, die die Raumheizung mit Gas verbietet. Bei Abstandnahme von der Verordnung müßte im November, Dezember und Jänner 1917 mit der Gasdruckerabsetzung während der Tagesstunden vorgegangen werden, wodurch 200.000 Haushaltungen und mindestens 80.000 Gewerbetreibende getroffen werden. Ursachen des gegenwärtigen Kohlenmangels nicht der Waggonmangel, sondern das Sinken der Produktion.)

Erklärung des Gemeinderates Neumann, gegen die Erwirkung einer Verordnung, betreffend das Verbot der Raumheizung mit Gas zu stimmen.

Genehmigung der Verlautbarung einer Zeitungsnotiz, in welcher die Bevölkerung auf die voraussichtliche Einstellung der Raumheizung mit Gas aufmerksam gemacht wird.

Auftrag des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner an die Gaswerksdirektion, den Entwurf der Verordnung über das Verbot der Raumheizung mit Gas im Einvernehmen mit dem Magistratsdirektor und einigen rechtskundigen Räten durchzuarbeiten und an die Obmänner-Konferenz zu berichten.

Magistratsbericht über die Mehlerversorgung der Stadt Wien. (Seit Monatsbeginn rumänische Zuschübe, kein Mehl aus Böhmen und Ungarn. Hoffnung auf volle Mehlaquote in der nächsten Woche. Ausreichende Versorgung der Gemeinde mit Brotmehl bis Ende des Monats. Vereinbarung der österreichischen Regierung mit Deutschland, daß die ersten 300 Waggon Getreide, die aus Rumänien zur Ablieferung kommen, für Österreich be-

stimmt sind, daher keine Befürchtung für die nächsten Wochen in der Mehlversorgung.

Beschwerde des Gemeinderates Skaret über die schlechte Qualität der Speisen in den Kriegsküchen des Jubiläums-Spitals.

Magistratsbericht in Angelegenheit der Hilfsaktion der Regierung zur Erleichterung der Lebensführung der mindestbemittelten Volksschichten (Beginn der Erhebungen zur Erfassung der Mindestbemittelten am 3. Mai 1917.)

## 74. Obmänner-Konferenz vom 4. Mai 1917.

Bericht der Direktion der städtischen Gaswerke in Angelegenheit der Wirkung einer Verordnung, mit welcher die Raumheizung mit Gas untersagt wird. (Einschränkung in der Verwendung fester Brennstoffe und der Gasheizung seitens der Regierung in Aussicht genommen. Erklärung des Arbeitsministers den Abgeordneten der österreichisch-ungarischen Gaswerke gegenüber, daß auch nur annähernd volle Versorgung der Werke im Winter mit Rücksicht auf den gesteigerten Bedarf des Heeres und der Bahnen unmöglich sei. Mit Einschränkung der Kohlenzuteilung ist zu rechnen und sind schon jetzt entsprechende Maßnahmen vorzubereiten. Größte Sparjamkeit mit Kohle strengstens geboten, da es unmöglich ist, durch Kohlenzuschübe im Sommer einen entsprechenden Vorrat für den Winter zusammenzulegen. Vorrat der Gaswerke im Jänner 1916 10.000 Waggons, anfangs Oktober 21.000 Waggons, April 1917 3000 Waggons gegenüber zirka 13.000 Waggons im April 1916. Voraussichtlicher Höchstvorrat im Oktober 1917 11.000 Waggons. Unmöglichkeit, den Gasbedarf so zu decken, wie im Vorjahre. Bei Einschränkung der Heizung um 75% wird der Vorrat bis Mitte März 1918 ausreichen. Größte Leistungsfähigkeit des Werkes im kommenden Winter nicht erreichbar, da Instandsetzungsarbeiten nicht durchgeführt werden können. Aus der Kohle kann wegen ihrer Minderwertigkeit weniger Gas erzeugt werden, körperliche und geistige Leistungsfähigkeit der Arbeiter herabgesetzt. Einschränkung der Gasverwendung für Beleuchtung, Kochzwecke, gewerbliche und technische Betriebe unmöglich, daher nur Einschränkung des Heizgasverbrauches möglich. Geänderter Entwurf der Verordnung über das Verbot der Raumheizung mit Gas.)

Anregung des Gemeinderates Dr. v. Dorn auf Versendung einer populären Begründung des Verbotes der Raumheizung mit Gas an die Gasöfenbesitzer.

Genehmigung des der Regierung vorzulegenden Entwurfes, betreffend das Verbot der Raumheizung mit Gas.

Magistratsbericht über die Kartoffelversorgung der Stadt Wien. (Derartig geringe Zuschübe, daß in der Woche vom 22. bis 28. April eine Abgabe nicht möglich war. Vorstellungen des Bürgermeisters und der Obmänner beim Ministerpräsidenten vergeblich. Beistellung von Sauerkraut und Dörkraut seitens der „Dezeg“ für die kartoffellose Woche. Ausgabe von Kartoffeln in der Woche vom 30. April bis 5. Mai,  $\frac{1}{2}$  kg pro Kopf und Woche. Beistellung von Trockengemüse und Haferteis, Dörpflaumen seitens der Regierung als Ersatz. In der Zeit vom 15. April bis 3. Mai wurden abgegeben: 163 Waggons Kartoffeln, 114  $\frac{1}{2}$  Waggons Burgunderrüben, 40 Waggons Stedrüben, 53 Waggons Sauerkraut, 9 Waggons Dörpflaumen, 122.800 kg Trockengemüse. Vollständiges

Aufhören der Kartoffelzuschübe seit drei Tagen. Nächste Woche wieder kartoffellos. Ertrag: Trockenkraut, Sauerkraut, Julienne und dänisches Pflaumenmus. Reichliche Beschickung der Märkte mit Eiern. Krautvorräte der Gemeinde erschöpft. Abgabe des holländischen Krautes [Preis 93 h bis K 1-02] zum Preise von 70 h. Verkauf von Steckrüben zum Kartoffelpreise. Herabziehung des Preises für Dörrgemüse von 72 h auf 36 h. Verweisung der der Gemeinde hiedurch erwachsenden Verluste auf den 24 Millionen-Kredit.)

Magistratsbericht über die Beschaffung von Saatkartoffeln. (17 Waggons aus Russisch-Polen. Abgabe derselben bloß an Kriegsgemüsegärtner und Schulen. 42 Waggons Frühkartoffeln aus Ungarn bereits für den Anbau disponiert. Keine Saatkartoffel aus Deutschland. Zusage auf Lieferung von 160 Waggons Saatgut aus Mähren. Vorstellungen beim Kriegsminister vergeblich.)

Genehmigung der Abgabe von 70 Waggons russisch-polnischer Saatkartoffel an Kriegsgemüsegärtner und Schulen.

Anregung des Gemeinderates v. Steiner, den Grund- und Wirtschaftsbesitzern an der Peripherie Wiens Saatgut zur Verfügung zu stellen.

Beschwerde des Gemeinderates Reumann über Unzukömmlichkeiten auf dem Rudolfsheimer Markte beim Gemüseverkauf. (Reservierung der Ware.)

Magistratsbericht über die Vorsorge der Gemeinde Wien, betreffend die Kartoffelversorgung für das Jahr 1917/18. (Zentrale Bewirtschaftung erforderlich. Bedarfsdeckung im Wege von Anbau- und Lieferungsverträgen. Abschluß solcher Verträge seitens der Gemeinde Wien in Niederösterreich, Mähren, Böhmen und Galizien, wodurch mehrere tausend Waggons Kartoffeln gesichert werden. Vorschlag: Bericht an das Ernährungsamt, nach welchem sämtliche Verträge dem Ernährungsamte vorgelegt werden sollen, damit dieses die nötige Übersicht erlange, um Ausgleich durchzuführen zu können.)

Magistratsbericht über die Mehlerzeugung der Stadt Wien. (Umgangnahme von einer Reduktion der Mehration seitens der Regierung mit Rücksicht auf die Zuschübe aus der rumänischen Beute. Einstellung der ungarischen Maislieferungen. Mehlerzeugung Wiens für die nächsten Wochen gesichert. Erzeugung des gesamten Brotmehlbedarfes durch die erste Wiener Walzmühle Bonwiller. Erzeugung des Verschleißmehles in Kleinschwechat und in der Hammermühle. Trotz Brot rationierung in Wien Überkonsum von zirka 14 Waggons per Woche.)

Magistratsbericht über die Kaffeeversorgung der Stadt Wien. (Neuerliches Ansuchen des Ernährungsamtes, Kaffee aus den Vorräten der Gemeinde freizugeben. Antrag: Der Kaffeezentrale vom 1. Mai bis 1. Juni, eventuell 15. Juni, 3150 Ballen Bohnenkaffee zur Verfügung zu stellen. Vorweisung der Mehlfarte beim Kaufe, damit der Kaffee nicht in die Provinz kommt. Preis K 5.57.)

Genehmigung der Überlassung von 3150 Ballen Bohnenkaffee an die Kaffeezentrale aus den Vorräten der Gemeinde Wien für die Zeit vom 1. Mai bis eventuell 15. Juni.

Magistratsbericht über die Auflösung des Betriebes der Großschlächtereier-Aktiengesellschaft und Übernahme desselben durch die Viehverwertungs-gesellschaft.

Abstandnahme von der Fortsetzung der Debatte über die kaiserliche Verordnung vom 24. März 1917, R.-G.-Bl. Nr. 131, betreffend die Versorgung der Bevölkerung mit Bedarfsgegenständen (Preistreibeiverordnung).

## 75. Obmänner-Konferenz vom 24. Mai 1917.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß der Hauptvoranschlag der Gemeinde Wien für das Jahr 1917/18 einen Abgang von 27,517.270 K aufweise, von dem ein Teilbetrag von 16 bis 17 Millionen in den Kassenbeständen und den eigenen Geldern Deckung finden kann. Für den unbedeckten Rest von 10 bis 11 Millionen Kronen sei die Deckung durch Erhöhung bestehender oder Schaffung neuer Einnahmen zu suchen.

Zustimmung, die Gemeindezuschläge zur Grund-, Erwerb-, Renten- und Besoldungssteuer im kommenden Verwaltungsjahr im gleichen Ausmaße einzuhoben wie bisher und Zustimmung zur Erlangung der legislativen Verlängerung der Wirksamkeit des Landesgesetzes, womit die Gemeinde zur Einhebung einer kommunalen Abgabe von gebrannten geistigen Flüssigkeiten ermächtigt wurde, des Landesauschuß-Beschlusses, womit eine Gemeindeabgabe vom Wertzuwachs von Liegenschaften eingeführt wurde, und des Landesauschuß-Beschlusses, womit die Erhöhung der Gemeindeauslage aus dem Besitz von Hundeu für das Steuerjahr 1917 auf 20 K bewilligt wurde, und Zustimmung zu dem an den n.-ö. Landesauschuß zu richtenden Ersuchen, der Zuschlagsfreiheit der Einkommensteuer auch für die Zeit vom 1. Jänner 1918 an zuzustimmen und der Gemeinde Wien den gleichen Anteil an den Überweisungen aus dem Ertrage der Realsteuern, der Bier- und Branntweinsteuer zuzugestehen, der bis Ende 1917 vereinbart war, und endlich Zustimmung zu dem Auftrage an den Magistrat, die Erledigung des Ansuchens um Erhöhung des Totalisateursteuerschlags von 40 auf 80%, bei der Regierung zu betreiben.

Vorschläge der Direktion der städtischen Straßenbahnen, betreffend die Erhöhung der Einnahmen des Unternehmens zur teilweisen Deckung des Abganges im Hauptvoranschlage 1917/18 per 27,5 Millionen Kronen. (Einführung des Einheitstarifes von 20 h. Vorteile: Leichtere Manipulation, einfachere Kartenverwaltung, Aufhören des „Schwarzfahrens“, Verbilligung des Sonntagsverkehrs, Begünstigung der äußeren Bezirke gegenüber der innern, somit Besserung auf dem Gebiet der Wohnungsfürsorge; Nachteile: Steigerung des Zudranges zum Frühverkehr. Erhöhung des Frühverkehrspreises von 12 auf 14 h, Beibehaltung der 30 h-Karten und des Nachtverkehrsfahrtpreises von 40 h. Voraussichtliches Mehrerträgnis 3 Millionen Kronen. Termin der Durchführung 1. Juli 1917.)

Vorschläge der Direktion der städtischen Elektrizitätswerke, betreffend die Erhöhung der Einnahmen des Unternehmens zur teilweisen Deckung des Abganges im Hauptvoranschlage 1917/18 per 27,5 Millionen Kronen. (Erhöhung des Strompreises für Licht um 20%, für Kraft um 15% [voraussichtlich vorübergehend], voraussichtliches Mehrerträgnis 4 Millionen Kronen.)

Vorschläge der Direktion der städtischen Gaswerke, betreffend die Erhöhung der Einnahmen des Unternehmens zur teilweisen Deckung des Abganges im Hauptvoranschlage 1917/18 per 27,5 Millionen Kronen. (Erhöhung des Einheitspreises für gewöhnliches Gas von 17 auf 19 h per Kubikmeter und Erhöhung der Miete für Automatengasanlagen auf jährlich 9 K mit monatlicher Zahlung. [Bleibende Erhöhung.] Termin der Durchführung 1. Juli 1917.)

Vertagung der Beschlußfassung über die Vorschläge der Direktion der städtischen Straßenbahnen, Gaswerke und Elektrizitätswerke, betreffend die Erhöhung der Einnahmen zur teilweisen Deckung des Abganges im

Hauptvoranschläge der Gemeinde Wien für das Jahr 1917/18 per 27.5 Millionen Kronen.

## 76. Obmänner-Konferenz am 4. Juni 1917.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über eine Lohnbewegung bei den Bediensteten der städtischen Straßenbahnen, der städtischen Gaswerke und der städtischen Elektrizitätswerke.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Absicht der Gemeindeverwaltung, den Angestellten der Gemeinde Wien in gleicher Weise wie den Staatsbeamten eine einmalige Aushilfe für die Zeit vom 1. Juni bis Ende des Jahres 1917, und zwar bis zu einer Gehaltshöhe von 4800 K je nach dem Familienstande zu bewilligen; für ledige 120 K, für verheiratete ohne Kinder 180 K, für verheiratete bis zu 2 Kindern 240 K, für verheiratete mit mehr als 2 Kinder 300 K.

Bericht der Direktion der städtischen Straßenbahnen über eine einmalige Aushilfe und Lohnerhöhungen für die Bediensteten der städtischen Straßenbahnen. (Kosten der einmaligen Aushilfe 780.000 K, einmalige Lagen 2,250.000 K; Gehalts- und Lohnerhöhungen — jährlich wiederkehrend — 5,201.000 K; daher Kosten im ersten Jahre 8,236.000 K.)

Bericht der Magistrats-Direktion über das Lohn- und Gehaltsbudget der Gemeinde Wien (rund 120 Millionen Kronen, d. i. zirka 30% des Gesamtbudgets im Betrage von 400 Millionen Kronen).

Erklärung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß für die budgetmäßige Bedeckung der Kosten der Lohnerhöhungen für die Bediensteten Tarifierhöhungen bei den städtischen Unternehmungen vorgenommen werden müßten.

Anregung des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller auf Einführung eines 20- und 30-Heller-Tarifes bei den städtischen Straßenbahnen zur Bedeckung der Kosten der Lohnerhöhungen für die Bediensteten.

Anregung des Vize-Bürgermeisters Rain auf Einführung eines 22-Heller-Tarifes bei den städtischen Straßenbahnen zur Bedeckung der Kosten der Lohnerhöhungen für die Bediensteten.

Anregung des Gemeinderates Dr. v. Dorn auf Einführung eines 21-Heller-Einheitstarifes bei den städtischen Straßenbahnen zur Bedeckung der Kosten der Lohnerhöhungen für die Bediensteten.

Anregung des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller, die Befreiung der Stadt Wien von der Betragsleistung zu den Landesfinanzen zu erwirken.

Auftrag des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner an den Magistrat, über eine eventuelle Erhöhung der Wassergebühren Bericht zu erstatten.

Zustimmende Kenntnisaufnahme des Stadtratsbeschlusses vom 1. Juni 1917, Pr.-B. 5600, betreffend einmalige Aushilfe und Lohnerhöhungen für die Bediensteten der städtischen Straßenbahnen.

## 77. Obmänner-Konferenz vom 21. Juni 1917.

Vorschläge der Direktion der städtischen Elektrizitätswerke, betreffend die Erhöhung des Tarifes zur Bedeckung der Kosten der neuerlichen Kriegszuwendung für die Angestellten und Bediensteten der Gemeinde Wien. (20% Zuschlag auf den Lichtpreis, 17% Zuschlag auf den Strompreis für Kraftlieferung. Voraussichtliche Mehreinnahme 4.547.590 K.)

Vorschläge der Direktion der städtischen Gaswerke, betreffend die Erhöhung des Tarifes zur Bedeckung der Kosten der neuerlichen Kriegszuwendung für die Angestellten und Bediensteten der Gemeinde Wien. (Erhöhung des Einheitsgaspreises bei gewöhnlichen Gasmessern von 17 auf 20 Heller; Erhöhung der Miete für Gasautomaten von 3 auf 12 Kronen jährlich. Voraussichtliche Mehreinnahme 4.8 Millionen Kronen.)

Erklärung des Gemeinderates Neumann, die Vorschläge der Direktion des städtischen Elektrizitätswerkes und Gaswerkes vorläufig zur Kenntnis zu nehmen, sich jedoch die Stellungnahme zu denselben vorzubehalten.

Vorschläge der Direktion der städtischen Straßenbahnen, betreffend die Erhöhung des Tarifes zur Bedeckung der Kosten der neuerlichen Kriegszuwendung für die Angestellten und Bediensteten der Gemeinde Wien. (Einheitstarif von 22 Heller, Erhöhung des Frühartises und des Kinderkartenpreises von 12 auf 16 Heller, Erhöhung der Rückfahrarten von 30 auf 32 Heller, Erhöhung des Fahrpreises in die Freudenuau von 22 Heller auf 50 Heller, Erhöhung des Monatskartenpreises von 30 auf 36 Kronen und des Jahreskartenpreises von 160 Kronen auf 190 Kronen, Teilstreckenberichtigungen. Voraussichtliche Mehreinnahme rund 10 Millionen Kronen.)

Antegung des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller auf Erhöhung des Fahrpreises zum Rennplatz in die Freudenuau auf 1 Krone.

Antegung des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller, auf der städtischen Straßenbahn die erste und zweite Klasse mit verschiedenen Preisen einzuführen.

Antegung des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller auf Ausgabe der Abonnementkarten an Schaltern an starkbenützten Einsteigstellen.

Antegung des Gemeinderates Leitner, den Preis für die dem Jockeyklub zu Fahrten in die Freudenuau zur Verfügung gestellten Salonwagen von 50 Kronen zu erhöhen.

Antegung des Gemeinderates Staret auf Belassung des Preises der Rückfahrkarten im Frühartise mit 30 Heller und Erhöhung der 16 Hellekkarten auf 20 Heller bei den städtischen Straßenbahnen.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß die im Sinne des Beschlusses der 63. Obmänner-Konferenz am 28. Dezember 1916 geführten Verhandlungen behufs Deckung des Marktbedarfes der Gemeinde Wien zu einem günstigen Ergebnis geführt haben.

## 78. Obmänner-Konferenz vom 5. Juli 1916.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über einen Regierungserlaß, welcher die Stellungnahme der Regierung zum Entwurf einer neuen Bauordnung für Wien kennzeichnet und Vorschlag, einen Ausschuß aus allen Parteien des Gemeinderates zur Beratung des Entwurfes zu wählen. (Zustimmung.)

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß über Aufforderung der Regierung die zur Behebung der Kohlenknappheit eingesetzte Kohlenversorgungscommission der Gemeinde Wien zu einer ständigen Einrichtung auszugestalten sei, in welcher die verschiedenen Interessentengruppen vertreten sein sollen, und Vorschlag, daß die in der Obmännerkonferenz vertretenen Mitglieder der Gemeinderatsparteien als Mitglieder dieser Kommission beizuziehen sind. (Zustimmung.)

Genehmigende Kenntnisaahme des Stadtratsbeschlusses vom 5. Juli 1917, Pr.-Z. 7035, betreffend einen ermäßigten Kindertarif auf den städtischen Straßenbahnen an Sonn- und Feiertagen.

Anregung des Gemeinderates Skaret anlässlich der Ermäßigung des Kindertarifes der städtischen Straßenbahnen an Sonn- und Feiertagen, das Größenmaß für Kinder von 1.3 m auszuschalten.

Genehmigende Kenntnisaahme des Stadtratsbeschlusses vom 5. Juli 1917, Pr.-Z. 6912, betreffend Deckung des Mehrerfordernisses auf Ausgabrubrik XLIX „Militärbequartierung“ für das Verwaltungsjahr 1916/17. (Verweisung auf die Kassenbestände, Petition an die Regierung wegen Änderung des Einquartierungsgesetzes.)

Anregung des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller, in der Petition an die Regierung, betreffend die Abänderung des Einquartierungsgesetzes, den Standpunkt zu vertreten, daß diese Kosten gemeinsame Kriegskosten seien und auch als solche verrechnet werden sollen.

Anregung des Gemeinderates v. Steiner, bei der Regierung die Errichtung von Einquartierungshäusern zur Beherbergung von auf Dienstreisen befindlichen Militärpersonen in Vorschlag zu bringen.

Genehmigende Kenntnisaahme des Stadtratsbeschlusses vom 5. Juli 1917, Pr.-Z. 3661, betreffend die Bewilligung von Kriegszulagen von Familien der zum Militärdienste eingerückten oder zur persönlichen Kriegsdienstleistung herangezogenen aktiven Angestellten der Gemeinde Wien und ihrer Unternehmungen einschließlich der Lehrpersonen.

Genehmigende Kenntnisaahme des Stadtratsbeschlusses vom 5. Juli 1917, Pr.-Z. 6921, betreffend die Bewilligung eines außerordentlichen Zuschusses zu den Kriegszulagen zu Ruhe- und Versorgungsgenüssen.

Magistratsbericht über die Einführung eines amtlichen Einkaufsscheines für den Bezug von Lebensmitteln und Bedarfsartikeln. (Ausgabe der Scheine am 7. Juli, Abgabe des Fleisches an die Mindestbemittelten am 9. Juli in den Ständen der Großschlächtereier. Vermehrung der Stände von 36 auf 50. Sicherstellung des Fleisches für die nächste Woche; Verminderung des Anstellens zu erwarten. Erklärung der Einkaufsscheine.)

Anregung des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller auf Ausgabe von Nummern an die vor den Geschäftslokalen Angestellten durch die Wachorgane — so viele Nummern, als Portionen vorhanden.

Beschwerde des Gemeinderates Neumann über eine Bevorzugung der Standbesitzer am Hof bei der Gemüsezuweisung gegenüber den Standbesitzern anderer Märkte.

Ermächtigung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner auf Ankauf von 10.000 Kühen. (Einstellung bei den Wiener Milchmeiern und auf den Gutshöfen in der Nähe Wiens mit der Verpflichtung, die produzierte Milch nach Wien abzuliefern.)

Magistratsbericht über die Mehlerversorgung der Stadt Wien. (Übergang zur neuen Ernte leichter infolge der Bezüge aus Rumänien. Zuweisung an Brotmehl in den letzten Wochen ausreichend; ebenso die Zuweisungen an Verschlusmehl. Aussicht auf volle Brot- und Kochmehlquote auch in den nächsten Monaten. Unterstützung der Gemeinde seitens des

Ernährungsministers in der Durchführung der Aktion „Wiener Kinder aufs Land“. Schwache Inanspruchnahme des vom Ernährungsamte der Gemeinde zur Verfügung gestellten Haferreis seitens der stillenden Mütter infolge der Schwierigkeiten bei der Beschaffung der erforderlichen Zeugnisse.)

Magistratsbericht über die Kartoffelversorgung der Stadt Wien. (Einstellung der Kartoffelabgabe Ende April 1917. Vergebliche Bemühungen, Kartoffeln aus Ungarn, Polen, Böhmen und Mähren zu bekommen. Rechtzeitige Verhandlungen und Bestellung von Eintäufern für die Beschaffung von Frühkartoffeln in Niederösterreich. Bisher noch kein Schluß zustande gekommen. Verhandlungen der österreichischen Regierung mit der ungarischen und deutschen Regierung, betreffend die Beschaffung von Frühkartoffeln aus Ungarn. Vereinbarung, daß ein bestimmtes Kontingent der Frühkartoffelernte Ungarns Österreich und Deutschland zugewiesen werde. Forderung nach einem bestimmten Kontingent (drei Fünftel der Gesamtsumme, die Österreich erhalten soll) für Wien und die deutschen Städte Österreichs. Frühkartoffelernte in Ungarn infolge der Dürre sehr gering, Ausfuhr aus Ungarn vor dem 15. Juli nicht zu erwarten. Besprechung der neuen Kartoffelverordnung: Beschlagnahme zugunsten des Staates, Übernahme und Bewirtschaftung durch die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt, Vorratsaufnahme, zwingende Bestimmungen hinsichtlich der Vermietung und Behandlung der Kartoffel, Verbrauchsregelung durch Einführung von Verbrauchsausweisen, einer Art Kartoffelkarte; Verbot der Verarbeitung zu Spiritus, Erntezwang, Transportbescheinigungen. Abgabe von 168·2 Waggons Saatgut. Unmöglichkeit, Anbauverträge in größerer Menge abzuschließen. Abgeschlossene Verträge auf 1000 ha erbringen Vorrat für höchstens 3 Wochen.)

Auftrag des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner an den Magistrat, beim Ernährungsamte Vorstellung gegen die in der neuen Kartoffelverordnung geplante Einführung von Transportbescheinigungen für Kartoffelstüdgut zu erheben.

Magistratsbericht über die Versorgung der Stadt Wien mit Gemüse. (Zufuhr von Gemüse auf die Wiener Märkte im Mai 1914 91.821 q, im Jahre 1916 36.832 q und im Jahre 1917 37.508 q, im Juni 1914 159.995 q, im Juni 1916 70.501 q, im Juni 1917 50.438 q. Ursachen des Rückganges: Ausfall der Zufuhren aus dem Süden, Dürre. Preise zirka dreimal so hoch wie im Jahre 1914. Für die Versorgung Wiens kommen in Betracht: die Wiener Gärtnerware, die Zufuhr aus den Kronländern und die ungarische Zufuhr. Geringe Dotierung mit Gärtnerware. Im Juni 1914 wurden von den Erzeugern in Wien verkauft 95.970 q, im Juni 1916 56.649 q, im Juni 1917 nur 11.716 q. Ursache: direkter Verkauf durch die Gärtner an Ort und Stelle an das Militär, Restaurants, Hotels usw., wodurch sie höhere Preise erzielen. Versuch der Gemeinde, den Gärtnern Straßenbahnwagen zum Gemüsetransport zur Verfügung zu stellen. Einstellung dieser Maßnahme, da im Verlaufe von 8 Tagen kein einziger Gärtner hievon Gebrauch machte. Absicht der Gemeinde, an der Erzeugungsstätte Abendmärkte zu errichten, mit Rücksicht auf ein zu erwartendes Verbot seitens der Statthalterei, auf den Erzeugungsstätten zu verkaufen. Bezüge aus den Kronländern in normalen Zeiten nicht bedeutend. Abschluß von Verträgen mit Händlern in Böhmen auf zirka 2000 Waggons Gemüse. Übereinkommen mit einer Firma aus Krakau bezüglich der Lieferung von Kraut und Rüben. Absicht der Gemeinde, in Rußisch-Polen Gemüse zu kaufen. Abschluß von Lieferungsverträgen auf 30 Waggons Grünwaren, 1000 Waggons Paradeis, 30 Waggons grüne Erbsen. Zufuhren aus Ungarn im Juni 1914 22.258 q, im Juni 1916 5780 q und im Juni 1917 15.708 q. (Preis dreifach so hoch wie im Jahre 1914.)

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Absicht des Ernährungsamtes, die Aktion der Regierung für die Mindestbemittelten auch auf Gemüse auszuweiten.

Kenntnisnahme des Stadtratsbeschlusses vom 3. Juni 1917, Pr.-Z. 6955, betreffend ausgiebige und rasche Beschickung der Märkte mit Gemüse.

